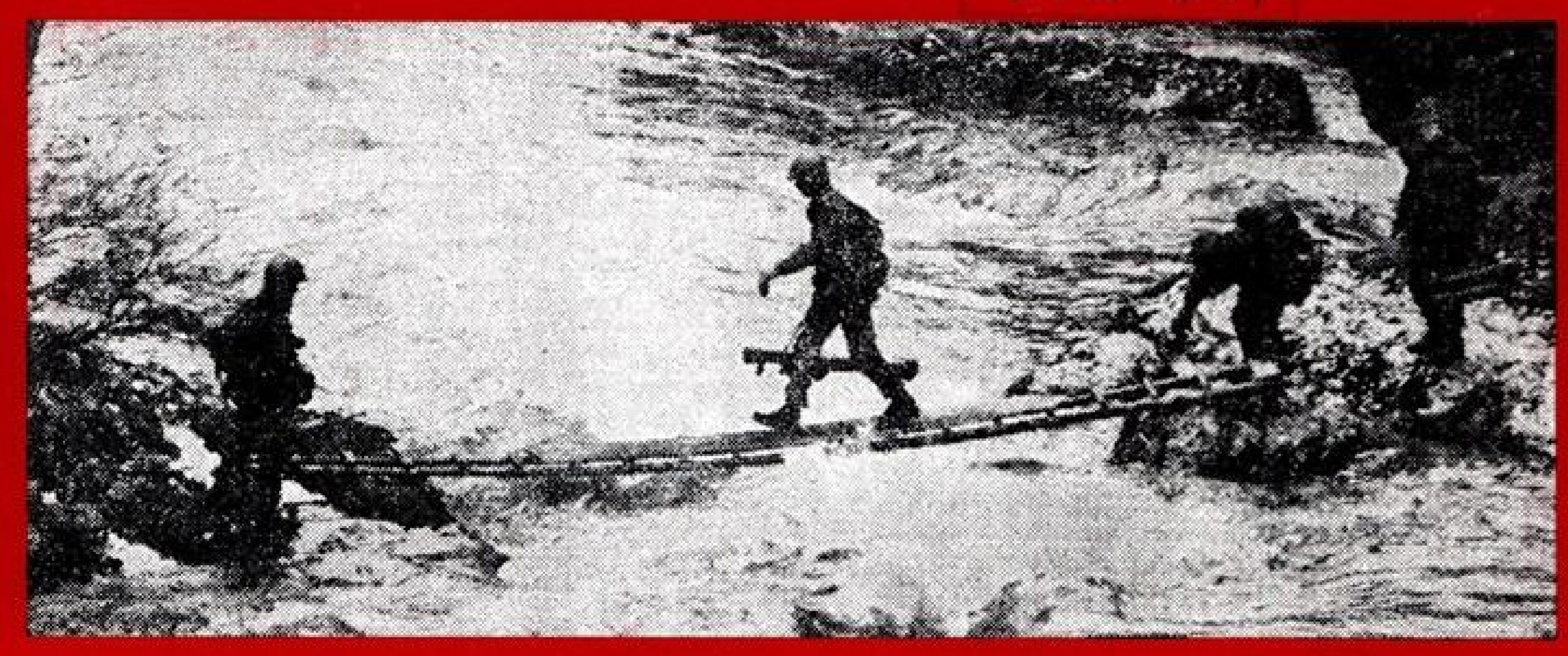
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis S 18,-

8/79



Raumverteidigungsübung '79 - Manöveranalyse

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der „Raumverteidigungsübung '79" (RVÜ 79) des Bundesheeres. Im ersten Teil rekapituliert er das Herbstmanöver 1965, das ein ebenso großes Manöver war wie die RVÜ 79. Auch dieses Manöver fand kurz nach Abschluß einer Heeresreform (1963) statt. Das Kapitel vergleicht die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Manöver. Zweites und drittes Kapitel umreißen die Entwicklung der österreichischen Militärdoktrin von der Gründung des Bundesheeres bis zur heutigen „Spannocchi-Doktrin" und zeigen die Grundlagen und Triebkräfte dieser Entwicklung der Doktrin in der internationalen Entwicklung, den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten und in der Politik der österreichischen Bourgeoisie auf. Der nächste Abschnitt behandelt schließlich die RVÜ 79 selbst, die als Generalprobe der „Spannocchi-Doktrin" und der dementsprechenden Heeresreform gilt. Der Artikel behandelt Manöverannahmen und deklarierte Ziele, ferner den Manöverablauf und zieht schließlich Bilanz über die RVÜ 79.

Herbstmanöver 1965

Daß die Raumverteidigungsübung 1979 mit Abstand das größte Manöver in Österreich seit den Kaisermanövern 1914 war, ist eine Übertreibung. Die Herbstmanöver 1965 — an denen über 30.000 Mann teilnahmen, d.h. mehr als die Hälfte des damals 55.000 Mann umfassenden stehenden Heeres — wurden zu ihrer Zeit mit dem gleichen Attribut bedacht. Nun, wir wollen nicht darüber streiten, ob die Raumverteidigungsübung 79 das größte oder nur zweitgrößte Manöver der Republik Österreich war. Interessant ist vielmehr, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser beiden Großmanöver zu untersuchen. Neben diesen beiden Großmanövern gab es noch die große Bundesheerübung 1969 („Bärentatze") und die großen Herbstübungen 1974, bei denen jeweils mehr als 10.000 Man eingesetzt wurden. 1965 und 1974 wurde die Verteidigung des alpinen Zentralraums geübt, 1969 und 1979 der Kampf im Donautal gegen einen von Ost nach West vorstoßenden gepanzerten Feindangriff. In diesem Artikel werden vor allem das Manöver 1965 und die Raumverteidigungsübung 1979 untersucht.

Gemeinsam war beiden Manövern, daß sie als Test für eine Umstellung in der Heeresgliederung ausgegeben wurden, was zweifellos eine wichtige Seite war. Beiden Großmanövern war eine Heeresreform vorausgegangen: die Bundesheerreform 1963 mit der Schaffung der Einsatzbrigaden und die Bundesheerreform 1971 mit der Schaffung der Landwehr und der Bereitschaftstruppe.

Manöverablauf 1965 (3.—9. September)

Die folgenden Informationen stützen sich auf den Artikel „Die Herbstmanöver 1965" in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift 1/1966 (im folgenden ÖMZ). Die offizielle Manöverannahme bestand darin, daß nach einem politischen Spannungszustand ein „Südstaat", dessen Grenze die steirisch-niederösterreichische Landesgrenze darstellter, überraschend mit starken Panzerkräften über den Semmering in den „Nordstaat" eingefallen sei, um im raschen Vorstoß durch das Steinfeld und das Wiener Becken zur Donau vorzustoßen und Wien einzunehmen. Dieser Vorstoß wurde von Panzerkräften des Nordstaates bei Wiener Neustadt gestoppt, desgleichen kam ein Vorstoß schwächerer Kräfte des Südstaates auf der Mariazeller Bundesstraße südlich Wilhelmsburg zum Stehen. (Siehe Skizze der Ausgangslage.) Zwischen diesen beiden Operationslinien setzte die Partei Süd eine verstärkte Gebirgsbrigade im Alpenvorland an. Die Partei Nord führte nun die Gruppe I (Infanterie) heran und begann am ersten Manövertag mit diesen infantristischen Kräften und der Panzer-Gruppe IV den Gegenangriff.

Man sieht allerdings leicht, daß bei diesem Manöver in Wirklichkeit und entsprechend dem eigentlichen Manöverzweck der Angriff nicht aus den Bergen heraus kam, sondern daß vielmehr der „Nordstaat" der eigentliche Aggressor war. Die „Verteidiger" stellten in Wirklichkeit die Aggressionstruppen des Warschauer Pakts dar: Sie stellten die Hauptmasse der Panzerkräfte (1 Panzerdivision mit den damals neuen M 60 A1-Panzern gegen 1 Panzerbrigade bei Wiener Neustadt und 1 Panzerbrigade gegen 1 Panzerbataillon im Raum St. Pölten). Die Masse der „Angreifer" bestand dagegen aus Infanterie und hier meistens Gebirgstruppen.

Geübt wurde also der Fall, daß der Warschauer Pakt bereits den Osten Österreichs mit der Hauptstadt Wien besetzt hat, und verteidigt wurde der Zentralraum in den Alpen. So war z.B. auch die Masse der Panzerabwehrwaffen bei den Truppen der Partei Süd konzentriert. Der Schwerpunkt der Kämpfe in diesem Manöver lag im Raum zwischen Gutenstein und Hainfeld. Da es ein Grundprinzip der Manöverleitung war, den beiden Parteikommandanten im Rahmen der angewiesenen Geländeabschnitte die freie Führung zu überlassen, kam es zu einer Reihe von lehrreichen Gefechten und Situationen. Es war überhaupt ein Hauptanliegen der Manöverplanung, die Übung so sehr es ging unter kriegsähnlichen Bedingungen ablaufen zu lassen. So hatten zum Beispiel die Pioniere genau berechnete Sprengpläne, die so angelegt waren, daß der benötigte Sprengstoff auch unter Bedingungen des Krieges hätte mengenmäßig herangeschafft werden können. Auch die Artillerie verschoß nur, was unter den herrschenden Bedingungen hätte herantransportiert werden können. Ein Schweizer Milizoffizier beschrieb das Ergebnis seiner persönlichen Beobachtungen so: „Allgemein war bei meinen Sondierungen der Eindruck vorherrschend, daß jede Art von Bluff verpönt war und überall dem Drange nachgelebt wurde, die Realitäten des Krieges zu respektieren."

Die Kämpfe wurden hart und oft bis zur völligen Erschöpfung der daran beteiligten Soldaten geführt. So wechselte zum Beispiel der Jagasitz, ein wichtiger Bergübergang zwischen dem Triesting- und dem Piestingtal, mehrmals den Besitzer. Die Partei Nord setzte mehrmals Luftlandetruppen und Kleinkampftruppen im Rücken der Partei Süd ab und verfügte während der meisten Zeit über die Luftüberlegenheit. Wegen eines Flugzeugunglücks, bei dem 8 Soldaten den Tod fanden, wurden alle weiteren geplanten Einsätze der Fliegerkräfte ab diesem Zeitpunkt nicht mehr durchgeführt.

Die Partei Süd hatte am ersten Manövertag Reserven aus Tirol, Vorarlberg und Kärnten in Marsch gesetzt, die nach gewaltigen Marschleistungen in der Nacht zum dritten Manövertag das Manövergebiet erreichten und entscheidend eingriffen. Bei diesen Reserveverbänden aus West- und Südösterreich hätte es sich ganz gut um NATO-Verbände handeln können. Die Zeit bis zu ihrem Eintreffen entsprach auch in etwa den damaligen Vorstellungen über das „Durchhalten" Österreichs bis zum Einlangen der NATO-Hilfe.

Beim mehr infantristischen Teil der Übung konnte nach offizieller Sprachregelung schließlich „der Vormarsch des Südstaates gestoppt" werden. Oder wieder andersrum: Den gepanzerten Angreifern gelang kein Einbruch in den Alpenraum, weil sie über zu geringe infantristische Kräfte verfügten und ihre Panzeroperationen in den engen Alpentälern zu sehr kanalisiert waren. Am abschließenden 7. Kampftag wurde dann noch auf dem Truppenübungsplatz zwischen Grioßmittel und Felixdorf — also im typischen Panzergelände — eine Panzerschlacht simuliert. Dabei zeigten sich die M 60 A1, die zahlenmäßig überlegen waren und auch noch Luftunterstützung hatten, den Panzern AMX 13 (einem französischen Kampfpanzer, den das Bundesheer inzwischen ausgemustert hat) eindeutig überlegen — ein Ergebnis, das von der Annahme her bereits zu erwarten war.

Dieses Großmanöver war damals Gegenstand heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen. KPÖ und SPÖ kritisierten die zu hohen Ausgaben. Die Haltung der Zivilbevölkerung war auch nicht gerade von einer Begeisterung für das Bundesheer geprägt. Die Armeeführung unternahm damals gerade wieder große Anstrengungen, um das Ansehen des Bundesheeres unter der Bevölkerung aufzumöbeln. Das Ergebnis hört sich aus dem Mund des Schweizerischen Berichterstatters auch eher bescheiden an: Im Manövergebiet zeigte sich auch „das beachtlich gute Verhältnis zur Bevölkerung, die da und dort (!) den Soldaten auch Erfrischungen und Rauchwaren zusteckte".

Es waren zahlreiche ausländische Militärbeobachter erschienen, die großes Interesse bekundeten. Die Sowjetunion hatte gar ihren Verteidigungsminister Marschall Rodion Malinowski geschickt, der Gelegenheit hatte, sich daran zu erinnern, daß in genau diesem Manöverraum im Jahre 1945 während des

Vorstoßes der Roten Armee zur Befreiung Wiens heftige Kämpfe mit den Resten der Deutschen Wehrmacht stattfanden. Die Erinnerungen an den zweiten Weltkrieg wurden aber noch durch eine weitere Tatsache hervorgerufen. Alle ausländischen Berichterstatter waren sich einig darüber, daß eine der großen Stärken, die das Bundesheer in diesem Manöver gezeigt hatte, die Tatsache war, daß der Großteil der Offiziere und Unteroffiziere kriegserfahrene Soldaten waren, was sich durch äußerste Ruhe und Umsicht während der Gefechtshandlungen äußerte. Ebenfalls hervorgehoben wurde der enorme körperliche Einsatz der Soldaten, bei denen es sich zu einem guten Teil um Wehrpflichtige handelte, die eben erst ihre dreimonatige Grundausbildung hinter sich hatten. Mehrmals fanden 25-30 km Märsche mit großem Höhenunterschied und anschließenden Gefechten statt.

Einig waren sich die ausländischen Beobachter auch über die deutlich zutage getretenen Schwächen. Vorwiegend wurde die mangelnde Ausrüstung kritisiert. Ein großer Teil des Fahrzeugparks stammte noch aus den Beständen der Besatzungstruppen, wie die über 20 Jahre alten GMC-Lastwagen (die heute bereits alle durch neue Steyr-LKW ersetzt sind). Liegengebliebene Transportfahrzeuge, die nicht durch Feineinwirkung, sondern durch Altersschwäche außer Gefecht gesetzt wurden, waren keine Seltenheit. Es gab praktisch keine ausreichende Luftraumverteidigung und entsprechende Fliegerabwehr. Es gab ebenfalls keine Schutzmaßnahmen gegen die Auswirkungen des Einsatzes von atomaren, biologichen und chemischen Kampfmitteln, nicht einmal ABC-Schutzmasken. Deutsche und Schweizer kritisierten auch noch die im Vergleich zu ihren Ländern viel zu geringen Budgetmittel für das Bundesheer und das Verbot von Raketenwaffen.

Die „Wehrpolitischen Informationen" aus Köln schrieben in ihrer Kritik: „Ausrüstung und Ausbildung stehen hinter denen mancher Entwicklungsländer. Der beste Wille des einzelnen Soldaten und die äußersten Anstrengungen der militärischen Führung stehen, wenn das Instrument selbst untauglich ist, auf verlorenem Posten."

Der Großteil der öffentlich geäußerten Kritik konzentrierte sich also damals auf die unzureichende Bewaffnung des Bundesheeres. Die ÖVP versprach Abhilfe. Auch der Parteivorstand der SPÖ faßte nach den Manövern den Entschluß, die Ausrüstung des Bundesheeres müsse „im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten" gesichert werden. Kritik am Verteidigungskonzept, das sich ja in der Manöverannahme widerspiegelte, wurde nur sparsam geäußert. So schrieb zum Beispiel der pensionierte Wehrmachtsgeneral Hans Kissel: „...ohne eine wenigstens im gesamten taktischen Bereich wirksame Luftraumverteidigung durch Fliegerabwehr-Raketenverbände und ohne eine taktische Fliegerwaffe zur Unterstützung der eigenen Landstreitkräfte muß eine Verteidigung der offenen Grenzgebiete im Osten und Norden des Landes nach wie vor als undurchführbar bezeichnet werden. Noch nicht einmal ein hinhaltender Widerstand erscheint unter diesen Umständen in den Grenzgebieten im Osten und Norden erfolgversprechend. Auch der Einsatz von Grenzschutzverbänden kann daran nichts ändern. Der Preisgabe weiter Landesteile mit großen Städten und Industriegebieten käme naturgemäß eine schwerwiegende Bedeutung zu."

Wir haben oben erwähnt, daß das Großmanöver 1965 wie die Raumverteidigungsübung 79 auch den Test einer Bundesheerreform darstellten. Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die Bundesheerreformen und die Entwicklung der Verteidigungsdoktrin gegeben werden.

Entwicklung der Militärdoktrin und Bundesheerreformen

Der Beginn des Bundesheeres der Zweiten Republik ist eng mit den Auseinandersetzungen um den Staatsvertrag 1955 verknüpft. Mit dem Staatsvertrag, dem Abzug der ausländischen Truppen von österreichischem Boden und der Neutralitätserklärung hatte sich zwar der Status Österreichs geändert, aus einem besetzten Land war ein souveräner Staat geworden, aber die Politik der einheimischen herrschenden Klasse, der österreichischen Bourgeoisie hatte sich nicht mit einem Schlag gewandelt. „Die Verbundenheit mit dem Westen auf Grund einer doch zumindest sehr ähnlichen Gesellschaftsordnung war nicht zu leugnen und wurde auch nicht geleugnet." So umschreibt den Sachverhalt vornehm der Wirkliche Hofrat Dr. Johann Christoph Allmayer-Beck, seines Zeichens Leiter des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien und kompetenter bürgerlicher Militärhistoriker (ÖMZ 5/72). Die „Verbundenheit mit dem Westen" war vor allem einmal die Verbundenheit des Westens und hier namentlich der USA, mit seinen Kapitalanlagen in Österreich, drückte vor allem einmal das Interesse des US-Imperialismus an einem antikommunistischen Österreich, an einem „Bollwerk des Abendlandes gegen den Bolschewismus" aus, an einer Bastion der Konterrevolution gegenüber den sozialistischen und volksdemokratischen Ländern. Ein halbes Jahr vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages war die BRD in die NATO aufgenommen worden, als offizielle Absegnung der Spaltung Deutschlands und der Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Schon zu Beginn der 50er Jahre hatten die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen mit der Aufstellung militärischer Verbände neben Polizei und Gendarmerie und deren Bewaffnung begonnen. Es handelte sich um die sogenannte „B-Gendarmerie", die vollkommen von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und NATO-Agenten beherrscht war. Die USA hatten also größtes Interesse an einer bestimmten Art der Aufrüstung Österreichs gegen „den Kommunismus". Am liebsten hätten sie ihre Kontrolle darüber in einem so nahe am „Eisernen Vorhang" gelegenen Grenzland auch weiterhin selber ausgeübt. Sie waren ja in Wirklichkeit die längste Zeit die größten Hintertreiber des Staatsvertrags und der Unabhängigkeit Österreichs. Die Interessen der österreichischen Bourgeoisie waren widersprüchlich. Einerseits spürten sie den unerträglichen Druck der Besatzung und erhoffte sich von der Unabhängigkeit vor allem einmal e ine selbständige imperialistische Entwicklung. Andererseits war sie mit dem US-Imperialismus aufs engste verbandelt, war von ihm abhängig und erfüllte gewisse Statthalterdienste. Gemeinsam mit dem US-Imperialismus war auch ihr „Antikommunismus", die Angst vor der Revolution. Eine selbständige Ausprägung erhielt der österreichische „Antikommunismus" durch gewisse, völlig unangebrachte Reminiszenzen „an den „natürlichen Lebensraum der Habsburgermonarchie in den östlichen Erbländern". Der Gedanke der immerwährenden Neutralität war ihr zunächst zutiefst zuwider und mußte erst von der Sowjetunion in harten Verhandlungen durchgesetzt werden.

In einem gewissen Sinn stellte die Verpflichtung zur Neutralität ein komplettes Neuland für die Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie dar. Die „Verbundenheit mit dem Westen" durfte nicht mehr so offen zur Schau getragen werden. „Das Heer durfte sich bei seinen Planungen nicht einseitig den 'Bastionsgedanken' verschreiben, der Österreich all ein und ausschließlich als das äußerste Bollwerk des Westens betrachtete; es mußte auch notwendig die geschichtlich wie geographisch noch immer in gewissem Umfang vorhandene 'Brückenfunktion' dieses Landes berücksichtigen. Das alles warf allein schon im Hinblick auf die sehr geringe 'Wehrtiefe' Österreichs in der Praxis bedeutsame Probleme für die Verteidigung auf." (Allmayer-Beck, a.a.O.)

Nachdem das mit den Alliierten zurückgelassenen Waffen ausgestattete Bundesheer seine „Bewährungsprobe" in der Unterstützung der Konterrevolution 1956 in Ungarn halbwegs bestanden hatte und nachdem es auch 1958 nach der eklatanten Verletzung östereichischen Luftraums durch amerikanische Luftlandeverbände, die aus der BRD in den Libanon flogen, keinerlei Protest der Regierung gegeben hatte, war es nur „natürlich", daß sich die ersten Ansätze der östereichischen Militärdoktrin an die damals gültige „Schild und Schwert"-Doktrin er NATO anlehnte. Diese Doktrin sah vor, „den Schlag eines Angreifers zunächst durch einen Schild aufzufangen und dann durch einen Gegenschlag mit dem eigenen Schwert zu beantworten. Als Schild sollte in Österreich seine noch aufzubauende, territoriale Verteidigungsorganisation dienen, und zwar im unmittelbaren Grenzbereich als 'Grenzschutz', und im Landesinneren als 'Sicherungstruppe'. Unter dem Schutz dieses 'Schildes' wären dann die kampfkräftigen und möglichst beweglichen Teile des Bundesheeres so bereitzustellen, daß sie ohne eine längere Mobilmachung rasch zun einem Gegenschlag gegen jeden Eindringling eingesetzt werden könnten." (Allmayer-Beck, a.a.O.) Die damaligen Armeeführer rechneten natürlich ebensowenig wie die NATO wirklich mit einem Angriff des WAPA. Ihr Interesse konzentrierte sich vor allem auf eine mögliche Wiederholung der Ungarnereignisse und auf die dann notwendige Unterstützung der Konterrevolution. Demgemäß fielen die Verteidigungsanstrengungen auch sehr

mickrig aus: Auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes in Bruck an der Leitha wurden zur „Verteidigung des Wiener Raumes" an der sogenannten „Brucker Pforte" mit dem Bau von Befestigungsanlagen, dem „Schleinzer-Wall" begonnen, der heute noch unvollendet und in desolatem Zustand, von zahlreichen Wiener Sonntagsausflüglern eher als Kuriosium bestaunt wird.

Man kann sagen, daß das Bundesheer in den ersten Jahren nach dem Staatsvertrag durchaus in der Lage war, seinen beiden Hauptaufgaben, der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie im Inneren des Landes („Ordnung und Sicherheit") und als Vorposten der Konterrevolution, gerecht zu werden. Doch zu Beginn der 60er Jahre setzte eine Entwicklung ein, die eine Änderung der Doktrin und der Bundesheerorganistion notwendig erscheinen ließ. In der Sowjetunion und in den von ihr dominierten Volksdemokratien hatte sich die Konterrevolution auf friedlichem Weg durchgesetzt. Die „Bedrohung durch den Kommunismus" verwandelte sich in die Bedrohung durch die Aggression einer imperialistischen Supermacht. Der Klassencharakter der östereichischen Monopolbourgeoisie verhinderte jedoch ihre Orientierung auf die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit gegenüber der SU, wie sie sich auch nicht auf nationale Unabhängigkeit gegenüber den USA orientierte. Sie hatte ein anderes Kalkül. Sie erwartete, daß bei einer zukünftigen Auseinandersetzung zwischen NATO und WAPA die NATO relativ rasch die Oberhand erreichen und in einem Gegenangriff weite Teile des Gebietesdes WAPA erobern werde. Zu diesem Zeitpunkt sollte es zumindest in Teilen des heutigen Staatsgebietes ein Restösterreich mit einer handlungsfähigen Regierung geben, die von der NATO als kriegsführend anerkannt würde. Wenn schon nicht Beteiligung an der zu erwartenden Beute, so erhoffte sich die österreichische Bourgeoisie doch zumindest die Souveränität auf ihrem jetzigen Staatsgebiet wiederzuerhalten. Ein 1938 mit all seinen langjährigen Folgen sollte es nicht geben. Die Militärdoktrin zielte darauf ab, „einen Aggressor unter allen Umständen daran zu hindern, durch Blitzaktionen — wie dies schon einmal in der Geschichte der Ersten Republik der Fall war — vollendete Tatsachen zu schaffen." (Allmayer-Beck, a.a.O) Der Kampf sollte also an der Grenze aufgenommen werden und das Bundesheer sollte solange aushalten, bis die Ersatzheere der NATO — nach der Neutralitätsverletzung durch den WAPA der „natürliche" Verbündete Österreichs — im Gegenangriff die Truppen des WAPA wieder aus dem Land werfen würden. Selbst für diesen begrenzten Verteidigungszweck, der ja nichts anderes als Kriegsführung an der Seite der NATO bedeutete, reichten die damaligen Kräfte nicht aus. Wegen der großen Unpopularität der Militärausgaben, wollte die Koalitionsregierung das Wehrbudget nicht wesentlich erhöhen. Andererseits mußte langsam aber sicher die veraltete Erstausrüstung des Bundesheeres ersetzt werden, was wieder auf Kosten des Ausbildungspersonals ging. Der Traum von einem 150.000 Mann starken MobHeer konnte nicht verwirklicht werden. Die verhältnismäßig kurze Dienstzeit und die nur zweimal jährlich stattfindenden Einberufungen reduzierte die Schlagkraft einzelner Brigaden erheblich. Die Heeresreform 1962, die am 1.1.1963 in Kraft trat, bezweckte eine solche Umgliederung des Bundesheeres, die eine hohe Einsatzbereitschaft sichern sollte. Es sollten reine Ausbildungs- und Einsatzverbände geschaffen werden. „Durch die Änderung des Ausbildungssystems und vor allem durch die Vermehrung auf vier Einberufungstermine sollte eine stets gleichbleibende und nunmehr auch ausreichende Einsatzstärke der Heerestruppen erreicht werden. Außerdem wurden in den einzelnen Bundesländern Militärkommanden ins Leben gerufen, denen neben Verwaltungsaufgaben auch die Leitung der territorialen Verteidigung in ihren Bereichen zufallen kann.... Durch die getroffenen Maßnahmen sollte den sogenannten 'Einsatzverbänden' ein so hoher Grad an ständiger Gefechtsbereitschaft gesichert werden, daß sie im Bedarfsfall, ohne langwierige Mobilmachung, gewissermaßen durch bloßen „Druck auf den Knopf" wie die Feuerwehr nach jedem bedrohten Landesteil in Marsch gesetzt werden konnten." (Allmayer-Beck) Große Teile der Arbeiterklasse lehnten die Aufrüstung des Bundesheeres, die die Reform 1962 zweifellos bewirkte, ab. Zu offensichtlich war es auch, daß die neuen „Einsatzverbände" oder „Knopfdruckbrigaden" im „Bedarfsfall" auch eben rasch zu inneren Krisenherden entsandt werden konnten. Die Lehren aus dem Jahr 1934 waren noch nicht vergessen. Und außerdem hatten die meisten Arbeiter auch eine große Abneigung davor, das Kanonenfutter für die NATO herzugeben. So brachte die SPÖ im Dezember 1963 über ihren damaligen Staatssekretär im Landesverteidigungsministerium, Otto Rösch, einen Plan an die Öffentlichkeit, der die Abschaffung der reinen „Einsatzverbände" und die Verkürzung der Grundwehrdienstzeit auf sechseinhalb Monate sowie später abzudienende Waffenübungen forderte.

Im wesentlichen ist dieser Plan mit der Wehrgesetznovelle 1971 verwirklicht worden, die die Bundesheerreform 1973 vorbereitete. Er sah auch schon 1963 nicht eine tatsächliche Verkürzung der Wehrdienstzeit vor, wie sie die SPÖ mit der Parole „6 Monate sind genug" im Nationalratswahlkampf 1970 vorgespiegelt hatte. Doch bevor wir zur genaueren Erörterung der Reform von 1973 kommen, soll die militärpolitische Debatte in der österreichischen Bourgeoisie kurz gestreift werden, die diesem Schritt vorausging und ihn einige Zeit begleitete.

Diese Debatte begann Anfang der 60er Jahre und drehte sich um die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer umfassenderen Militarisierung der österreichischen Gesellschaft. Das Schlagwort heißt „Umfassende Landesverteidigung" und wurde erstmals in einem Ministerratsbeschluß vom 18.7.1961 definiert. Die Regierung beschloß damals, „die österreichische Landesverteidigung unter dem Gesichtspunkt aufzubauen, daß sie sich auf militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Bereiche zu erstrecken hat". Alle Ministerien sollten an dieser umfassenden Landesverteidigung (militärisches Kürzel: ULV) mitwirken und das Verteidigungsministerium sollte nach erfolgter Koordinierung der Regierung einen „Landesverteidigungsplan" vorlegen. Nach der Regierungsumbildung im Frühjahr 1964, bei der Klaus statt Gorbach Bundeskanzler wurde, sollte die ULV vor allem durch den neuen Verteidigungsminister Prader vorangetrieben werden. Prader erstattete im September 1964 dem Landesverteidigungsrat einen geheimen Bericht über den Stand der ULV, in dem er auch erstmals eine Schilderung der möglichen Bedrohungsfälle und den sich daraus ergebenden Aufgaben gab. Am 11.5.1965 erklärte ein weiterer Ministerratsbeschluß der letzten Koalitionsregierung das folgende Bedrohungsbild (Krisenfall—Neutralitätsfall—Veteidigungsfall) für verbindlich:

„*a) Ein Zustand internationaler Spannungen und Konfliktgefahr (Krisenfall) kann vor allem den Ausfall wirtschaftlicher Zufuhren und volkswirtschaftlich bedeutungsvoller Einkünfte (Fremdenverkehr), den Verlust von Arbeitsplätzen, Gefahren für die wirtschaftliche Stabilität, aber auch gezielten politischen Druck von außen mit sich bringen.*

b) Ein Krieg in der Nachbarschaft (Neutralitätsfall) kann zu ähnlichen und verschärften Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und politischen Gebiet führen wie der Zustand internationaler Spannung und Konfliktgefahr. Darüberhinaus muß mit einer möglichen Gefährdung von Menschenleben, Hab und Gut durch Bombenfehlwürfe, Raketenfehlschüsse sowie durch die Fernwirkung von Kernwaffen, biologischen und chemischen Kampfmitteln gerechnet werden. Weiters besteht in dieser Lage die Möglichkeit des versuchten Ausweichens einzelner Kampfverbände und als Folge die Gefahr des Übergreifens von Kampfhandlungen auf österreichisches Gebiet zu Lande und in der Luft.

c) Ein militärischer Angriff (Verteidigungsfall) wird voraussichtlich das Ziel haben, das Bundesgebiet oder Teile davon vorübergehend oder dauernd zu besetzen. Es wird vor allem mit der Absicht eines Angreifers zu rechnen sein, bestimmte Gebiete des österreichischen Territoriums in die Hand zu bekommen, um – womöglich überraschend – eine günstige Ausgangslage für Operationen gegen Dritte zu gewinnen. Die für solche Operationendes Angreifers vor allem in Betracht kommenden Räume Österreichs sind der Donauraum, das Klagenfurter Becken und der Raum Tirol. Im Falle einer Aggression muß meist mit überfallartigem Beginn, kombinierten Luft- und Erdoperationen weit überlegener Kräfte, psychologischem Druck, Drohung mit A-Waffeneinsatz und subversiven Aktionen gerechnet werden." (zitiert nach „*Handbuch der geistigen Landesverteidigung*", herausgegeben vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, 1974).

Diese Bedrohungsdoktrin hat heute noch offizielle Gültigkeit. Sie wurde fast unverändert 1975 in einer gemeinsamen Entschließung aller drei Parlamentsparteien feierlich bekräftigt. Aber das hatte schon mehr den

Charakter einer Absegnung als den einer militärischen Willenskundgebung der Bourgeoisie. Das umfassende Militarisierungsprogramm ist nämlich seit 1965 nicht mehr so recht vorangekommen. So stellt z.B. in dem oben erwähnten „Handbuch" der Oberst des Generalstabs Strohschneider mit Bedauern zu seinen eigenen großen Erwartungen nach diesem Ministerratsbeschluß fest: „Sie gingen leider nicht in Erfüllung! Rückschauend ist bedauerlicherweise festzustellen, daß mit diesem Ministerratsbeschluß in Bezug auf den Gesamtbereich der umfassenden Landesverteidigung auch die letzte wesentliche Entscheidung auf Regierungsebene gefallen war....Nicht nur das Ausbleiben legistischer Initiativen, sondern auch die unzureichende Dotierung vor allem der nichtmilitärischen Sektoren leistete einen negativen Beitrag. Davon waren vor allem die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung betroffen." Die umfassenden, nach dem Regierungsbeschluß von 1965 einsetzenden Militarisierungsbemühungen — von denen das Großmanöver 1965 ein bestimmter Ausdruck war — schienen zusehends zu verflachen.

Die ÖVP-Alleinregierung konnte zwar noch am 14.3.1968 ein Militärleistungsgesetz beschließen, aber bei den meisten anderen Vorhaben gab es Schwierigkeiten, Differenzen und Pannen. Die mit viel Tamtam von der ÖVP angekündigte „Bundesheermilliarde" (zusätzliche Budgetmittel zur Modernisierung des Fahrzeugparks) wurde nicht im Jahr 1969, sondern auf dreieinhalb Jahre verteilt ausgegeben. Die Fertigstellung eines von der Post unabhängigen „Staatsgrundnetzes" zur Aufrechterhaltung der Fernsprechverbindungen zwischen den verschiedenen staatlichen Verwaltungsstellen verzögerte sich bis 1973. „Selbst die Ereignisse im August 1968 in der Tschechoslowakei brachten es nicht zuwege, auf Bundesebene zu Entscheidungen zu gelangen, die unter dem Eindruck der Vorgänge bei unserem nördlichen Nachbarn geradezu eine schnelle Lösung herausforderten." (Strohschneider, a.a.O.). Die wirtschaftliche Landesverteidigung brachte zwar im Gefolge des Beitritts Österreichs zur Internationalen Energieagentur Lenkungsgesetze zur Bevorratung von gewissen Rohstoffen und den vorsorglichen Druck von Lebensmittelkarten, die auch bereits an die Bezirkshauptmannschaften ausgegeben wurden. Aber sie stellen keine wirkliche Vorsorge auf wirtschaftlichem Gebiet für den Fall eines Krieges dar. Bedenkt man auch noch, daß die Regierung durch die einseitigen Verträge über Energielieferungen aus der Sowjetunion und Polen einen Kurs der langfristigen Abhängigkeit auf diesem wirtschaftlichen Gebiet vom zu erwartenden Aggressor eingeschlagen hat, dann verlieren auch die wenigen Maßnahmen gänzlich an Bedeutung.

Ganz im argen liegt die zivile Landesverteidigung. Auf diesem Gebiet ist praktisch gar nichts geschehen. Vor allem auf dem für die Zivilbevölkerung so wichtigen Gebiet des Luftschutzes gibt es überhaupt nichts. Die Bourgeoisie gibt so die österreichische Bevölkerung von vornherein völlig jeglicher Art von Erpressung preis.

Man darf allerdings nicht übersehen, daß es tatsächlich in der Zeit seit 1965 eine Reihe von Rüstungsmaßnahmen gesetzt wurden. Sie erfolgten zwar nicht so rasch, wie es einige Militärs erwartet hatten. Es erfolgte aber doch eine Modernisierung des Fahrzeugparks, die Einführung des Panzerjägers Kürassier und zumindest die Planung des Ersatzes von veralten Panzern. Fast nichts erfolgte auf dem Gebiet der Luftabwehr und der Modernisierung der Panzerabwehr mit neuen Abwehrwaffen.

So gesehen kann man sagen, daß die Aufrüstung des Bundesheers durchaus für die Bewältigung des „Krisen- und Neutralitätsfalles", also vor allem zum Einsatz gegen die Revolution in Österreich und zur Abwehr des Übergreifens eines nationalen Befreiungskrieges in Jugoslawien ausreichend ist.

Die „geistige Landesverteidigung", gedacht als umfassende chauvinistische Offensive, hauptsächlich abgestützt auf die Indoktrinierung der Schüler, führte zu nicht mehr als der rein formellen Bestimmung eines für die „GLV" zuständigen Lehrers an jeder Schule. Stattdessen gab es Anfang 1970 ein „Volksbegehren zur Abschaffung des österreichischen Bundesheeres", das eine „unbewaffnete Neutralität" zum Ziele hatte. Zu den Initiatoren gehörte neben Wilfried Daim und Günther Nenning auch der sozialdemokratische Universitätsprofessor Hans Thirring, der bereits 1963 mit einem Plan zur einseitigen und vollständigen Abrüstung Österreichs hervorgetreten war. Die SPÖ und ihre Jugendorganisationen faßten zwar Beschlüsse, dieses Volksbegehren nicht zu unterstützen, aber ihre grundsätzliche Bejahung der Landesverteidigung hatten nicht den naiv militaristischen Zuschnitt und das offen chauvinistische Pathos eines Prader oder anderer damals führender ÖVP-Politiker. Die SPÖ mußte Rücksicht auf die gerade unter der Arbeiterjugend weit verbreitete antimilitaristische Stimmung nehmen, und sie tat es sehr geschickt.

Die Parole „6 Monate sind genug" hat nicht unwesentlich zum Wahlerfolg der SPÖ 1970 beigetragen. Und Kreisky hat in seiner ersten Regierungserklärung am 27.4.1970 statt einer Bestätigung der „umfassenden Landesverteidigung„ und einer Fortführung der Arbeiten am „Landesverteidigungsplan" von der Einsetzung einer „Bundesheerreformkommission" gesprochen, „die die Aufgabe hat, Reformvorschläge für die Struktur des Bundesheeres mit dem Ziel einer Herabsetzung des ordentlichen Präsenzdienstes von neun auf sechs Monate auszuarbeiten, wobei die Einsatzfähikeit von Teilen des aktiven Bundesheeres zum Schutz der österreichischen Neutralität in allen Krisen- und Spannungs-und Katastrophenfällen gewährleistet werden muß." (Regierungserklärung) Zwecks „Demokratisierung" des Bundesheeres durften auch Vertreter von Jugendorganisationen in der Bundeskommission mitarbeiten.

Am 15.6.1971 wurde die Wehrgesetznovelle 1971 vom Parlament verabschiedet, die den Grundstein zur vorläufig letzten Bundesheerreform mit der Aufstellung der Bereitschaftstruppe und der Landwehr legte. Die Bilanz dieser Wehrgesetznovelle sah anders aus, als es sich tausende SPÖ-Wähler erwartet hatten. Statt eines Präsensdienstes von achteinhalb Monaten (9 Monate minus zwei Wochen Urlaub) gab es nun entweder 8 Monate Durchdiener oder 6 Monate Grundwehrdienst und 90 Tage Waffenübungen. Statt der verhaßten Einsatztruppen sollte es nun eine 15.000 Mann starke Bereitschaftstruppe von Freiwilligen geben, also nicht nur ein stehendes Heer, sondern eine Berufsarmee, bestimmt zum Einsatz im „Krisen- und Neutralitätsfall" und besonders geeignet zur Bewältigung „innerer Krisenfälle", zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung".

Das neue Konzept: „Abhaltung statt Verteidigung"

Neben der Schaffung dieser Bereitschaftstruppe sollte die Masse der Wehrpflichtigen in der Landwehr dienen. Diese ist konzipiert als eine milizartige Reservetruppe, mit Berufssoldaten als Kern, die im Einsatzfall erst mobilgemacht werden muß. Sie besteht aus den mobilen Jägerbrigaden und den raumgebundenen territorialen Landwehrstammregimentern. Ebenfalls neu geschaffen wurde ein dem Verteidigungsministerium direkt unterstelltes Armeekommando, als deren Leiter General Spannocchi eingesetzt wurde. Begründet wurde die Durchführbarkeit dieser Umstellung mit einem neuen Verteidigungskonzept, der sogenannten »Raumverteidigung«. Kerngedanke dieser Doktrin, die von einer Reihe von Generalstabsoffizieren um den Panzertruppengeneral Emil Spannocchi — den „Reformern" — in oft polemischer Auseinandersetzung mit einem anderen Teil von Offizieren, um den Kommandanten der Landesverteidigungsakademie Generalmajor Mario Duic — den „Konservativen" oder „Kritikern" — seit etwa 1969 — entwickelt worden war, ist die Ersetzung der „Theorie vom hohen Eintrittspreis" und des grenznahen Abwehrkampfes bis zum Eintreffen der NATO-Reserven durch die Theorie der „Abhaltung". *„Waren die seinerzeitigen sogenannten Einsatzbrigaden für einen beweglich zu führenden Verzögerungskampf bestimmt, so mußte . . . eine neue Konzeption für den Einsatz der Landwehr im Verteidigungsfall gefunden werden. Als Alternative zur beweglichen Kampfführung starker Verzögerungskräfte schien sich eine ‚Gesamtraumverteidigung' durch territorial gebundene Landwehrstreitkräfte, verstärkt durch ‚Korsettstangen' aus der vornehmlich aus mechanisierten Verbänden bestehenden Bereitschaftstruppe anzubieten. Die nähere Befassung mit diesem Gedankengut ergab, daß es kräftemäßig in der nächsten Zukunft nicht möglich sein wird, den gesamten Raum wirkungsvoll zu verteidigen, weil ausreichendes Reserve-Kaderpersonal und entsprechende materielle Gegebenheiten fehlen. Es wird aber möglich sein, sogenannte ‚Schlüsselräume' im Frieden zur Verteidigung vorzubereiten. . . Der übrige Raum kann durch territoriale Landwehrstreitkräfte lediglich gesichert und unter Kontrolle gehalten werden. Die dort eingesetzten Kräfte sind bei Eignung des Geländes für eine Kleinkriegsführung bestimmt. So reduziert sich das Konzept der militärischen Landesverteidigung auf eine realisierbare ‚Raumverteidigung'."* (Generaltruppeninspektor Leeb, ÖMZ, 3/75).

Verteidigt soll nicht mehr die Grenze werden, sondern der ganze Raum, und zwar in der Hauptsache durch überwiegend raumgebundene infantristische Kräfte, die einerseits besonders wichtige strategische Durchzugsräume („Schlüsselzonen") mit Hilfe fester Anlagen sowie den schwer zugänglichen Zentralraum der alpen verteidigen sollen und im übrigen Staatsgebiet („Sicherungszonen") eine hinhaltende Kleinkriegstaktik zur Zermürbung des Aggressors führen sollen. Einer Schlacht sollte unter allen Umständen, auch bei dauerhafter Aufgabe von Teilen des Territoriums aus dem Weg gegangen werden.

Spannocchi bezeichnet die Raumverteidigung als „völlig unkonventionelles Verfahren der strategischen Ökonomierechnung der Auflösung der Schlacht in eine Vielzahl von Gefechten." (»Das Bundesheer gestern — heute — morgen« ÖMZ 3/75).

Die „Abhaltewirkung" des Konzepts der Raumverteidigung soll nach den Wünschen ihrer Erfinder hauptsächlich auf der Ebene einer militärischen Kosten-Nutzen-Rechnung des Aggressors liegen. Statt einer Abwehrschlacht an der Grenze soll der Sowjetunion der Zugang zum Zentralraum Österreichs in den Alpen verwehrt und eine Verzögerung des raschen Durchmarsches im Donautal und in Südösterreich durch den Kampf in ausgebauten Verteidigungsstellungen „angedroht" werden. Die Sowjetunion soll sich auch überlegen, ob sie das Risiko eines „Kleinkriegs der tausend Nadelstiche" im kampflos eroberten Osten Österreichs in Kauf nimmt.

„Auf Grund der Unberechenbarkeit stellt die Konzeption der Raumverteidigung einen erheblichen Unsicherheitsfaktor für einen möglichen Aggressor dar. Ihre Wirkung liegt also zuerst im indirekten Bereich.

Die Handlungsfreiheit des Staates muß erhalten bleiben, um zu verhindern, daß man durch eine Aggression überraschend vor vollendete Tatsachen gestellt wird, aber auch, um nach Abschluß der kriegerischen Auseinandersetzungen günstigere Ausgangspositionen zur Erlangung eines Friedens mit annehmbaren Bedingungen zu erhalten. Der militärische Beitrag hiezu besteht aus

- *der sicheren Bewahrung des militärischen Instruments durch einen auf lange Zeit konzipierten aktiven Kampf.*
- *der Behauptung wesentlicher Teile des Staatsgebietes und*
- *einer Weiterführung des Abwehrkampfes auch in den vom Aggressor vorübergehend „beeinflußten" Gebieten.*

Der Schutz des Staatsgebietes wird sichergestellt durch

- *das Behaupten und Beherrschen möglichst großer Teile des Staatsgebietes, vor allem solcher, die für die spätere Wiederinbesitznahme verlorengegangener Räume von entscheidender Bedeutung sind, und*
- *eine aktive Kampfführung unter Erfassung und Ausnützung des gesamten Staatsgebietes, um es der direkten Feindausnützung zu entziehen und zu entwerten."* (Major Günther Hochauer, ÖMZ 4/73)

Die Verfechter der „Raumverteidigung" lieben es, ihr Konzept als „unkonventionell", „für die österreichischen Verhältnisse maßgeschneidert" auszugeben und berufen sich dabei sogar auf die Erfolge der antiimperialistischen Befreiungskriege und der Militärtheorie Mao Zedongs.

In Wirklichkeit handelt es sich aber bei diesem militärischen Konzept nicht um den Plan der Verteidigung gegen eine Aggression und des Befreiungskampfes gegen den Aggressor, sondern um einen landesverräterischen Plan, der dem Klasseninteresse der österreichischen Monopolbourgeoisie entspricht.

Dieses Konzept ist die militärische Widerspiegelung einer „Sicherheitspolitik", die vor allem auf die Entspannung, die Beschwichtigung eines Aggressors setzt und von vornherein jeden Gedanken auf ernsthaften Widerstand gegen eine wirklich stattfindende Aggression beiseiteschiebt. Objektiv genährt wird diese Politik durch die im Weltmaßstab stattgefundenen Veränderungen. Wurde noch 1965 als selbstverständlich davon ausgegangen, daß im Falle der Einbeziehung Österreichs in einen europäischen Krieg die NATO unter der Führung der USA Österreich sofort „zu Hilfe kommen" würde und schon nach wenigen Tagen im Zuge eines Gegenangriffs die Truppen des Warschauer Pakts wieder aus Österreich hinauswerfen würde, so hat die Entwicklung seither gezeigt, daß die österreichische Bourgeoisie heute nicht mehr mit 100%iger Sicherheit auf eine solche Entwicklung setzen kann. Die Gefahr einer vorerst nur Österreich betreffenden russischen Aggression ist ebenso gestiegen wie die Wahrscheinlichkeit, daß die NATO in diesem Fall auch nicht sofort zu einem Gegenschlag ausholt. Infolgedessen besteht das Problem für die österreichische Bourgeoisie nicht mehr darin, wie sie ihre eigenständigen Interessen an der Seite der NATO am besten zur Geltung bringen kann, sondern mehr und mehr tritt sie für die Notwendigkeit eines Arrangements mit der Sowjetunion in den Vordergrund. Nicht bedingungslose Kapitulation, sondern Kapitulation mit möglichst guten Bedingungen für weitere Teilnahme an der Herrschaft und Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse, darauf zielt das militärische Konzept der österreichischen Monopolbourgeoisie.

Darin sind sie sich auch weitgehend einig, wobei unter den politischen Parteien eindeutig die Federführung bei der Sozialdemokratie liegt. Bei der Durchsetzung dieser Politik müssen sie einige Tatsachen leugnen und bestimmte Ansichten im Volk bekämpfen. Das zeigt sich an folgenden Punkten:

Erstens wird die Gefahr einer sozialimperialistischen Aggression, die die Eroberung und Inbesitznahme Österreichs oder von Teilen davon zum Ziel hat, vollständig geleugnet, und wird für diesen Fall der Gedanke der Verteidigung „für einen Kleinstaat wie Österreich" als völlig absurd hingestellt, „wenn wirklich die Armeen des Warschauer Pakts gegen Österreich marschieren". „Aus gesamtösterreichischer Sicht kommt dem österreichischen Raum sicherlich keine strategische Bedeutung zu. Dies bedeutet, daß Österreich durchaus Aussicht hat, im Zuge einer großen Auseinandersetzung zunächst verschont zu bleiben, wenn es nur die einem nebensächlichen Kriegsschauplatz entsprechenden Vorsorgen getroffen hat." (Hochauer, a.a.O.) Oder wie es der heutige Kommandant der Landesverteidigungsakademie, General Kuntner formulierte: „Die Inbesitznahme Österreichs durch einen anderen Staat oder eine Staatengruppe stellt bei den gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnissen Europas keine echte Entscheidung dar. Wohl aber hätte die Ausnützung durch militärische Kräfte eines anderen Staates, vor allem bestimmter Gebiete österreichischen Territoriums, operative Bedeutung . . . Was Österreich demnach im Auge behalten muß, ist nicht sosehr der Angriff einer Supermacht, womöglich noch mit all den dieser zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern die Erhaltung der militärischen und politischen Glaubwürdigkeit, um andere Staaten davon abzuhalten, sich selbst durch Präventivmaßnahmen vor Überraschungen, die ihnen durch österreichische Untätigkeit oder Unfähigkeit drohen, zu schützen." (Die strategische Situation, in: Handbuch der geistigen Landesverteidigung 1974). Es gibt übrigens zu dieser strategischen Einschätzung eine erstaunliche Einmütigkeit unter den verschiedenen bürgerlichen Politikern, aber auch unter den Militärs. Selbst die Kritiker des Raumverteidigung gehen von dieser These aus. Dabei nimmt die Gefahr einer isolierten Aggression der SU gegen Österreich in der letzten Zeit nicht ab sondern zu. Die Sowjetunion wird in ihren Plänen, Europa „Stück für Stück" zu erobern, jedenfalls durch die offen erklärten militärischen Absichten der österreichischen Bourgeoisie sicher nicht „abgehalten", sondern ermutigt werden.

Zweitens führt das Konzept der Verteidigung des Zentralraums und der „Schlüsselzonen" zur kampflosen Preisgabe Ostösterreichs, wo den Sowjets die beiden wichtigsten politischen und industriellen Ballungszentren Österreichs — Wien und Graz — als „offene Städte" auf dem Präsentierteller serviert werden. Statt den militärischen Abhaltewert von Großstädten, die von einer Armee gehalten werden (siehe z.B. die Bedeutung Leningrads im zweiten Weltkrieg) für den Befreiungs- und Widerstandskrieg zu nützen, geht es der Bourgeoisie nur um die günstigsten Bedingungen für eine Kapitulation, trotz des Geredes vom „Wunsch, der Zivilbevölkerung die Schrecken des Krieges zu ersparen." Der Bourgeoisie kommt es nur „darauf an, durch Verteidigung zentraler Räume und Entwertung Österreichs als sichere Operationsbasis gegen Dritte einen anerkannten Beitrag zur Bewältigung der Aggression zu leisten, und damit auch Voraussetzungen für einen akzeptablen Frieden in der Hand zu haben" (Hochauer, a.a.O.). Das Bundesheer soll als Faustpfand dienen, der Monopolbourgeoisie im Falle einer russischen Aggression möglichst günstige Bedingungen für eine Quislingregierung herauszuschlagen. Unabhängig davon, ob sich in den Alpen oder im Exil auch noch eine Zeitlang

die Regierung eines Restösterreichs halten kann, bietet sich die Bourgeoisie den Russen schon heute für Kompradorendienste an.

Daraus erklärt sich drittens, daß der Gedanke eines Partisanen- oder Volkskrieges von ihr heftig bekämpft wird. Einen solchen Krieg kann die Monopolbourgeoisie nicht führen und schon gar nicht leiten. Die Berufung auf Mao Zedong und das in der „Raumverteidigung" enthaltene Kleinkriegskonzept schafft ihr allerdings gehörige Probleme in der Argumentation gegenüber den Volksmassen, ja sogar innerhalb des Bundesheeres. Krampfhaft zu erklären, warum ihr eine Volksbewaffnung als zentraler Bestandteil des Widerstandskriegs unerträglicher als der Gedanke der kampflosen Kapitulation erscheint. Der schon mehrmals zitierte Generalstabsmajor Hochauer hat daher auch in der ÖMZ einen Artikel schreiben müssen, um den geplanten „Kleinkrieg" vom anrüchigen und verhaßten Partisanenkrieg abzugrenzen. „In der Tat muß scharf zwischen revolutionärer und traditioneller Kriegsführung unterschieden werden. Während die kommunistisch inspirierte Guerillakriegführung und alle anderen mit revolutionärer Zielsetzung geführten Kleinkriege . . als sozialer Konflikt im internen Bereich von Staaten und Ländern begriffen werden müssen, kämpft die traditionelle Guerilla für etwas bereits Vorhandenes, meist um die politische Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Revolutionärer Kleinkrieg ist immer ein viel breiterer und tieferer politischer Vorgang, weil es vor allem darum geht, in der Drucksituation das Volk für die ‚neue Idee' zu gewinnen, mittels einer revolutionären Partei eine Volksbewegung zu entfalten, das Volk zu mobilisieren, und den Gegner zu isolieren . . . Der Kleinstaat von heute steht nicht vor der Problematik, seinen ‚Kleinkrieg' als feststehendes Teilelement seiner militärischen Landesverteidigung im revolutionären und damit politischen Sinn zu gebrauchen." (ÖMZ 3/75).

Man sieht also, daß der Bourgeoisie der Zusammenhang zwischen einem wirklichen nationalen Verteidigungskrieg und der Revolution durchaus klar ist, und welche Angst sie vor der Revolution hat.

Ein vierter wichtiger Punkt ist der Stellenwert der militärischen Maßnahmen in der ganzen sogenannten „Sicherheitspolitik". Die von Kreisky am 7. März 1972 dem Landesverteidigungsrat vorgelegte „Grundsatzerklärung zur umfassenden Landesverteidigung" stellt in programmatischer Weise fest: „Die österreichische Militärpolitik und die umfassende Landesverteidigung haben die Aufgabe, das Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft in die immerwährende Neutralität Österreichs zu erhalten und zu stärken. Dem Bundesheer im besonderen obliegt in diesem Zusammenhang die zentrale Aufgabe des Schutzes des Bundesgebietes und seiner Grenzen. In Erfüllung der Ziele der Landesverteidigung leistet das österreichische Volk den ihm zumutbaren Beitrag unter Bedachtnahme auf seine menschlichen, materiellen und sozialen Möglichkeiten." (zitiert nach ‚Handbuch der geistigen Landesverteidigung'). Die Reihenfolge, Neutralitätspolitik vor der militärischen Landesverteidigung, ist kein Zufall, sondern entspricht durchaus den Vorstellungen der österreichischen Monopolbourgeoisie.

Zweck, Manöverannahme und deklarierte Ziele der „RVÜ 79"

Am 19. Oktober 79 erläuterte die Armeeführung in einer Pressekonferenz den Zweck der „RVÜ 79", einzelne der gesteckten Ziele und die sogenannte Manöverannahme, d.h. das Kriegsbild, auf dem der Übungsablauf beruht. Als Zweck formulierte Spannocchi: „Zur Halbzeit der Heeresreform muß in der Praxis geprüft werden, ob die Reform taugt und wo sie noch Schwächen hat." (AZ, 20.10.) Die Halbzeit bezieht sich auf die „Umgliederung des Heeres alter Art zum Milizheer, die 1986 abgeschlossen sein soll." (APA, 19.10.), Spannocchi: „Das gesamte Feldheer ist umgestellt, der gesamte Führungskader in den mittleren und oberen Stellungen neu besetzt". Nun beginne eine Festigungsphase, in der noch Korrekturen vorgenommen werden können. Die Manöverauswertung soll dem dienen.

Gleichzeitig veranschaulichte die Pressekonferenz den „äußeren" Zweck dieser „Waffendemonstration unter neutraler Flagge", nämlich „die Erprobung des neuen österreichischen Verteidigungskonzepts, das darauf abzielt, jeden möglichen Aggressor *von vornherein* davon zu überzeugen (Unterstreichung d.d. Verf.), daß er bei einem Versuch, die Alpenrepublik als Durchmarschgebiet zu okkupieren, nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch militärisch in die ‚roten Zahlen' käme" (APA, 16.10.)

Dieser Linie der „Demonstration" und „Überzeugung" entspricht auch die vielzitierten „Kosten-Nutzen-Rechnung", die einen Aggressor „von vornherein" abhalten soll.

Gleichzeitig war diese Pressekonferenz auch der Auftakt für eine Propagandaoffensive, um die Bevölkerung für das neue Verteidigungskonzept zu gewinnen.

Schon der Name des Manövers sollte dieses neue Konzept propagieren, das auf dem Gedanken beruht, einem Aggressor, in der Breite und Tiefe des eigenen Raumes nachhaltigen Widerstand zu leisten. Vor allem entlang bestimmter absehbarer Hauptoperationslinien ist der Raum in Sicherungszonen und Schlüsselzonen eingeteilt, wo der feindliche Vor- bzw. Durchmrsch in einer Kombination von Jagdkampf („Nadelstichtaktik") und konzentriertem Abwehrkampf gebremst bzw. gestoppt werdensoll. In ganz Österreich soll es etwa 15 Schlüsselzonen geben. Vier davon allein im Donautal. Für das Manöver 79 wurde eine der Schlüsselzonen im Donautal, die „Schlüsselzone 35" (Donau-West/Erlauf) sowie die vorgelagerte „Raumsicherungszone 36" (Alpenvorland) gewählt also ein Übungsraum zwischen St. Pölten im Osten, Amstetten im Westen, Melk im Norden und Scheibbs im Süden. (vgl. Skizze 1).

Laut Manöverannahme stößt ein überlegener Agressor „Orange" mit mechanisierten und gepanzerten Verbänden und starker Luftunterstützung und Artillerie durch das Donautal von Ost nach West vor und soll von der verteidigenden Partei „Blau" abgefangen bzw. zunächst stark verzögert und geschwächt werden. Um vor allem auf seiten des Angreifers Kräfte zu sparen, wurde der Übungsraum und Ablauf zweigeteilt. In Phase 1 (19. und 20.11.) griff der „Orange" Aggressor im nördlichen Abschnitt an, wurde dann wieder zurückgenommen, um am 21./22. November (Phase 2) im südlichen Abschnitt neuerlich in Angriff zu gehen. (vgl. Skizze 1).

Das ergibt ein anderes Kräfteverhältnis (Angreifer zu Verteidiger) als es ursprünglich im Klassenkampf 45 mit 7.000 zu 20.000 dargestellt wurd.e Tatsächlich verteilten sich rund 22.000 Verteidiger über den ganzen Übungsraum von ca. 400 km^2, mit einer durchschnittlichen Dichte von 5 Soldaten je km^2 (in den Schlüsselzonen ca. 30 Soldaten je km^2). Die Verteidigung stellten vorwiegend infanteristisch gegliederte Bataillone der 1., 3., 5. und 7. Jägerbrigaden sowie raumbundene Landwehr aus dem Manövergebiet unterstützt durch befestigte Anlagen und gepanzerte Gegenschlagkräfte. Die 8.000 Angreifer bestanden im wesentlichen aus der Bereitschaftstruppe, d.h.d der 1. Panzergrenadierdivision (4. und 9. Panzergrenadierbrigade) und vier Jägerbataillonen unterstützt durch Panzertruppen, Panzerartillerie und die Fliegerdivision. Beide Phasen zusammengenommen ergeben so den Angriff von zwei gepanzerten Divisionen auf die Schlüsselzone. Nach Auffassung der Armeeführung könnte ein Aggressor auf Grund der geographischen Gegebenheiten kaum mehr Kräfte gleichzeitig einsetzen. Dementsprechend wäre der Verzögerungseffekt, der in der Schlüsselzone 35 erzielt wird, mit der Zahl der Schlüsselzonen im Donautal zu multiplizieren. Erst daraus soll sich dann der Aufschluß ergeben, wie lange man einen Aggressor im Donautal aufhalten könne.

Diese Manöverannahme, von der von Schlüsselzone zu Schlüsselzone fortschreitenden Verzögerung und Abnutzung des Aggressors steht allerdings in Widerspruch zur realistischeren Aussage des Armeekommandanten, wonach beim Angreifer mit der „sowjetischen Doktrin" zu rechnen sei: „Zuerst Löcher vorschlagen, um dann mit der zweiten Welle durch das geschlagene Loch unbekümmert durchstoßen zu können." (Neue Zeit, 18.11.) Eine solche „Zweite Welle" wurde aber nicht geplant und geübt. Andererseits hat es mehrfach Kritik am Kräfteverhältnis bezüglich der relativen Stärke der Verteidiger gegeben. 22.000 Mann in einer einzigen Schlüssezone und einer Raumsicherungszone entsprechen einem Achtel des Mobilisierungsstandes der mit 186.000 Mann im Jahr 1986 — als einer Zwischenstufe zu den angepeilten 300.000 — erreicht sein soll. Bei 15 Schlüsselzonen und einer hier noch größeren Zahl von Raumsicherungszonen entspreche das nicht den tatsächlich pro Schlüsselzone verfügbaren Kräften (auch wenn man berücksichtigt, daß die Schlüsselzonen im Donautal besonders stark befestigt werden) Außerdem wird beim derzeitigen Ausbautempo die Mobstärke von 300.000 erst nach

dem Jahr 2.000 erreicht. Einzelne Experten betrachten aber für die wirkliche Realisierung der „Raumverteidigung" in Österreich mindestens eine Mobstärke von 500.000 für notwendig. So hat die Schweiz mit einem kleineren und von der Relation Breite und Tiefe günstigeren Staatsgebiet sowie mit einer Gesamtbevölkerung von 6 Millionen eine Mobstärke von 600.000. Schon diese Zahlen zeigen, wie hohl die „Waffendemonstration" der RVÜ 79 in Wirklichkeit war.

Konkrete Übungsziele

Welche konkreten Übungsziele wurden auf der Grundlage der beschriebenen Zwecke der Raumverteidigungsübung 79 insgesamt und der Manöverannahme mehr oder weniger ausdrücklich deklariert? In den Vordergrund gestellt wurde die Erprobung der „Einsatzfähigkeit" der neuen Landwehr (AZ, 20.10.,). Während die Medien dabei die Erprobung der Taktik der 1000 Nadelstiche betonten — was in der Vergangenheit den Argwohn ausländischer Beobachter gegenüber diesem „Partisanenkonzept" hervorgerufen hat — war Spannocchi bemüht, zu korrigieren, daß die Kombination der „gleichwertigen Elemente", Jagdwehr und Abwehrkampf geübt werde: „Einerseits der Jagdkampf in der Raumsicherungszone, in die der Gegner bereits eingedrungen ist, und andererseits eine normale Verteidigung nach dem Grundsatz, „Stehen und Kämpfen", in der Schlüsselzone, die angegriffen wird. Dessen ungeachtet gelte es aber, so Spannocchi, auch dort von einer Linienbildung im herkömmlichen Sinn wegzukommen. Räumliche Staffelung der Kräfte, Ausnützen des heimatlichen Geländes, und eine wirkungsvolle Kombination verschiedener Waffensysteme (Infanterie, Luft- und Panzerabwehr, befestigte Anlagen, gepanzerte Gegenschlagskräfte; Anm.d.Verf.) erhöhen die Wirksamkeit der Verteidigung." (Manöverzeitung Igel Nr. 5)

(vgl. Skizze 2)

Die Erprobung der Einsatzfähigkeit der Landwehr — immerhin an die 80% der eingesetzten Truppe, davon ca. 1/3 raumgebunden, in der Mehrzahl aber mobile Abwehr — sollten vor allem Schlüsse auf den Ausbildungsstand des Mobherres zulassen, dann die Qualität der kombinierten Waffensysteme testen. Gegenüber der Landwehr eindeutig und sicher mit Absicht in den Hintergrund gerückt wurde bei den deklarierten Übungszielen der Einsatz der Bereitschaftstruppe als angreifende Partei. Auch wenn ihr Truppenführer und Kommandant der Bereitschaftstruppe Oberst des Generalstabes, Tretter betonte, „daß kein Unterschied besteht, ob ein Bataillon im Gegenangriff innerhalb einer Schlüsselzone oder im Angriff nach klassischer Art eingesetzt wird." (Bundesheerzeitung Spind,) darf nicht übersehen werden, daß die Bereitschaftstruppe die klassische „Bürgerkriegsarmee" für die herrschende Klasse darstellt. Auch diese nach innen gerichtete Funktion des Heeres zu üben bot die Raumverteidigungsübung Gelegenheit, die die Bourgeoisie sicher genutzt hat. Man braucht sich nur die Übungsunterbrechung nach Phase 1 ansehen: „Dabei soll getestet werden, ob und wie rasch sich die Panzergrenadierdivision, die im Ernstfall für Gegenangriffe vorgesehen wäre, umgruppieren und verlegen läßt." (Neue Zeit, 18.11.) „In einer Krisensituation rasch verlegen" nennt Tretter die Übungsaufgabe (Spind). Das kann auch für die innere Krise geübt werden. Oder nehmen wir die Zangenbewegung von Orange gegen Blindenmarkt, den Angriff der gepanzerten Bereitschaftstruppe auf eine von Miliz gehaltene Ortschaft — auch hier kann mán den „Bürgerkrieg" üben. Ein weiteres wesentliches Übungsziel, das auch öffentlich deklariert wurde, war die Erprobung der operativen Führung durch „Einsatzfähigkeit der ausgewechselten Führungsgarnitur in den mittleren und oberen Rängen". (AZ, 20.10.) Der Truppenführer der Partei Blau, Oberst des Generalstabes Maerker: „Bei dieser Übung liegt das Schwergewicht auf der Erprobung bestimmter Führungsgrundsätze, die sich durch das neue Raumverteidigungskonzept ergeben." (Spind) Tretter verwies auch auf die „Möglichkeit, unseren Führungsapparat (vor allem die Nachrichtenübermittlung) zu schulen und unter Streß zu überprüfen." (Spind) Unter welchem Blickwinkel der österreichischen Bourgeoisie die Überprüfung der Ausrüstung und Bewaffnung der Soldaten erscheint, ist für ihre Manöverziele sehr aufschlußreich. So heißt es in einer Apa-Meldung unter dem sinnigen Titel „Österreichs Freiheit auf dem Prüfstand — Manöverergebnis dient auch einer Neuorientierung der heimischen Wirtschaft" (APA, 16.10.): „Darüber hinaus werden die aus dem November-Manöver resultierenden Erfahrungen auch für die künftige Ausrüstung und Bewaffnung des Bundesheeres richtungsweisend sein. Das ist eine Tatsache, die voraussichtlich für die heimische, die Streitkräfte beliefernde Industrie in den nächsten Jahren Produktionsaufträge in einer finanziellen Größenordnung von Milliarden zur Folge haben wird." Konkret wird auch ein Fragenkomplex genannt, „der die Verbesserung und Optimierung der Nachtkampfausrüstung erreichen soll." (APA, 19.10.) In derselben Pressemeldung wird auch der Übungsleiter, Generalmajor Berger, zitiert, wonach „die Erprobung des Sanitätskonzepts" ein konkretes Übungsziel sei. Erprobt werden sollten ferner die Befestigungsanlagen des Erlaufwalls als „Rückgrat der Verteidigungsschlüsselzone". (ORF, 25.10.), d.h., Bunkeranlagen mit Panzertürmen Centurion und die mobilen Panzersperren.

Weiters sollte „Die koordinitierte Führung", also die Zusammenarbeit im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung" (Spind), d.h., die Kooperation mit Exekutive, Post (erstmals „Feldpost"), ÖBB, Rotem Kreuz, Feuerwehr, Zivilschutzorganisationen und Behörden geübt werden.

Schließlich war die „Wehrmotivation der Bevölkerung" (Spind) und entsprechende „Öffentlichkeitsarbeit" ein konkret genanntes Ziel.

Wie bereits bei früheren Großmanövern war auch diesmal der Verlauf „zu Ausbildungszwecken" praktisch vorprogrammiert, d.h., „daß der Ablauf der taktischen Führungsmaßnahmen in den einzelnen Phasen bei der Vorbereitung der Übung an Hand der Zeit-Raum-Limits der Manöverleitung (Armeekommando) von der auf Gegenseitigkeit übenden Truppe festgelegt wurde." (ÖMZ 1/75 über die Herbstübung 74)

Der Übungsraum erstreckte sich über ein Gebiet entlang der Donau zwischen St. Pölten und Amstetten mit einer West-Ost-Ausdehnung von 70 km und einer Breite (Nord-Süd) von 30 km zwischen Donau und Scheibbs. Anders als bei der Herbstübung 74, bei der ebenfalls Raumverteidigung geprobt wurde, ging es diesmal nicht um die schmalen Voralpentäler und die Alpenübergänge bzw. entsprechend starkes Gelände" sondern um das zumeist hügelige Gelände mit einzelnen Flußeinschnitten im offenen Teil des Alpenvorlandes. Bei einem Kriegsbild, von dem die Manöverannahme ausgeht, würden sich die Operationslinien des Aggressors naturgemäß auf die Verbindung St. Pölten — Amstetten, vor allem auf Bundesstraße, Bahn und Autobahn konzentrieren.

Das Einnehmen der Ausgangsstellungen wurde in erster Linie mit Hilfe der ÖBB vollzogen: 170 Sonderzüge mit 800 Personenwaggons und 3.200 Transport- und Spezialwaggons kamen dabei zum Einsatz. Die „Energieeinsparung" (30% an Treibstoff) war dafür sicher nur vorgeblich der wichtigste Grund, ging es doch vielmehr um die taktische Integration der Bundesbahnen ins Konzept der umfassenden Landesverteidigung. Aus zahlreichen Berichten und der Dauer der Bereitstellung von 4 (!) Tagen ist zu schließen, daß die Sache lange nicht so reibungslos und gut organisiert ablief, wie hinausposaunt wurde.

Bei den äußeren Bedingungen muß das sogenannte „Novemberwetter" besonders hervorgehoben werden. Dauerregen, Schneeregen und in höheren Lagen Schnee, dazu Kälte und die entsprechende Geländebeschaffenheit behinderten vor allem die Angreifer schwer. So konnte — bei der Allwetter-Untauglichkeit der österreichischen Luftwaffe — die feindliche Luftüberlegenheit nicht einmal simuliert werden. Auch Luftlandeoperationen fiel ins Wasser.

Leichte (Haflinger) und schwere Räderfahrzeuge blieben ebenso stecken wie etliche Panzer.

Man kann allerdings nur bedingt davon sprechen, daß diese Witterungsverhältnisse eben eine naturgemäße Schützenhilfe für den Verteidiger darstellen, weil sich der Aggressor in der Regel den Zeitpunkt und die Bedingungen seines Angriffs aussuchen kann und kaum solches „Novemberwetter" wählen wird.

Der Übungsverlauf (auf Basis von Zeitungsberichten rekonstruiert):

Montag, 19. November:

Bereits ab 2 Uhr früh begann das „gefechtsmäßige Verhalten" der beiden Übungsparteien. Eine Stunde später starteten die Angreifer im Raum zwischen der Donau und Weinzierl mit der Aufklärung in Richtung Westen. Die Verteidiger Blau begannen ihrerseits den Nahkampf gegen rückwärtige

Teile der ersten Panzergrenadierdivision und erprobten dabei verschiedene Organisations- und Einsatzmodelle sowie Kampfformen zur Untersuchung der Wirkungsmöglichkeiten und Chancen von Jagdkampfkräften gegen einen mechanisierten Angreifer im Panzer- und Infantriegelände. Um 7 Uhr erfolgte der eigentliche Angriff der 4. Panzergrenadierbrigade über die Erlauf nördlich von Wieselburg gegen die verstärkte dritte Jägerbrigade im Schlüsselraum Obereich, Neumarkt an der Ybbs, Wechsling, mit Fortsetzung des Angriffs südlich der Autobahn. Für den Ernstfall geprobt wurden taktische Verfahren im Zusammenhang mit der Verteidigung von Schlüsselräumen, Grenzen von Gleitzeitverschiebungen, Einnahme von Rundumverteidigungsstellungen, Reserveeinsatz, Mineneinsatz, Stellungssysteme auf Zug und Kompanieebene sowie die Überprüfung der Konzepte für die Verteidigung auf ständigen Befestigungen. Die Angriffsspitzen der orangen Aggressoren bestehen aus dem Panzerbataillon 14 (OÖ), dem Jägerbataillon 26 (Kärnten) sowie dem Jägerbataillon 21 (Tirol). Auf Grund der denkbar schlechten Witterung mußte übrigens bei den Angreifern umdisponiert werden. Eine geplante Luftlandung des Jägerbataillons 20 mit Hubschraubern mußte kurzfristig abgeblasen werden. Nördlich der Autobahn bei Plaika bereitet sich die Angriffsspitze des Panzerbataillons 14 aus OÖ auf den entscheidenden Vorstoß vor. Die Verteidiger haben das Gelände mit Panzersperren (insgesamt wurden 200 Igel, dreibeinige Stahlkonstruktionen aufgestellt) verrammelt. Den Verteidigern kam die schlechte Witterung entscheidend zugute. Die tiefhängenden Wolken ließen nämlich keinerlei Luftaufklärung der Angreifer zu, und auch die Aufklärung zu Boden wurde erheblich erschwert. Die Panzerspitzen beispielsweise mußten sich viel näher an die befestigten Stellungen heranwagen, als das bei schönem Wetter der Fall gewesen wäre, und waren daher in viel größerer Gefahr, abgeschossen zu werden. Inzwischen führten Kommandoeinheiten der Verteidiger bereits hinter den Linien der Aggressoren den Jagdkampf. Sie hatten die Angriffsspitzen vorbeiziehen lassen und es auf die Nahkampfeinrichtungen der Angreifer abgesehen. Auf diese Weise störte man den Nachschub des Gegners mit Munition und Treibstoff, und gewann dadurch Zeit. Im Lauf des Nachmittags ging der Angriff der Orangen nur noch langsam voran. Immerhin wurde das Angriffsziel, nämlich die Einnahme von Demmelbach und der Ybbs-Brücke südlich von Neumarkt teilweise erreicht. Ein weiterer Angriff Richtung Ybbs wurde aber abgeblasen. Man wollte den kämpfenden Truppen wegen der extremen Witterung eine Kampfpause gönnen.

Das Panzerbataillon 14, das mit Jägerunterstützung Saarling am Ybbsknie einnehmen sollte, hat am Abend nach zwei vergeblichen Versuchen zwei Kilometer von Saarling im Schlamm liegen und mußte sich damit begnügen, den gewonnenen Raum zu sichern.

Dienstag, 20. November

Auch am 2. Manövertag begünstigt das Wetter die verteidigende Partei Blau. Der Vormarsch der Angreifer rollte zwar planmässig ab und kam auch bei Übungsunterbrechung um 10 Uhr im vorgesehenen Raum an. Doch hatten die Orange-Verbände ihren Marsch-Tabellen zufolge doch Zeiteinbußen hinnehmen müssen. Bis morgen hatten sich die Angreifer im Raum Neumarkt, das einen Brückenkopf bildete, bereitgehalten. Dann taten die Jägerbataillone 21 und 25 und das Panzergrenadierbataillon zum letzten Gefecht dieses Tages an. Nördlich und südlich der Bundesstraße 1 arbeiteten sich Grenadiere und Jäger vor, Panzer warteten auf das Übersetzen der Ybbs und nebelten sich ein. Kampfschimmer der Verteidiger verminten indes die Flußübergänge, die Schiedsrichter waren sich lange nicht einig, ob nun der Angriff vor Ybbs liegengeblieben war oder nicht. Nördlich der Donau starteten die Blauen sogar einen Gegenangriff, aber sie zögerten zu lange. Als sie antraten, lag das Jagdbataillon 7 bereits so gut in Stellung, daß der Entlastungsstoß „abschmierte".

Ab 9.30 wurde um Blindenmarkt gekämpft. Von Kottingburgstall her kamen die Jäger des 21. Bataillons und gaben auf dem verschneiten Boden markante Zielpunkte ab. Der Wind verblies den Qualm der Rauchtöpfe und beraubte die Soldaten der Deckung. Dennoch wurde Blindenmarkt schließlich genommen, zumal ja von südlich der Bundesstraße 1 massive Unterstützung durch das Kärntner Luftlandebataillon 25 kam. Statt der vorgesehenen Luftlandung kam diese Truppe der LKWs zum Einsatz. Um 10 Uhr wurde die Übung programmgemäß unterbrochen. Die verstärkte 3. Jägerbrigade wurde zum Scharfschießen nach Allentsteig verlegt, die übrigen Verbände gruppierten um und gingen für die zweite Manöverannahme am Südabschnitt in Stellung.

Mittwoch, 21.11.

In der zweiten Übungsphase stehen im südlichen Abschnitt die verstärkte 4. Panzergrenadierbrigade (am Dienstag aus dem Raum Blindenmarkt in die neue Ausgangsposition verlegt) und die neunte Panzergrenadierbrigade auf seiten des Angreifers der fünften und 1. Jägerbrigade auf seiten der Verteidiger gegenüber. Die Kampfhandlungen begannen in der Früh, als die neunte Panzerbrigade, die mit 3 Bataillonen angriff, nach vorübergehendem Stocken wegen des Hochwassers doch die Erlauf überwand, Brückenköpfe bildete und schließlich in Richtung Zarnsdorf vorrückte. Das angreifende Jägerbataillon 25 sicherte die Flanke bis in den Raum Podersdorf. Dann gelang es dem Jagdpanzerbataillon 4 aus Graz, mit seiner Kürassieren den Gegner abzuriegeln. Ein Gegenangriff des Panzerbataillons 10 brachte schließlich den Vormarsch der Angreifer zum Stehen. Den Aggressoren wurden starke Verluste zugefügt und ein Nachführen weiterer Verbände in den Brückenkopf verhindert. Auf Grund der Lage wurde die Übung bis 17 Uhr unterbrochen, um die Verbände neu formieren zu können. Am Abend gingen die Kampfhandlungen weiter. Es folgte ein Angriff der Aggressoren in Richtung Steinakirchen, dann stießen die Orangen weiter vor und nahmen die Ybbs-Übergänge in Besitz. Das Kampfgeschehen des letzten Manövertags konzentrierte sich auf den Raum nördlich von Ulm im Feld entlang der Ybbs bis zur Donau. Dort traten vier Bataillone, Jagdpanzer 7, Panzergrenadiere 13 sowie Jäger 25 und 26 zum letzten Gefecht an. Das Wetter verhinderte auch die zweite Luftlandung des 25er-Bataillons. Zwar hatte es zu regnen aufgehört, doch herrschte Nebel. Die Panzer der vierten Brigade waren vor einer Ybbs-Brücke von den Schiedsrichtern zum Stillstand gebracht worden. Ein paar Kilometer nördlich aber, an einer Stelle, wo Panzer kaum eine Chance hatten, den Fluß zu übersetzen, brachten Pioniere mit Sturmbooten die Jäger ans jenseitige Ufer. Der befohlene Brückenschlag war im Gange. Die Orange-Partei schaffte den Durchbruch durch die letzte Verteidigungslinie an der Ybbs und bildete im Westen davon einen Brückenkopf. Dieser Sieg hatte allerdings höhere Gewalt zur Ursache. Die Übungsleitung verfügte mit einem simulierten Vernichtungsschlag die Überwindung des Bauernsperriegels: „Unrealistisch", aber notwendig, kommentierte man in der Übungsleitung den Durchbruch des Feindes. „Schließlich mußten wir ja auch die im Hinterland agierenden Brigaden beüben." Um 14 Uhr kam es über Funk: „Alle Kampfhandlungen einstellen". Im Rahmen des Manövers lief am Samstag, den 17.11., in St. Georgen bei Amstetten auch eine Übung ab, an der sich neben Freiwilliger Feuerwehr, Gendarmerie, Rettung und Bundesheer auch der Zivilschutz beteiligte. Annahme war, daß im Zuge von Kampfhandlungen ein Jagdbomber mit chemischen Kampfmitteln in eine Ortschaft abstürzt. Sogar die offizielle Bilanz dieser Übung legt offen, wie es um den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall bestellt ist: „Man gewann die Überzeugung, daß wir glücklich sein können, daß diese Übung nur Übung war. Im Ernstfall hätte dieser Katastrophenalarm mit einer traurigen Todesbilanz geendet. Jetzt arbeitet man an einem wirkungsvollen Katastrophenalarmplan." (!) (Der Soldat, 23/79)

Bilanz der Manöver

Die Bilanz der Manöver von seiten der Armeeführung, der politischen Parteien und der bürgerlichen Zeitungen ist ein allgemeines Hochjubeln, das im Widerspruch zu den vorher zutagegekommenen Widersprüchen im Heer und zwischen den Parteien steht. Immerhin hat die ÖVP vorher noch die dringliche Einberufung des Landesverteidigungsrates verlangt. Selbst fundierte Kritiker am neuen Landesverteidigungskonzepts, wie der frühere Kommandant der Landesverteidigungsakademie Duić äußern sich positiv, wenn auch dessen Kritik im einzelnen seine Pauschalanerkennung des Manövers („Die Landwehr hat Chancen", Salzburger Nachrichten 24.11.) relativiert. Offenbar wird hier im Chor nach Staatsräson gehandelt und geschrieben, das heißt, im höheren Interesse der österreichischen Bourgeoisie und zur Täuschung der Bevölkerung, die Differenzen und Kritiken niedergebremst.

Das verstärkt den Eindruck, daß die Raumverteidigungsübung 79 in erster Linie Demonstrationscharakter nach innen und außen haben sollte, daß die österreichische Bourgeoisie mit der österreichischen Unabhängigkeit nichts vorhat. Das zeigt nicht nur die Tatsache, daß hier ein Konzept erprobt wurde, dessen Voraussetzungen von der Mobilisierungsstärke und den Waffensystemen her bei Fortsetzung des gegenwärtigen Realisierungstempos erst weit nach dem Jahr 2000 geschaffen werden. Auch gemessen an den einzelnen konkreten Zielen der Raumverteidigungsübung müßte man eher von einem Fehlschlag als von einem druchschlagenden Erfolg sprechen. Kaum eines der Ziele ist annähernd erreicht worden. Und das, obwohl schon die 74er-Manöver mit fast demselben Ziel dieselben Schwächen und Mängel aufgezeigt haben. Die damals angeführten Konsequenzen sind in vier Jahren nicht gezogen worden, und werden wohl auch jetzt nicht gezogen. Die negative Bilanz im einzelnen entlang der gesteckten Ziele:

— Die Einsatzfähigkeit der Landwehr war durch Mängel in Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung stark behindert. „Der gute Geist der Landwehr konnte allerdings ihre Ausbildungsmängel nicht verdecken". Allgemein wurde die ungenügende Fähigkeit der unteren Führer zu sicherer und zweckmäßiger Führung ihrer Leute betont. Als Grund wird die mangelnde Erfahrung und Praxis angegeben. (Duić, Salzburger Nachrichten 74, 25. November)." Es wurde wieder erschreckend deutlich, wie sehr die Ausrüstung für Nachtkampf unzulänglich ist, und daher auch die Nachtausbildung der Landwehr. Kein Aggressor würde mit Dunkelheit zur Ruhe übergehen. (Duić, ebenda).

— An der taktisch-operativen Führung wurde kritisiert, daß der vorprogrammierte zeitlich-räumliche Ablauf eine wirkliche Erprobung des gesamten Systems stark eingeschränkt hat. Weiters, daß „Blau" starr ablaufende Schlachten geliefert hat, nach alten Maßstäben daher schlecht geführt ohne ausreichende Schwergewichtsbildung im wichtigsten Geländeteil an Autobahn und Bundesstraße." (Duić ebenda) Die einzelnen Soldaten bekamen oft außer allgemeinsten Sätzen über die sogenannte Spannocchi-Doktrin nur eine sehr beschränkte Kampfaufgabe nichts über das taktisch-operative Konzept zu hören.

— Zu den Waffensystemen:

Hier wird besonders die Schwäche der Panzerabwehr hervorgehoben, z.B., daß keine weiterreichenden tragbaren Panzerabwehrwaffen existieren.

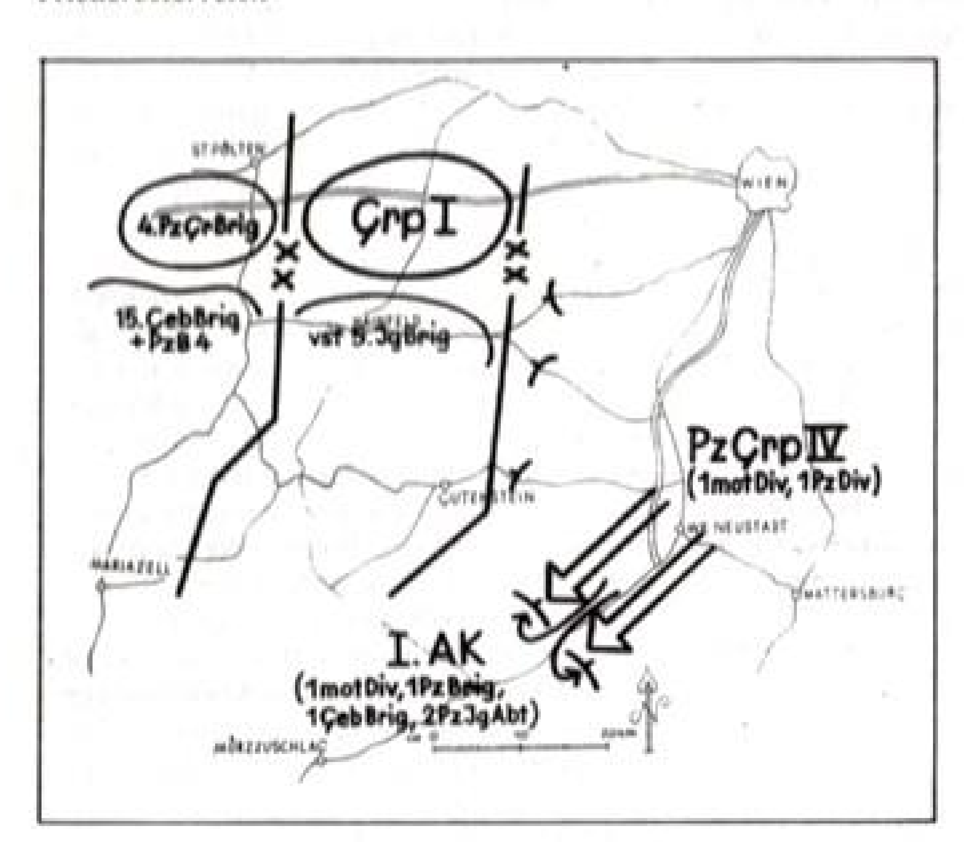
— „Unbestritten wunder Punkt der Ausrüstung und auch der Ausbildung sind nach wie vor die Fliegerabwehr und der Truppenluftschutz. Fast scheint es, als wolle man sich bisher aus Trotz, daß der Staatsvertrag Raketenwaffen verbietet, damit nicht beschäftigen. Spannocchi gelobt Abhilfe: Die Zahl der Fliegerabwehrbataillone soll verdoppelt werden. Genug wird auch das nicht sein. und von Kampfhuoschraubern weiß man zwar, daß es sie gibt, nicht aber, wie man sie abwehren sollte." (Neue Zeit, 21.11.)

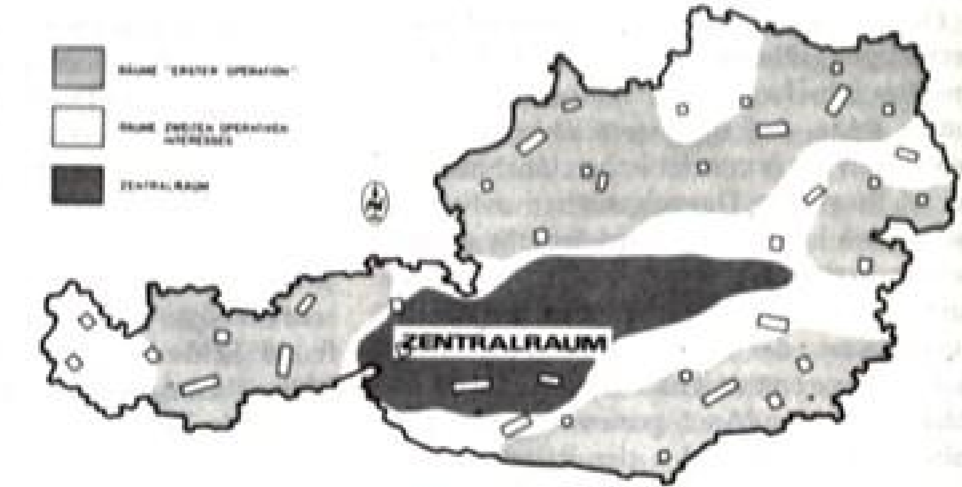
— Abwehr und Schutz vor ABC-Waffen ist weder für die Truppe noch für die Bevölkerung, von einigen Alibivorkehrungen abgesehen, geplant. Das zeigt ja nicht erst das Fiasko der Zivilschutzübung vom 17.11. Spannocchi bezüglich entsprechender Vorkehrungen: „Mit der Atomabwehr beschäftigen wir uns nicht. Weder NATO noch Warschauer Pakt wissen, wie sich ein Atomkrieg truppenpsychologisch auswirken würde. Wie sollen wir das wissen?" (Neue Zeit, 21.11.)

Das San-Konzept, das erprobt werden sollte, existiert noch gar nicht, mußte eingestanden werden. Hier fehlt es vor allem an einer entsprechenden Ausrüstung der Schlüsselzonen mit (verstärkten) Saneinrichtungen. Die wirkliche Manöverbilanz für die Arbeiterklasse und die Volksmassen kann nur sein: Angesichts der realen Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs durch die Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus sind von seiten der österreichischen Bourgeoisie keine entsprechenden militärischen Vorkehrungen und Zivilschutzmaßnahmen zu erwarten. Solche Vorkehrungen zu erreichen, und im Sinne einer wirklichen Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit durchzusetzen, wird zunehmend eine wichtige Aufgabe im Klassenkampf.

Gerade im Kampf gegen diese Bourgeoisie des nationalen Verrats eine solche Sicht und Militärarbeit ins Heer zu tragen, ist heute auch die aktuelle Form der Zersetzung des Militärapparats als Instrument der Bourgeoisie. Zu diesen Fragen, insbesondere auch zur Frage, wie konkret die Unabhängigkeit Österreichs militärisch verteidigt werden kann, müssen die Kommunisten vordringlich ihre Auffassungen entwickeln.

Ausgangslage der Herbstmanöver 1965 in Niederösterreich

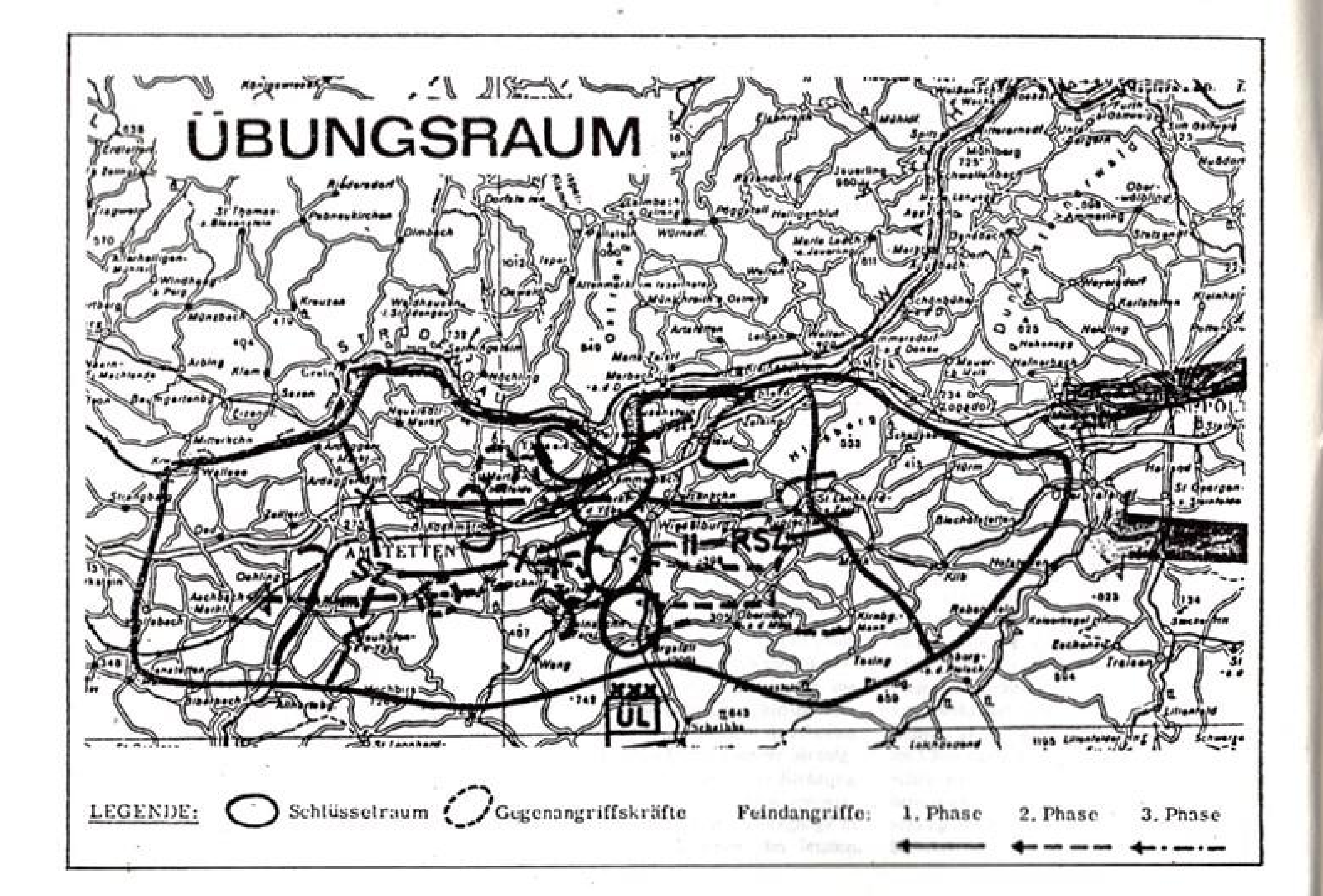




Die Einteilung Österreichs der „operativen Wertigkeit" nach (ÖMZ 4/1973)

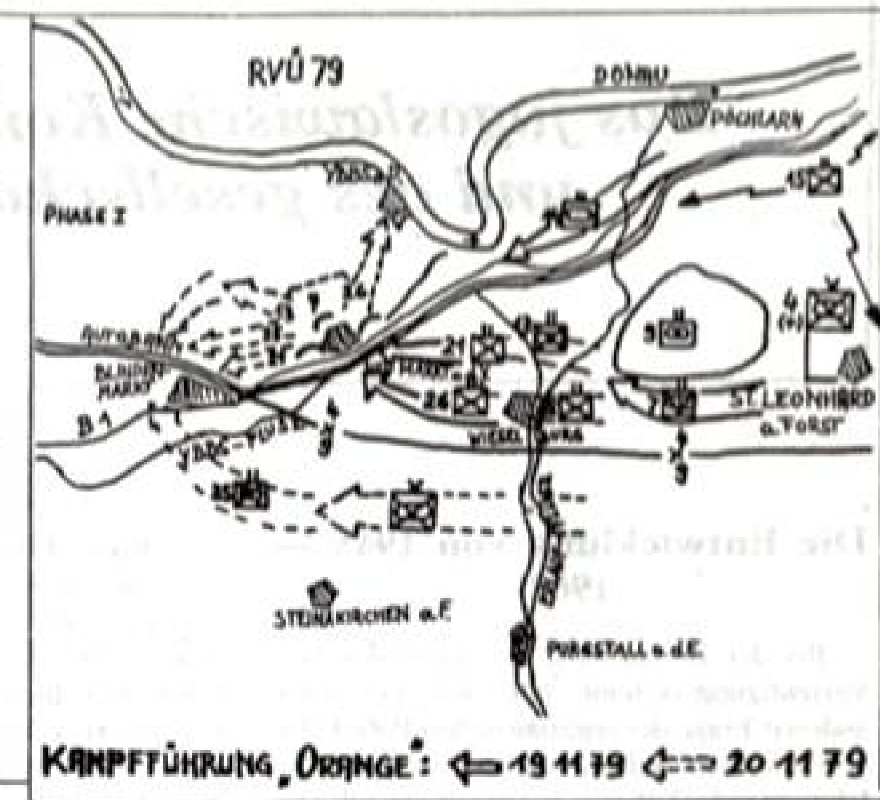


Wintermarsch (ÖMZ 3/1975)





Schematische Darstellung der Kampfführung der „Verteidigung":
1) Verteidigungskräfte in Schlüsselräumen
2) Gepanzerte Gegenschlagskräfte
3) Jagdkampfkräfte der Raumsicherung

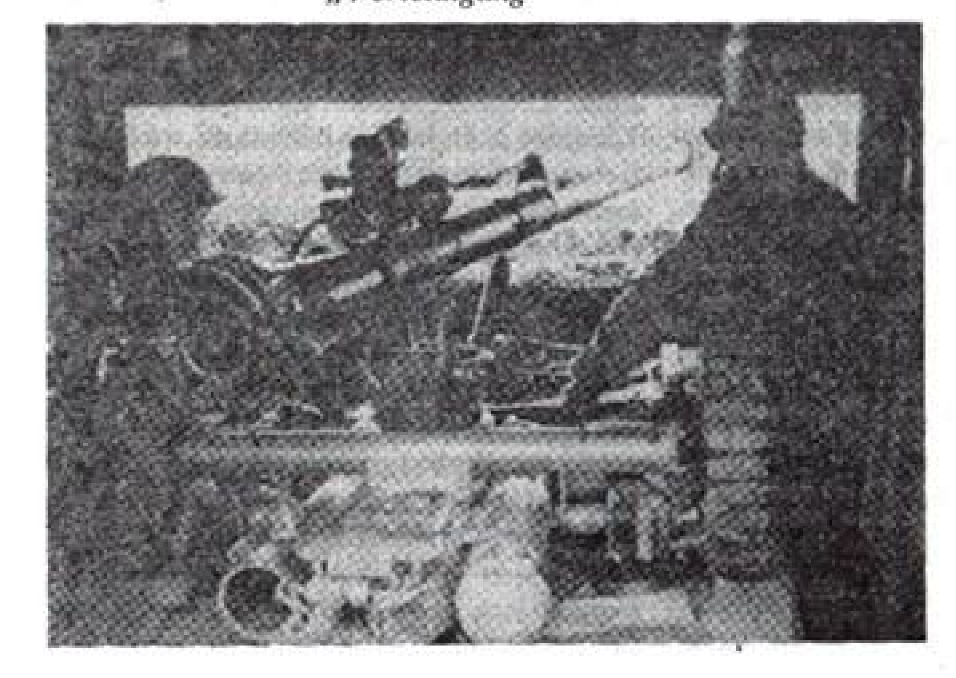


Kampfführung des „Angreifers"



Die Verteidiger errichten Panzersperren an den auf der Straße vorgesehenen Stellen

Bunker und Abwehrstellungen der „Verteidigung"





Die Sanitätsversorgung zeigte äußerst krasse Mängel

Das jugoslawische Konzept der Volksverteidigung und des gesellschaftlichen Selbstschutzes

Die Entwicklung von 1945 — 1968

Bei der Betrachtung des jugoslawischen Verteidigungssystems fällt wie bei jeder anderen Frage der jugoslawischen Politik das Streben nach Selbständigkeit und die Ablehnung jeder äußeren Einmischung auf. Die KPJ bestand von allem Anfang an auf der Entwicklung einer eigenständigen Politik, ausgehend von den konkreten Bedingungen Jugoslawiens. Jugoslawien war als Staat erst in diesem Jahrhundert konstituiert worden, und zwar weitgehend ohne Beteiligung der einheimischen Bevölkerung. Dadurch war dieser neue Staat gekennzeichnet von der Hegemonie der großserbischen herrschenden Klasse und von scharfen nationalen Gegensätzen. Der antifaschistische Widerstand der Völker Jugoslawiens unter derFührung der Kommunistischen Partei war daher ein wichtiges verbindendes Element. Er führte nicht nur zur Befreiung und zur Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung, sondern auch zur tatsächlichen nationalenBefreiung der jugoslawischen Völker und Völkerschaften, zum freiwilligen Zusammenschluß auf der Basis der Gleichberechtigung und zum Zusammenhalt der jugoslawischen Nationen. Die Bedingungen im antifaschistischen Kampf waren sehr hart. Nahezu 11% der Jugoslawen verloren in diesem Kampf ihr Leben. Die Voraussetzung, ohne die die jugoslawische Partisanenarmee niemals siegreich hätte sein können bzw. die Kämpfer überhaupt nicht überleben hätten können, war die **engste Verbindung mit der Bevölkerung**. Zugleich war es notwendig, die bewaffneten Volksstreitkräfte so zu organisieren, daß sie sich den jeweiligen Kampfbedingungen anpassen konnten. Sie konnten sich in kleinste Einheiten auflösen, die trotzdem wußten, was sie zu tun hatten, in günstigen Momenten aber waren sie in der Lage,sich wieder in großen Verbänden zu gruppieren und z.B. größere Offensiven gegen den Feind zu beginnen. In den Partisanenverbänden herrschte außerdem bereits jener Geist, der zugleich Grundlage und eines der Hauptziele des Kampfes war: die nationale Gleichberechtigung, die gegenseitige Achtung der Angehörigen verschiedener Nationalitäten, ihre brüderliche Verbundenheit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind für das gemeinsame Ziel.

Auf diesen Werten basierend wurde nach der Befreiung mit dem Aufbau des neuen Jugoslawien begonnen. War die Sowjetunion schon vor und während des Krieges in verschiedenen Fragen mit der selbständigen Linie der jugoslawischen Partei nicht einverstanden, und versuchte sie es mit verschiedenerlei Druck, die Jugoslawen zur Verfolgung einer ihr genehmen Linie zu bewegen, so gilt das in besonderem Maß für die Zeit nach 1945. 1948 kam es dann ja bekanntlich zum Kominform-Konflikt und somit zum offenen Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion. Auf militärischem Gebiet äußerten sich diese Widersprüche auf verschiedene Weise. Jugoslawien befreite sich mit eigenen Kräften und war im Gegensatz zu den Sowjets nicht der Meinung, daß die Rote Armee dafür letztendlich entscheidend gewesen wäre. Die KPJ fühlte sich den nationalen Zielen verpflichtet und war im Lande selbst verankert. Jugoslawien weigerte sich, die Blockaufteilung von Jalta hinzunehmen. Nach dem Krieg machte sich starker sowjetischer Einfluß in der Armee bemerkbar. Die dem Partisanenkrieg eigene Territorialverteidigung wurde zurückgestellt, es setzte eine starke Formalisierung ein. Während im Widerstand alle Sprachen der Völker Jugoslawiens gleichberechtigt waren, wurde Serbisch nun zur offiziellen Sprache in der Armee erhoben. Der erste Fünfjahresplan sah keinen Aufbau einer eigenen Verteidigungsindustrie vor. Die sowjetischen Berater versuchten nicht nur, die jugoslawische Armee der sowjetischen anzugleichen, sondern auch deren Kontrolle zu unterstellen. Tito sagte 1948: *„Die Sowjetunion will uns nicht dabei helfen, unsere Armee auszurüsten, und sie sagen uns immer wieder, daß wir keine starke Armee brauchen, weil* ***sie*** *uns verteidigen werden.“* Ein anderes hohes ZK-Mitglied, Vukmanovič-Tempo, sagte: *„Die meinen, unsere Armee sollte als integraler Bestandteil der Roten Armee aufgebaut werden, aber wir wollen eine unabhängige Armee aufbauen, die sich auf die Grundlage unserer Erfahrungen stützt.“* Ähnliches spielte sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet ab. Jugoslawien lehnte das ab und flog letztlich aus dem Kominform. Die Wirtschaftsblockade des Kominform zwang Jugoslawien in der Folge, zum eigenen Schutz Waffen auf dem einzig offenen Markt zu kaufen — bei den USA. Außenpolitisch begann sich Jugoslawien vor allem, auf den Aufbau der Blockfreienbewegung zu konzentrieren.

In den 50er- und frühen 60er-Jahren lag die Betonung auf der regulären Armee, obwohl man sich mit den bewährten Erfahrungen der Partisanenzeit sehr wohl theoretisch auseinandersetzte und sie auch teilweise praktisch anwandte. Es gab eine Auseinandersetzung zwischen Befürwortern einer regulären, straff zentralisierten Armee und Protagonisten einer flexiblen Verbindung von operativer Armee unter zentraler Führung und Partisaneneinheiten der Territorialverteidigung. Als seit 1958 verstärkt das Selbstverwaltungssystem eingeführt wurde, wurde auch die Frage der »Vergesellschaftung der Verteidigung« theoretisch stärker diskutiert. Es wurde eine operative Armee mit ständiger Kampfbereitschaft errichtet, neben ihr Kerneinheiten der operativen Armee, die im Kriegsfall durch Einberufungen aufgefüllt werden konnte, und schließlich ein noch sehr dünnes Netz von territorialen Partisaneneinheiten. Die gesamte Kontrolle lag noch bei der zentralen Armee, die dezentralen gesellschaftlichen Ebenen waren in die Verteidigung noch nicht einbezogen.

Einen entscheidenden weiteren Schritt brachte die Verfassung von 1963, die im Artikel 252 erklärte: *„Die Verteidigung ist* ***Recht und Pflicht*** *jedes Bürgers, jeder Arbeits- und sonstigen Organisation, des Bundes, der Republiken, der Kommunen sowie anderer gesellschaftlich-politischer Einheiten. Der Bund soll für die Vorbereitung und Organisation der jugoslawischen Volksarmee verantwortlich sein, während es in der gemeinsamen Verantwortung des Bundes, der Republiken, der Kommunen und der anderen gesellschaftlich politischen Einheiten liegen soll, die Zivilverteidigung, die vormilitärische Ausbildung sowie die allgemeine Vorbereitung und Organisation der Verteidigung des Landes zu tragen.“*

Hier wird zum ersten Mal die Verteidigung nicht nur als Pflicht, sondern auch als *Recht* jedes Bürgers bezeichnet. Die gesellschaftlichen Grundeinheiten werden in die Verteidigung einbezogen. Die theoretische Diskussion ging in Richtung des Aufbaus einer Territorialverteidigung, wobei bei der Kommandostruktur auf die nationale Vielfalt des Staates Rücksicht genommen werden sollte. Diese Diskussion wurde auch von den Kämpfen in Indochina beeinflußt, wo die Befreiungsbewegungen mit einem ebenfalls kombinierten System von operativen Truppen und lokalen Einheiten in enger Verbindung mit dem Volk der perfektesten Militärmaschinerie der Welt erfolgreich Widerstand leisteten. 1967 sagte Nikola Ljubičič, heute Verteidigungsminister, daß die Verfassung von 1963 das Konzept zur Führung eines allgemeinen Volksverteidigungskrieges noch nicht vollständig widergebe. *„Das Wichtigste besteht darin, jedem Bürger, jeder Arbeitsorganisation oder soziopolitischen Gemeinschaft genau zu sagen, wo ihr Platz und was ihre Pflicht ist ...“* Schließlich muß gesagt werden, daß zu diesem Zeitpunkt Jugoslawien noch davon ausging, daß die Hauptgefahr für seine Sicherheit vom US-Imperialismus ausgeht, war dieser damals noch unangefochten die führende Supermacht mit enormem kriegstechnischen Vorsprung gegenüber jeder anderen konventionellen Armee, was sich in Vietnam, ganz besonders aber im Sieben-Tage-Krieg im Nahen Osten zeigte.

Einen rigorosen Einschnitt bedeutete der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei am 21. August 1968. Der neuen Bedrohung stand Jugoslawien ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch weitgehend unvorbereitet gegenüber. Drei Tage später tagte das Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten. Die in den vergangenen Jahren diskutierte Neuorientierung der Armee und Verteidigung kam angesichts der Tatsache, daß die revisionistisch entartete Sowjetunion nun erstmals einen souveränen Staat überfiel und in die Fußstapfen des US-Imperialismus zu treten begann, zum Durchbruch. Jugoslawien, welches den Versuch eines eigenständigen Kurses der ČSSR unter Dubcek voll unterstützt hatte, war selber unmittelbar bedroht. Die Sozialimperialisten — diesen Begriff verwendete Zhou Enlai am Abend der Invasion in der ČSSR — drohten Jugoslawien unmißverständlich. Die Prawda schrieb: *„Es muß betont werden, daß ein sozialistisches Land, welches einen ‚blockfreien' Stand einnimmt, in Wirklichkeit seine nationale Unabhängigkeit nur dank der Macht des sozialistischen Lagers – vor allem der Sowjetunion als seiner zentralen Kraft – erhalten kann, eine Macht, die auch die bewaffneten Streitkräfte einschließt. Die Schwächung irgendeines Glieds des sozialistischen Weltsystems hat direkte Auswirkungen auf alle sozialistischen Länder, die dem nicht tatenlos zusehen können.“* Jugoslawien erklärte, es werde sich gegen jede ausländische Intervention mit allen Mitteln wehren, und leitete sofort die Herstellung der höchsten militärischen Bereitschaft ein. Nach der Invasion der ČSSR folgte eine sofortige Veränderung in der Frage der hauptsächlichen Gefahr für die Unabhängigkeit Jugoslawiens. Sie drohte nach jugoslawischer Auffassung, vom »Hegemonismus« der Sowjetunion, welche der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdJK) bis heute als sozialistisch bezeichnet. Seit dieser Zeit wurde dieses Konzept konsequent weiterentwickelt, ist heute unbestrittene Verteidigungsdoktrin Jugoslawiens und wird ständig ausgebaut und weiter verbessert.

Das jugoslawische Verteidigungskonzept ist eng mit seiner Politik der Blockfreiheit verbunden. Die jugoslawischen Führer meinen, daß Blockzugehörigkeit alles andere als eine Garantie für nationale Unabhängigkeit ist. Die Blockfreiheit muß militärisch gesichert sein; immer wieder wird darauf hingewiesen, daß der Schlüssel der Sicherheit nicht eingeordneter Länder in ihrer Bereitschaft, mit eigenen Kräften dem potentiellen Aggessor entgegenzutreten, liegt. Die Wirksamkeit internationaler Faktoren, wie internationale Solidarität, UNO usw., hänge von den Anstrengungen ab, die von einem bedrohten Land oder von bedrohten Ländern zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit und nationalen Existenz gemacht werden. Natürlich sieht Jugoslawien auch die Notwendigkeit, die Widersprüche zwischen den Blöcken oder ihren Exponenten in Rechnung zu stellen und sie auszunützen. Als wesentlichen Faktor der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit sieht es jedoch die Konzeption der allumfassenden Volksverteidigung.

Das Konzept der allumfassenden Volksverteidigung und des gesellschaftlichen Selbstschutzes

Präsident Tito sagte auf dem 11. Parteitag des BdKJ im Juni 1978: *„Unser System der allumfassenden Volksverteidigung und des gesellschaftlichen Selbstschutzes bauen wir als integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung auf ... Die allumfassende Volksverteidigung und der gesellschaftliche Selbstschutz sind ein integraler Bestandteil der Rechte aus der Selbstverwaltung, der Verantwortung und der Pflichten der Werktätigen und Bürger sowie ihrer Arbeits- und gesellschaftspolitischen Vereinigungen und Organisationen geworden. Mit Gesetzen und anderen Selbstverwaltungsakten haben wir die Zuständigkeiten und Beziehungen zwischen allen Subjekten auf diesem Gebiet geregelt. Mit diesen Vorschriften haben wir nur das Notwendigste geregelt, jenes, was uns die Einheit des Systems und das wirkungsvolle Handeln aller Verteidigungs- und Selbstschutzfaktoren im Frieden und im Krieg sichert. Es wurden breite Möglichkeiten für ein schöpferisches, selbstverwaltetes und initiatives Handeln aller gesellschaftspolitischen Vereinigungen, Organisationen der vereinigten Arbeit und gesellschaftspolitischen Organisationen hinsichtlich der Organisierung, Ausbildung, Ausrüstung, Versorgung und auch der Art der Verwendung und Tätigkeit der Einheiten der Territorialverteidigung offengehalten.“*

Politisch-ideologische Grundlagen

- Das Jugoslawische Verteidigungssystem baut auf dem Element der Blockfreiheit auf.
- Es versucht die alte Marx'sche Idee vom »bewaffneten Volk« in die Praxis umzusetzen und stützt sich dabei auf die Erfahrungen des Partisanenkampfes und der Kämpfe anderer Völker.
- Es versucht, die »Vergesellschaftung der Verteidigung« im Sinne der Dezentralisierung und »Nationalisierung« der Entscheidungs- und Organisationskompetenzen zu den Grundeinheiten voranzutreiben.

Die Vergesellschaftung der Verteidigung, von der Tito spricht, stimmt mit dem Anspruch Jugoslawiens überein, immer mehr Funktionen des Staates schrittweise in die Hände der Werktätigen zu legen; sie erschwert es potentiellen Interventionsmächten, nationale Widersprüche in Jugoslawien auszunützen; sie war nach der tschechoslowakischen Erfahrung wohl die wirksamste Möglichkeit, die Sozialimperialisten vor einer Aggression abzuschrecken.

Bereits oben war vom Artikel 252 der Verfassung von 1963 die Rede, der jedem Bürger das *Recht* auf Verteidigung in die Hand gibt. Im Artikel 254 heißt es dann noch: *„Niemand ist berechtigt, im Namen der Sozialistischen föderativen Republik Jugoslawien die Kapitulation oder Okkupation des Landes zu unterzeichnen oder anzuerkennen. Ein solcher Akt ist verfassungswidrig, und nach dem Gesetz strafbar. Der Landesverrat stellt ein gegen das Volk gerichtetes Verbrechen dar und wird als schwere Strafhandlung bestraft.“*

Damit begibt sich der Staat, die Regierung, der BdKJ oder die Armeeführung der Möglichkeit der Kapitulation.

Das im März 1969 verabschiedete neue Gesetz über die Landesverteidigung legalisierte die zum Teil unmittelbar nach dem August 1968 eingeführten neuen Strukturen. Es heißt hier:

„In der allumfassenden Verteidigung werden alle Bürger Jugoslawiens, ihre Arbeits- und anderen Organisationen und gesellschaftspolitischen Gemeinschaften aktive Faktoren, Organisatoren und Vollzieher der Maßnahmen im Bereich der Landesverteidigung sowie Träger der Rechte und Pflichten der Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit des Landes. Darum hat niemand das Recht, die Bürger des sozialistischen Jugoslawien daran zu hindern, mit der Waffe in der Hand gegen den Feind, der das Land angegriffen hat, zu kämpfen, und niemand hat das Recht, die Okkupation des Landes oder gleich welches seiner Teile oder die Kapitulation seiner Streitkräfte anzuerkennen und zu akzeptieren.“

Operative und territoriale Armee

Die Konzeption der allumfassenden Verteidigung bedeutet:

- Schaffung der Strukturen für den Fortbestand von Regierung und Verwaltung auch im Falle einer Besetzung zur Organisierung des Widerstands im Inneren und der Vertretung des Landes nach außen.
- Neben der operativen, regulären Armee Schaffung eines verzweigten Netzes territorialer bewaffneter Einheiten. Das ermöglicht es militärisch, alle Formen des Kampfes zu führen — vom frontalen bis zum Partisanenkampf, und zugleich den politischen und ökonomischen Kampf zu entfalten.
- Herstellung der materiellen, organisatorischen und subjektiven Voraussetzungen für die Zivilverteidigung, deren Ziel vor allem Selbstschutzmaßnahmen der Bevölkerung und der aktive Boykott gegenüber dem Aggressor sind.

Die reguläre operative Armee steht unter zentraler Führung, auf die Territorialeinheiten haben auch die Teilrepubliken Einfluß. Das neue Gesetz über die nationale Verteidigung von 1974 betont aber im Gegensatz zum alten von 1969, das die Territorialeinheiten grundsätzlich dem Republikkommando unterstellte, wieder stärker das zentrale Element: *„Die oberste Leitung und das Oberkommando der Streitkräfte garantieren die Einheit und Untrennbarkeit der Streitkräfte und des bewaffneten Kampfes. Der Präsident der Republik ist Oberkommandierender der Streitkräfte.“* Das bedeutet aber keine Abkehr von der grundsätzlichen Linie, eine Kombination

von gutgerüsteter und einsatzbereiter operativer Armee unter zentraler Führung und breiter, örtlich verankerter Territorialverbände einzuführen.

Zwischen diesen beiden Teilen bestehen keine starren Grenzen. Es gehört zu den wichtigsten Erfahrungen des Partisanenkampfes, daß Größe, Ausrüstung, Operationsform und Operationsradius der einzelnen Einheiten sich den konkreten Bedingungen anpassen müssen. Nach einer Invasion in Jugoslawien kann es zu einer weitgehenden Besetzung des Landes kommen. Unter solchen Bedingungen können große Truppenkörper nicht operieren, ohne Gefahr zu laufen, daß sie in frontalen Auseinandersetzungen oder aus der Luft zerschlagen werden. Sie müssen daher in der Lage sein, wie es heißt, „abwärts und aufwärts zu transformieren", d.h., sich in kleine Einheiten aufzulösen, die partisanenkriegsmäßig operieren, oder sich zu großen Verbänden zusammenzuschließen, um dem Feind empfindliche Schläge zu erteilen. Eine solche „Heruntertransformation" setzt natürlich ein enges Verhältnis zwischen Armee und Bevölkerung voraus. Nur so können ganze Einheiten untertauchen und sich der Vernichtung entziehen, um im günstigen Moment wieder aufzutauchen und zuzuschlagen. Daraufhin müssen schon in Friedenszeiten die militärischen Vorbereitungen, Übungen und die politische Arbeit in der Armee und Bevölkerung gerichtet sein und sind es in Jugoslawien auch.

Die operative Armee umfaßt etwa 230.000 Mann, davon etwas mehr als ein Drittel Offiziere und Unteroffiziere, also Berufssoldaten. Es besteht Wehrpflicht in der Dauer von 15 Monaten. Drei Viertel der Soldaten, die den Wehrdienst absolviert haben, werden in die territorialen Einheiten ihrer Heimatrepublik eingegliedert. Das jährliche Training umfaßt etwa 100 Stunden. Die Territorialarmee umfaßt inzwischen über eine Million Mann und soll schrittweise auf 3 Millionen erweitert werden. Der Ausbildungsstand ist gut, erhalten die Soldaten doch während des regulären Wehrdienstes eine ausreichende Ausbildung, die durch Übungen in der Territorialarmee ständig ergänzt wird. So sagte Generaloberst Rajko Tanasković, Oberbefehlshaber der Territorialverteidigung in der Teilrepublik Serbien, in einem Interview im Februar 1979, daß in einem Land derartige Einheiten bestehen, die in der Lage sind *„sich in einigen Stunden zu mobilisieren und für die Kampfaufgabe vorzubereiten. Dies haben wir auch in der Praxis überprüft und tun es täglich."*

Frauen beteiligen sich heute schon an der Landesverteidigung, jedoch nicht als Rekruten, d.h. nicht in der regulären Armee. Das Verfassungsgesetz über die Militärpflicht kennt keinen Unterschied zwischen Mann und Frau. Die Frauen sind heute in der Territorialverteidigung tätig. Sie übernehmen dabei, in Uniform, auch gewisse Kriegspflichten. Es findet jedoch gegenwärtig eine Diskussion darüber statt, inwieweit es notwendig und richtig wäre, Frauen auch noch weitgehender in die Landesverteidigung einzubeziehen, wobei man davon ausgeht, daß der bewaffnete Kampf die Hauptform des Kampfes und des Widerstandes ist. Dabei betrachtet man das Problem nicht nur vom Standpunkt der Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern auch von daher, daß der bewaffnete Kampf die fähigsten Leute und Kader fordert. Mädchen auf höheren Schulen und Fakultäten werden bereits so ausgebildet, daß sie sofort im bewaffneten Kampf eingesetzt werden könnten. Auf den Fakultäten für Volksverteidigung werden Frauen nach einem vierjährigen Studium soweit ausgebildet, daß sie Leiteraufgaben in den Streitkräften übernehmen können, weil sie durch Diplom zu Reserveleitern werden. Das sei auch der Weg, meint man in Jugoslawien, um Frauen eines Tages zu aktiven Leitern der Volksarmee zu machen.

Gesellschaftlicher Selbstschutz

Dieser ist Teil des allumfassenden Volksverteidigungssystems. Er umfaßt alle Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, der Versorgung, Unterbringung, medizinische Betreuung usw. In diesem Aufgabenbereich sind alle gesellschaftlichen Ebenen einbezogen. Jeder Betrieb, jede Schule und Universität, jede Stadt und die Dörfer arbeiten Konzepte aus, errichten Schutzanlagen, legen Lager an usw.

Eine besondere Rolle spielen die Selbstschutzübungen unter dem Motto »Nichts darf uns überraschen«. In diese Übungen sind hunderttausende Menschen einbezogen, und es gibt eine Koordination mit den bewaffneten Verbänden. Die Bevölkerung übt Zivilschutzmaßnahmen, die Versorgung wird kriegsmäßig organisiert, in den Fabriken wird so gearbeitet, wie es im Kriegsfall sein würde, kurz: Die ganze Gesellschaft wirkt umfassend zusammen und übt Maßnahmen, die sie im Falle einer Aggression ergreifen würde. Einen besonderen Platz nimmt der Schutz vor atomarer, bakteriologischer und chemischer (ABC-)Verseuchung ein. Dabei laufen nicht nur einige Soldaten mit Regenschutz umher, sondern es werden ganze Schulen, Bewohner von Wohnvierteln usw. in dazu bereitgestellte Schutzräume geführt, und auch Vieh wird z.B. mit Schutzhüllen „angezogen" in Sicherheit gebracht.

Die Städte werden aktiv auf Angriffe vorbereitet, indem Schutzräume mit ABC-Abwehrvorrichtungen gebaut werden. Es wird der Schutz vor nächtlichen Bombardements der Städte geübt. Man übt auch die Zerstörung von für den Aggressor stragetisch wichtigen Produktionseinrichtungen. In den letzten Jahren beginnt man sich auch stärker der Probleme als Folge der nach dem Krieg einsetzenden Urbanisierung des Landes und der Verödung einzelner Regionen des Landes, vor allem in den strategisch bedeutenden Berggebieten bewußt zu werden und Maßnahmen zu treffen.

Die Ernsthaftigkeit der Maßnahmen und die Mitarbeit der Bevölkerung mögen zwei Beispiele illustrieren, die anläßlich einer Selbstschutzübung dieses Jahr veröffentlicht wurden:

Es ist Kriegsfall. Besuch in einer Landschule. Die Schule befindet sich in einem Wohnhaus. Der Kriegsstundenplan: Slowenisch, Geschichte, nachher Orientierung mit Hilfe eines Kompasses und einer Landkarte, Biologie und Ernährung in der Natur. Als die Schüler in die Schule kamen, trugen sie zunächst die Schulkriegszeitung an die Bevölkerung aus. Nach der Slowenischstunde lernten die Schüler das Gewehr und die Handgranate kennen. Die »Schule« wurde von Schülerwachen, aber auch von Angehörigen des Volksschutzes und einer Militärpatrouille bewacht.

Bei derselben Übung konnte man auch Jäger treffen, die bewaffnete Einheiten führten und dabei ihre genauen Kenntnisse des Waldes zur zur Verfügung stellten. In ähnlicher Weise beteiligen sich an solchen Übungen auch Hirten, Amateurfotografen; Hirten, Amateurfunker usw. Schüler übernehmen, da das Telefonnetz oder der Funkverkehr gestört werden könnten, Kurierdienste.

Man kann also tatsächlich von einer »Vergesellschaftung der Verteidigung« sprechen.

Waffenproduktion

„Die strategische Orientierung Jugoslawiens in der Produktion von Waffen und der militärischen Ausrüstung heißt, sich auf die eigenen Kader und technologischen Kräfte und materiellen Möglichkeiten der Gesellschaft zu stützen. Das ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Wahrung der unabhängigen Position in den internationalen Beziehungen und ein dauerhafter Faktor der jugoslawischen Verteidigungskonzeption und Politik", hieß es nach einer Sitzung des Ausschusses für die Volksverteidigung des Bundesrates der Volksversammlung am 24. Mai 1979.

Nach einer Aussage des Verteidigungsminister Ljubičić werden etwa 70% des Bedarfs der bewaffneten Kräfte im Land selber hergestellt. Besondere Erwähnung verdient das jugoslawisch-rumänische Flugzeug VTI-/CIAR 93 (»Adler«), eine Kombination von Kampfflugzeug, Jagdbomber und Abfangjäger. Das Flugzeug entspricht sehr gut den jugoslawischen Bedingungen und Bedürfnissen und erreicht als »Kombinierer« recht beachtliche Werte (geringes Gewicht, 16.000 m Flughöhe, und 1,65 Mach Höchstgeschwindigkeit).

Auch die Verteidigung zur See baut zu einem wesentlichen Teil auf heimischen Booten auf. Die jugoslawische Flotte ging nach 1968 daran, eine große Zahl kleiner U-Boote, Schnellboote und Torpedoboote einzusetzen. Diese kleinen Unter- und Überwasserboote haben eine hohe Feuerkraft, sind schnell, können leicht versteckt werden und bilden die Grundlage der Küstenverteidigung.

Allumfassende Volksverteidigung und Kriegsgefahr

Verschiedenerorts gibt es Diskussionen darüber, inwieweit ein solches Verteidigungskonzept angesichts der materiellen und technischen Überlegenheit der beiden Supermächte und überhaupt im Zeitalter des Atomkrieges nützlich und von Interesse ist.

Wenn heute die Supermächte etwas abschrecken kann, in erster Linie die Sozialimperialisten, von denen heute die Hauptbe-

drohung für den Frieden ausgeht, so ist es jedenfalls nicht unterwürfiges Zittern vor ihnen und die Vernachlässigung der Verteidigungsanstrengungen, sondern die Existenz einer intakten Struktur für eine möglichst umfassende Verteidigung, die Gewißheit für den Feind, keineswegs so billig davonzukommen wie 1968 in der ČSSR.

Was die atomare Bedrohung und die Tauglichkeit der Konzeption der allgemeinen Volksverteidigung in diesem Zusammenhang betrifft, sind die jugoslawischen Verteidigungsverantwortlichen etwa folgender Meinung: Ein allgemeiner Atomkrieg ist ihrer Meinung nach nicht sehr glaubhaft. Kommt es trotzdem dazu, bietet wiederum gerade der allumfassende Krieg Chancen zum Überleben des Atomduells und mehr oder minder große reale Bedingungen zur Durchführung der Kriegstätigkeit. Erstens ist die selbständige, nichtblockgebundene Position des Landes eine wesentliche Gewähr für die Nichtstationierung von Atomwaffen auf dem Territorium solcher Staaten, zweitens werden solche Staaten mit einiger Sicherheit nicht Schauplatz stärkerer atomarer Duelle der Supermächte sein. Drittens wird es auf Grund der allgemeinen Volksverteidigung nicht möglich sein, lebenswichtige Positionen so zu treffen, daß der gesamte Widerstand in Frage gestellt werden könnte. Viertens kann sogar bei Abreißen wichtiger Kommandoverbindungen auf Grund der dezentralen Anlehnung der Territorialstreitkräfte an die Strukturen der selbstverwaltenden Gesellschaft die Beständigkeit des Volksbefreiungskampfes aufrechterhalten werden. Die Konzeption der allumfassenden Volksverteidigung ist also sowohl im Falle eines lokalen Krieges, also z.B. einer sozialimperialistischen Aggression gegen Jugoslawien als auch im Falle eines Weltkrieges, in welchem es wie jedes kleine Land hineingezogen werden kann, die effektivste Verteidigungsart.

Die jugoslawischen Führer sind sich heute klar darüber, von wo die Hauptgefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit Jugoslawiens ausgeht. Der Vorsitzende des Rates für die allumfassende Volksverteidigung und den gesellschaftlichen Selbstschutz in Slowenien, Franc Poglajen, sagte am 23. März 1979: *„Diese Aktivität (die allumfassende Volksverteidigung und der gesellschaftliche Selbstschutz) ist noch besonders für die heutige Zeit wichtig, da wegen der unstabilen internationalen Situation und der Politik der beiden Blöcke, die mit Gewalt und dem Einsatz bewaffneter Kräfte internationale Widersprüche lösen, auch die feindliche Propaganda gegen unseren Staat und seine Politik verstärkt wird und uns sogar mit Territorialforderungen gedroht wird."* Das richtet sich eindeutig gegen die bulgarisch-sowjetische Politik, welche sich mit dem Hochspielen der Mazedonienfrage in die jugoslawische Angelegenheit einmischt und einen Konfliktherd schaffen will, der ihr zum gegebenen Zeitpunkt als Vorwand für eine Aggression dienen könnte. Der jugoslawische Verteidigungsminister schreibt 1977: *„Wenn heute Gefahr von den Mächtigen droht, sucht Jugoslawien den Ausweg nicht in einem ausländischen oder nuklearen Schutz, sondern in der modernisierten Konzeption der totalen nationalen Verteidigung, innerhalb derer der Mensch der Hauptfaktor ist, weil er willens, bereit und fähig ist, jeden Angreifer zurückzuschlagen ... Die Strategie der totalen nationalen Verteidigung bedroht niemanden, richtet sich gegen den Krieg und dient dem Frieden."*

K.Sch.

Diesem Artikel liegen folgende Materialien zugrunde:

„Jugoslawisches Konzept der allumfassenden Verteidigung", Rudolf G. Wagner in „Befreiung", Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, Oberbaumverlag, Nr. 14, Dez. 1978

Komunist, Organ des BdKJ und des BdK Sloweniens, 21. Juni 1978

„Naša obramba" (Unsere Verteidigung), Zeitschrift verschiedener für die Verteidigung verantwortlicher militärischer und ziviler Stellen und Organisationen in Slowenien (Nr. 4/79)

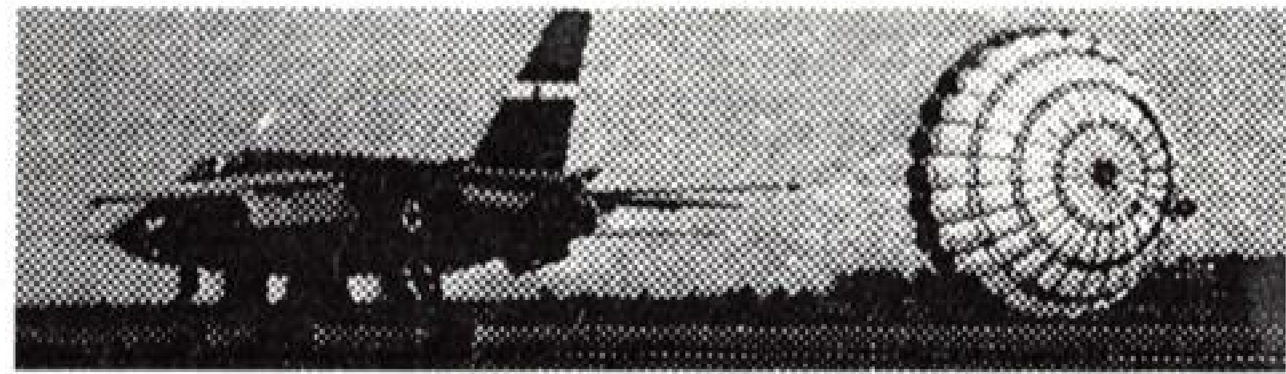
„Delo", Organ der Sozialistischen Allianz des werktätigen Volkes Sloweniens, 24. März 1979

Meldungen der jugoslawischen Nachrichtenagentur »Tanjug«



Modernes Torpedoschnellboot aus jugoslawischer Produktion. Kleine Über- und Unterwasserboote mit hoher Feuerkraft und Geschwindigkeit, die zudem leicht versteckt werden können, bilden die Grundlage der jugoslawischen Küstenverteidigung.

Das jugoslawisch-rumänische Mehrzweckflugzeug VTI-CIAR 93 („Adler“): Kampfflugzeug, Jagdbomber und Abfangjäger zugleich. Gewicht 4.700,-, max. 10.300 kg, Höchstgeschwindigkeit 1,65 mach (1.800 km/h), maximale Flughöhe 16.000 m, Aktionsradius 900 km. In Jugoslawien wird es ab 1980 eingeführt – 200 Stück.





Alle Teile des Volkes sind in die Verteidigungskonzeption einbezogen



Unterricht im neuen „Klassenzimmer“ eines Wohnhauses nach kriegsmäßigem Lehrplan: Umgang mit Kompaß und Landkarte

Auch Frauen werden in die Volksverteidigung einbezogen.



Übersicht zur Lohnrunde 1979

Die Lohnrunden 1979 haben fast durchwegs Abschlüsse gebracht, die brutto bestenfalls knapp über der offiziellen Preissteigerungsrate im vorangegangenen Zeitraum lagen. Vor allem in den zahlreichen Abschlüssen, in denen keine Ist-Lohnvereinbarung getroffen wurde oder nur gleichbleibende Überzahlung in Schilling vereinbart wurde, liegen die Lohnerhöhungen schon brutto bestenfalls bei der offiziellen Preissteigerungsrate, in einigen Fällen sogar darunter. So oder so haben die heurigen Lohnabschlüsse für die Masse der Lohnabhängigen keine Abgeltung der Entwertung ihrer Löhne und Gehälter durch die Preissteigerungen in der letzten Laufzeit gebracht und gehen sie mit niedrigeren Löhnen und Gehältern (ihrer Kaufkraft nach) ins nächste Jahr, als dies 1978 der Fall war. Denn erstens ist die Auswirkung der Teuerung gerade auf die niedrigeren Einkommen relativ bedeutend höher als auf die hohen Einkommen, zweitens ist der offizielle Preisindex nicht auf die Reproduktionsverhältnisse der Masse der Lohnabhängigen zugeschnitten, drittens bleiben netto von den vereinbarten Erhöhungen bestenfalls vier Fünftel, oft genug nur zwei Drittel netto übrig, viertens führt die mit 1.1 bevorstehende Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge um 0,5 Prozent zu einer weiteren spürbaren Minderung des verfügbaren Netto-Einkommens. Die verbleibenden Reallohnverluste sind so offensichtlich, daß auch die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler und Zeitungen gezwungen sind, ganz offen davon zu sprechen, daß im kommenden Jahr die Reallöhne niedriger sein werden als heuer — nicht für *alle* Lohnabhängigen, ober doch für sehr große Teile.

Zu beachten ist, daß das tatsächliche Lohnniveau keineswegs nur von den gewerkschaftlichen Lohnabschlüssen bestimmt wird. In manchen Branchen hinken die kollektivvertraglich festgelegten KV-Mindestlöhne um 30 und mehr Prozent hinter den tatsächlich gezahlten Ist-Löhnen her, wodurch starke regionale, betriebliche und Gruppen-Unterschiede im Lohnniveau aufrechterhalten werden können. Dadurch ist auch ein breiter Spielraum für Lohndrückerei gegeben. Das tatsächliche Lohn*niveau* wird dadurch nur begrenzt durch die Kollektivvertragsabschlüsse beeinflußt, entscheidend bleibt die Konkurrenzsituation für die Lohnabhängigen am Arbeitsmarkt. Nur die *Erhöhungen* der Löhne, ausgehend von einem weitgehend durch regionale, betriebliche etc. Konkurrenzbedingungen am Arbeitsmarkt bestimmten Ausgangs*niveau*, werden durch die Abschlüsse bestimmt. Selbst davon gibt es Ausnahmen, wenn es nur zu Mindestlohnabschlüssen kommt, ohne Regelungen für die Ist-Löhne zu treffen. Ein weiterer Faktor sind die betrieblichen und individuellen Lohnerhöhungen zwischen den gewerkschaftlichen Lohnrunden. Wieweit sie überhaupt zustandekommen, ist wieder stark von der Konkurrenzsituation und der Durchsetzungskraft der Belegschaften abhängig. Ein genereller Ausgleich des Reallohnabbaus ist auf dieser Ebene allerdings nicht erreichbar; gerade die Lohnabhängigen mit den niedrigen Einkommen, in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit, in kampfschwachen Betrieben etc. haben kaum Aussicht, auf diesem Weg den Reallohnverlusten zu entgehen.

Wir werden uns im kommenden Jahr besonders der genauen Analyse dieser Faktoren und Bedingungen, der Lohnentwicklung und auch der kritischen Überprüfung unserer Politik dazu zuwenden.

Aus der folgenden Übersicht geht hervor, daß die Gewerkschaften nun fast durchwegs auf 12-monatige Laufzeiten der Kollektivverträge Kurs nehmen bzw. solche Laufzeiten schon vertraglich festgelegt haben. Die Lohnrunde 1980 wird demnach schon im Jänner mit den Vorbereitungen auf den neuen Textilarbeiter-Abschluß beginnen. Die Kursnahme auf 12-monatige Laufzeiten stellt für viele Branchen eine Neuheit dar. Was die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zu dieser Änderung veranlaßt hat, ist für uns noch nicht geklärt. Bei den Metallarbeitern zum Beispiel lagen die Laufzeiten der Kollektivverträge seit 1965 zwischen 13,5 und 19 Monaten, wie der Tabelle entnommen werden kann, die wir im Anschluß an die Übersicht über die Lohnabschlüsse 1979 abdrucken.

Red.

Übersicht über die Lohnabschlüsse in der Metallindustrie 1965 — 1979

Lohnrunde	Beschluß der Forderung, Wahl der Verhandlungskommission	erste Verhandlungsrunde	Verhandlungsabschluß	Termin des Inkrafttretens	Gewerkschaftsforderungen IST	Gewerkschaftsforderungen KV	Abschluß IST	Abschluß KV	nach einer vorangegangenen Laufzeit der alten Regelung von . . . Monaten
1965	26. 1.	. . .	31. 3.	1. 5.65	9,0%	—	6,0%	12,0%	16
1966	4. 5.	. . .	7. 7.	1. 8.66	. . .	. . .	7,5%	12,0%	15
1967	6.10.	8.11.	14.12.	1. 2.68	7,0%	9—11%	5,0%	7,5%	18
1969	20. 2.	12. 3.	12. 5.	1. 6.69	8,0%	11,0%	5,5%	9,2%	16
1970	15. 9.	6.10.	3.12.	1. 1.71	10,0%	15,0%	8,0%	13,0%	19
1972	16. 3.	21. 3.	12. 5.	1. 6.72	12,0%	16,0%	9,0%	14,5%	17
1973	23. 5.	3. 8.	15. 9.	1. 9.73	15,0%	—	mind.350,- 12,5%	17,4%	15
1974	12. 9.	19. 9.	29.10.	1.11.74	16,0%	—	12,5%	16,6%	14
1975/76	29.10.75	17.11.	16. 1.76	2. 2.76	mind.750- 10,0%	12,0%	mind.630,- 7,5%	9,8%	15
1977	. . .	27. 1	13. 3	14. 3.77	mind.600- 10,0%	12,0%	mind.430- 7,5%	9,3%	13,5
1978	6. 3.	11. 4.	30. 5.	1. 7.78	6,5%	8,0%	4,7%	7,1%	15,5
1979	8. 6.	16. 7.	30. 7.	1. 9.79	6,0%	9,0%	4,5%	7,0%	14

Branche	Ungefähre Zahl der betroffenen Lohnabhängigen	Beschluß bzw. Bekanntgabe der Gew.-forderg.	Erster und letzter Verh.-termin	Ist-Forderung der Gewerkschaft	Ist-Angebot der Untern.	Ist-Abschluß
Textilarbeiter	43.000	...	.../...	...	...	4% (Vbg.4,5%)
Arbeiter papierverarbeitende Industrie	7.000	...	.../23.2.	...	...	4,6%
Arbeiter Forstbetriebe u. Gutshöfe	25.000	9.1.	.../...	...	...	—
Angestellte bei Ziviltechnikern	...	...	.../...	...	...	Ü-„Empfehlung"
Bauarbeiter	200.000	20.1.	.../28.3.	...	...	—
Arb. und Ang. im graph. Gewerbe	24.000	...	.../20.3.	...	...	Ü
Hotel- und Gastgewerbe	120.000	...	.../...	...	...	—
Chemiearbeiter, Glasindustrie	45.000	6.3.	.../30.5.	5,5%, betragsmäßige Absicherung nach unten (Glas: mind. 400,-)	...	4,0%
ÖMV-Arbeiter	6.000	...	.../...	...	...	4,5%
Angestellte auf landwirtsch. Gütern	4.000	...	.../...	...	...	—
Speditionsangestellte	8.000	...	.../19.6.	...	...	Ü
Arbeiter Bekleidungsindustrie	28.000	...	.../...	...	...	4,2%
Papiererzeugende Industrie/Arbeiter	12.000	...	.../...	...	...	4,2%
Bekleidungsindustrie Angestellte	6.000	...	.../...	...	...	—
Angestellte Mühlenindustrie	...	...	.../...	...	...	4,85% + 120,-
Angestellte Brotindustrie	...	...	.../...	...	...	KV = Ist
Industrieangestellte	150.000	20.6.	24.7./27.8.	6%	...	4,5%
Metallarbeiter Industrie.	220.000	8.6.	16.7./30.7.	6%	3%	4,5%
Metallarbeiter Gewerbe	120.000	8.6.	16.7./13.8.	6%	...	4,2%
Arbeiter in der E-Wirtschaft	30.000	...	13.9./...	6%	...	4,5%
Schuhindustrie, Ledererzeugung	15.000	...	Schuh: Aug., Leder: Sept.	...	...	4,5% (Leder: 4,4%)
Wäscher, Färber, chem. Putzer	6.000	...	.../...	...	...	4,8%
Handelsangestellte	267.000	3.10.	13./14.11.	Ü	...	Ü
Öffentlicher Dienst	525.000	5.9.	18.9./15.10.	—	—	KV = Ist

KV-Forderung der Gewerkschaft	KV-Angebot der Unternehmer	KV-Abschluß	Geforderter Termin	Angebotener Termin	Termin des Inkrafttretens	Festgelegte neue Laufzeit in Monaten	Laufzeit der zurückliegenden Regelung	Branche
...	...	4,5% (Vbg.5%)	...	...	1.3.(Gew.1.4.)	...(Gew. 12)	14 (Gew. 12)	Textil
...	...	4,6%	...	...	1.3.	12	12	Papierverarb.
...	...	4,37%	...	...	1.3. (Forst: 1.4.)	12	12	Forstbetr.
...	...	8%, mind. 500,-	...	...	1.4.	...	21	Ziviltechn.
6%, mind. 470,-	...	4,6% (2x)	...	...	1.4.79/80	12/12	12/12	Bauarbeiter
...	...	4,8%	...	...	2.4.	—	12	Graph.Gew.
...	...	4,6%, mind. 220,-	...	...	1.5.	12	12	Hotel/Gastgew.
6,5%	...	4,2% (Glas:4,2-4,5%)	1.5.	...	1.5.	12	13	Chemie, Glas
...	...	6,2%	...	...	1.7.	12	...	ÖMV-Arbeiter
...	...	4,7%	...	...	1.7.	12	12	Landw. Güter
...	...	5%, mind. 350,-	...	...	1.7.	12	16	Spedition
...	...	4,7%	...	...	1.7.	...	14	Bekleidung Arb.
...	...	4,8%	...	...	1.7.	12	12	Papiererzg.
...	...	4,9%	...	...	1.8.	...	...	Bekldg. Ang.
...	...	4,85%	...	...	1.8.	...	...	Mühlenind.
5%	3%	4,18%	...	...	13.8.	...	...	Brotind.
8%	...	6,5%	—	...	1.9.	...	14	Ind.ang.
9%	4%	7%	1.7.	1.10.	1.9.	(12)	14	Metallind.
9%	...	6,7%	1.7.	1.10.	1.9.	(12)	13	Metall Gew.
9%	...	7,2%	...	...	1.9.	...	...	E-Wirtschaft
...		4,9%	...	... (Leder 1.10.)	1.9.	...	...	Schuhe, Leder
4,8%	...	5,4%	...	...	1.10.	...	16	Wäscher etc.
6,5%, mind. 450,-	3%	4,4- 4,5%	1.1.80	...	1.1.80	12	12	Handelsang.
5,5%	3,5%	4,2%	1.1.80	1.1./1.3.80	1.1.80	12	12	Öff. Dienst

ERLÄUTERUNGEN UND ANMERKUNGEN ZUR ÜBERSICHT ZUR LOHNRUNDE 1979

1.
Diese Übersicht umfaßt nur einen Teil der 1979 abgeschlossenen Kollektivverträge. Es werden jährlich hunderte Kollektivverträge abgeschlosen, die zum größten Teil nur sehr kleine Gruppen und Untergruppen betreffen. Die Übersicht beschränkt sich auf die wichtigsten Abschlüsse, soweit darüber zumindest ein Minimum an Information zugänglich war. Es ist seit langem im ÖGB gängige Praxis, weder die Mitglieder noch die Öffentlichkeit über die Verhandlungsforderungen und Verhandlungstermine zu informieren. Nur bei den größten KV-Verhandlungen läßt sich das schwer durchhalten und sind daher auch solche Informationen in der Übersicht enthalten.

Wo in den Rubriken der Übersicht die Punkte ... aufscheinen, waren uns keine Angaben zugänglich. Wo ein Strich — aufscheint, wurde keine entsprechende Vereinbarung getroffen.

2.
Die verwendeten Abkürzungen bedeuten:

IST-Forderung/Angebot/Abschluß: Forderung/erstes Angebot/Abschluß bezüglich der Ist-Löhne, die tatsächlich bezahlt werden

KV-Forderung/Angebot/Abschluß: Forderung/erstes Angebot/Abschluß bezüglich der vertraglich festgelegten Mindestlöhne (-gehälter)

Wo die vertraglich vereinbarten Mindestlöhne und -gehälter zugleich die tatsächlichen Ist-Löhne (-gehälter) sind, wurde der Vermerk KV=IST eingefügt.

Ü:Regelung, daß die Ist-Löhne um den gleichen Schilling-Betrag über den neuen Mindestlöhnen liegen müssen, um den sie über dem alten Mindestlohn lagen (bedeutet also in der Praxis, daß diese gleichbleibende schillingmäßige Überzahlung eine niedrigere prozentmäßige Ist-Lohnerhöhung bringt, als die Mindestlöhne prozentmäßig angehoben werden; je höher die Überzahlung, desto niedriger die prozentmäßige Erhöhung bei einer solchen Regelung.

mind.: In einigen Fällen wurde neben einer prozentmäßigen Forderung eine Mindesterhöhung um einen bestimmten Schillingbetrag gefordert, in drei Fällen auch abgeschlossen.

Gew. (in der Spalte Textilarbeiter): Gewerbe

3.
Weiters ist zu beachten:

— Für die Bauarbeiter wird schon seit langem immer für zwei Jahre abgeschlossen. Ein bestimmter Erhöhungssatz wird festgelegt und ist dann zweimal fällig: zum Zeitpunkt des Inkrafttretens und 12 Monate später.

— Bei den Metallarbeitern wurde die neue Laufzeit von 12 Monaten nicht vertraglich festgelegt, sondern in einem anschließenden Brief der Gewerkschaftsführung die Absicht festgehalten, in Hinkunft alle 12 Monate einen neuen Abschluß anzustreben.

— Es war nicht möglich, in diese Übersicht auch die Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen, Zulagen etc. aufzunehmen. Die Zulagen wurden in den meisten Fällen um den gleichen Prozentsatz wie die Löhne erhöht. Rahmenforderungen und -abschlüsse konnten ebenfalls nicht aufgenommen werden. Sie betrafen (bei den Abschlüssen) Verbesserungen bei den Abfertigungsregelungen (Textilarbeiter, ÖMV-Arbeiter, Metallarbeiter, Industrieangestellte), Sonderzahlungen etc. Sie wurden, soweit sie bekannt wurden, in der laufenden Berichterstattung im „Klassenkampf" dargestellt.

Zur außenpolitischen Berichterstattung des „Klassenkampf"

„Offener Brief" anläßlich des Berichts zur Kohout -Ausweisung durch die ČSSR - Antwort der Redaktion

Im Oktober, wenige Wochen vor dem Besuch des österreichischen Außenministers in Prag, entzog die ČSSR Pavel Kohout die Staatsbürgerschaft. Auf die in Österreich darauf folgende Protestwelle reagierte die ČSSR-Botschaft in Wien mit einer Erklärung, in der sie darauf hinwies, Österreich sei in strategischer, politischer und ökonomischer Hinsicht mehr auf die ČSSR angewiesen als diese umgekehrt auf Österreich. Dies solle Österreich bei seiner Unterstützung für die ČSSR-Opposition bedenken. Im »Klassenkampf« Nr. 40 beschäftigten wir uns damit ausführlich. Zu diesem Artikel haben wir eine Kritik eines Genossen der Zelle Eumig der Ortsgruppe Wien erhalten. Der zuständige Ressortredakteur beantwortet die Kritik in der Folge.

„Offener Brief"

Einleitung

Anläßlich der Ausbürgerung des Schriftstellers Pavel Kohout kam es zwischen Österreich und der ČSSR zu einem diplomatischen Geplänkel. Auf beiden Seiten gab es drohende Gebärden, Warnungen und schließlich ein Dementi aus Prag. In einem Konfliktfall wie dem vorliegenden müssen alle unmittelbar beteiligten politischen Kräfte Farbe bekennen, d.h., daß ihr Klassenstandpunkt und ihr Klasseninteresse offen zutage tritt.

Das gleiche gilt für die Bewegung zur Solidarität mit der demokratischen Opposition in der Tschechoslowakei bzw. einzelner ihrer Vertreter. Der KB hat nach der Kohout-Ausbürgerung und ihren Folgen im „Klassenkampf" 40/79 eine umfangreiche Darstellung seiner diesbezüglichen Haltung gegeben.

Es geht heute für die österreichischen Kommunisten um wesentlich mehr als nur um die korrekte Linie in der Solidaritätsbewegung oder um eine richtige Linie an diesem oder jenem Frontabschnitt des Klassenkampfes; es geht heute um die programmatischen Grundlagen des Kommunistischen Bundes, darum, ob er überhaupt eine revolutionäre Organisation bleiben soll, die daran festhält, daß das strategische Hauptziel der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Etappe der Revolution der Sturz der Bourgeoisie im eigenen Land und die Zerschlagung ihres Staatsapparates ist. Die Gefahr, daß er die Farbe wechselt und vollends und unwiderruflich ins Lager der „eigenen" Bourgeoisie überwechselt, ist heute nicht mehr zu übersehen.

Meiner Auffassung nach macht der KB gegenwärtig in nahezu allen internationalen Fragen eine durch und durch imperialistische Politik, deren Inhalt es ist, ein Bündnis mit den USA und den westeuropäischen Imperialisten einschließlich Österreichs einzugehen, um an der Seite der NATO in den kommenden Krieg einzutreten.

Als Rechtfertigung für diese abenteuerliche Politik dient die Theorie des Sozialimperialismus als des alleinigen Hauptfeindes der Völker. (Ich sage dies, unbeschadet dessen, daß in manchen Dokumenten des ZK schon mal in einem Nebensatz versichert wird, daß „eh" beide Supermächte Hauptfeinde der Völker seien). Demgegenüber seien die USA und die NATO relativ friedliche, den Status quo in der Welt „stabilisierende" Mächte. Schlotternd vor der angeblichen Übermächtigkeit des Sozialimperialismus, werden die expansiven Seiten und die allseitigen Kriegsvorbereitungen der „Atlantischen Allianz" verharmlost. Mehr noch. Manche Marxisten-Leninisten machen sich selbst zu Befürwortern einer „konsequenten" Politik gegenüber dem Sozialimperialismus und seinen Vasallen. Ganz entscheidend dabei ist, daß sie diese härtere Politik der „eigenen" Bourgeoisie vorschlagen, die ihnen gegenüber der Sowjetunion viel zu wenig imperialistisch auftritt.

Daß man zu einer Verzeichnung der politischen Realität kommt, wenn man, ausgehend von der zentralen These der Beschwichtigungspolitik, annimmt, daß die „Beschwichtiger" sowieso *immer und überall* den Schwanz einziehen, ist weiter nicht verwunderlich. Daß man darüber hinaus, wie in der Kohout-Affaire, zu massiven Verfälschungen sowohl des Tagesgeschehens als auch der weiterreichenden Absichten der Imperialisten kommt, wenn vorfabrizierte Glaubenssätze als Methode exaktes wissenschaftliches Recherchieren ersetzen, soll im folgenden an eben dieser Affaire skizziert werden. Dieser Offene Brief wurde unmittelbar nach dem im »Klassenkampf« erschienen Artikel geschrieben und konnte daher nicht auf die nachfolgenden Ereignisse eingehen.

Kreisky droht Prag

Der »Kurier« brach in Begeisterung aus: „Gemeinsamer Entschließungsantrag aller drei Parlamentsparteien zur Achtung der Menschenrechte, Zustimmung der Abgeordneten zu den Reden der jeweils politischen Gegner, Applaus aller Parlamentarier nach der Erklärung des Bundeskanzlers: Man wird lange zurückgehen müssen, um einen Tag zu finden, an dem so selbstverständliche Gemeinsamkeit zwischen den drei Parlamentsfraktionen herrschte wie Dienstag in der Frage der Zurückweisung der Ausbürgerung des ČSSR-Schriftstellers Pavel Kohout." (Kurier, 10.10.79). Die Vorgeschichte dieser festgeschmiedeten Dreieinigkeit sei kurz dargestellt: Dem Schriftsteller Pavel Kohout wird die Rückkehr in die ČSSR von den dortigen Staatsorganen verweigert. Anlaß genug zur heftigen Empörung der hiesigen Presse und „Öffentlichkeit". Wird einem ZANU oder EPLF-Vertreter die Einreise in ein europäisches Land verweigert, ist dies kein Gramm Druckerschwärze wert, geschweige denn irgendeine Reaktion der sogenannten „Öffentlichkeit" und einer ihrer ehrenwerten Vertreter. Nachdem Kohouts Rückkehr also gewaltsam verhindert wurde, erfolgte kurz darauf seine offizielle Ausbürgerung. Das hat bei einigen „offiziellen Stellen" in Österreich Sturm und Entrüstung ausgelöst. Allen voran schwingt Kanzler Kreisky die Fahne der Freiheit. *Er* war es, der angeblich „Knieweiche", der den ersten scharfen Schuß über die Grenze abgab, indem er feststellte, daß diese diktatorische Maßnahme *den Normalisierungsprozeß zwischen Wien und Prag behindern werde.* (vgl. Kurier, 9.10.) *Darauf* erst erfolgten die Äußerungen aus Prag.

Zeitungen und offizielle Stellen in Österreich weisen die Prager Angriffe entschieden zurück!

Die neue Bourgeoisie in unserem nördlichsten Nachbarland nahm dies zum Anlaß, um sich in der frechsten und arrogantesten Weise, die die nuancierte Palette der bürgerlichen Diplomatie für derlei Fälle bereithält, in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen. Die Presseabteilung der ČSSR-Botschaft in Wien sprach davon, daß Österreich die tschechoslowakische Republik jetzt und in Zukunft mehr brauche als umgekehrt; und weiter: Österreich brauche die ČSSR aus wirtschaftlichen, politischen und strategischen Gründen. Es sei daher gefährlich für Österreich, „subversive Tätigkeiten" à la Kohout zu tolerieren.

Dies ist die offene Drohung einer Neokolonie des Sozialimperialismus mit wirtschaftlichen Sanktionen und, wenn nötig, mit militärischen Mitteln, sich das innere politische Leben des Nachbarstaates in bestimmter Weise gefügig zu machen. Letztlich eine offene Drohung mit dem Krieg.

Wie hat die österreichische Regierung darauf reagiert? Ist Kreisky „in die Knie" gegangen? War die „öffentliche Meinung" durch Stillschweigen, Kuschen und Ängstlichkeit gekennzeichnet? — Nichts dergleichen.

Es gab eine dringliche SPÖ-Anfrage im Nationalrat, denn: „Das Parlament darf an der von der ČSSR abgegebenen Erklärung einfach nicht vorbeigehen" (SP-Zentralsekretär Fritz Marsch); und Kreisky selbst wurde sehr deutlich.

Er qualifizierte die schriftliche Begründung der ČSSR zur Ausbürgerung des Literaten mit Begriffen wie: „Unkenntnis, Naivität und Anmaßung" und: keine ausländische Vertretung habe darüber zu entscheiden, was den nationalen Interessen Österreichs entspräche. Man könne sich kaum vorstellen, daß diese Äußerung von der diplomatischen Vertretung eines Staates getroffen worden sei (...) Österreich werde weiterhin ... nicht darauf verzichten, ... sich für die Respektierung der Menschenrechte, die durch die Ausbürgerung Kohouts verletzt sind, einzusetzen." (Zitate aus »Salzburger Nachrichten« und »Kurier« vom 9.10.)

Soweit es eigenständige Kommentare und Glossen in den Tageszeitungen gab, hieß es vom Vorgehen des Kanzlers: „Gebührende Antwort auf Provokationen"; „ein unheimlich scharfer Kanzler ... gebührende Antwort auf eine abenteuerliche Provokation der tschechischen Regierung gegenüber unserem Staat" (Peter Rabl) „... weggewischt die schönen Tischreden bei den wechselseitigen Staatsbesuchen;" die ČSSR mache „Drohgebärden des Kalten Krieges", sie führe das Vokabular blanker Aggression. „Da verlor ein in sich zerstrittenes, brustschwaches Regime seine Maske ... Welche Blamage dieses kläglichen Regimes", und die seriöse »Presse« spricht von „Brotneid, Intellektuellenhaß, Funktionärsdummköpfe". Auch der ausländischen Presse fiel die Knieweichheit des Regierungschefs nicht auf. „Österreichs Reaktion auf diese ‚Drohung aus Prag' — denn als eine solche werden diese Formulierungen aus Wien gewertet — war rasch und scharf" (FAZ, 11.10.); die Kreisky-Reaktion war „sehr heftig" (Le Monde, 10.10.)

Fast könnte man meinen, mit „Beschwichtigung" haben alle diese Äußerungen wenig zu tun. **Wenn der Klassenkampf im Hinblick auf die Sowjet-Abhängigkeit der ČSSR meint, daß man, um die ganze Affaire richtig verstehen zu können, nicht nur die ČSSR und Österreich sehen darf, sondern auch den „Hintermann des Husak-Regimes", daß die freche Presseeklärung der Botschaft nur zustandekommen konnte, weil „die Marionetten des Kremls in der ČSSR genau wissen, daß die sowjetischen Truppen wirklich eine Bedrohung für Österreich darstellen", so ist dem noch eine Kleinigkeit hinzuzufügen: Als der Kanzler und seine Parteien im Parlament ihren starken Auftritt hatten und die „gebührende Antwort" erteilten, war ihnen bewußt, sehr bewußt sogar, daß das „kleine" imperialistische Österreich keineswegs „schutzlos" dasteht, sondern seinerseits an mächtige Freunde appellieren kann und dies auch tatsächlich tut.**

„Ferner sagte Marsch, dies sei keine einseitige Angelegenheit Österreichs, *sondern aller Staaten in Europa*, die es mit den Menschenrechten ehrlich meinten." (»Presse«, 10.10., Hervorhebungen von mir) Von daher kommt also der Wind. Marsch meint, daß das alles auch die NATO etwas angehe, wenn da einige der berühmten „Körbe" aus der Helsinki-Abmachung verletzt würden und wenn Drohungen dieser Art fallen. Die USA, anstatt zu beschwichtigen, verurteilten die ČSSR. Ein Sprecher des State Department sagte: „wir bedauern zutiefst, daß die tschechoslowakische Regierung auf diese Weise gegen einen ihrer führenden Künstler vorgegangen ist." (»Presse«, 11.10.)

Das Zentralorgan schlägt dem Staat eine bessere imperialistische Politik vor

Unser Zentralorgan meint, Beschwichtigung und „Knieweichheit" seitens der Regierung läge vor, weil

— Österreich nicht auf „einer Entschuldigung der tschechischen Seite bestanden hat" und weil sie auf

— „eine Bestrafung der Verantwortlichen" verzichtet habe, was schließlich ihr „legitimes Recht" (!!!) sei, denn wozu gäbe es so etwas wie „diplomatische Gebräuche"!

Genossen!

Dazu möchte ich mit aller Schärfe feststellen: Es ist widerlich, wie hier die Kommunisten auf den „legitimen Rechten" ihrer imperialistischen Bourgeoisie bestehen!

Ebenso ist widerlich, daß die Kommunisten es unternehmen, kapitalistischen Staaten die Regeln der scheinheiligen Diplomatie einem dieser Staaten beizubringen und auf die Einhaltung der entsprechenden „diplomatischen Gebräuche" drängen. Und erst recht die „Bestrafung der Verantwortlichen"! *Wir* sollten uns hüten, „unserer" Bourgeoisie mit dem Hinweis auf gewisse „Gepflogenheiten" der Ausbeuter, zu raten, sie möge doch darauf bestehen, daß irgendwelche „Schuldigen" in anderen Staaten bestraft würden. Im gegenständlichen Fall hieße das obendrein noch, Komödie zu spielen. Sollen etwa die Auftraggeber, Husak und Co. sich selbst degradieren? Wie hieß es doch in der Stellungnahme der Botschaft: die empörende Äußerung stamme „von zuständiger Stelle", ließ Jiři Svic, Leiter der ČSSR-Presseabteilung in Wien, wissen. Die Annahme, daß die „zuständigen Stellen" somit wußten, was das Fußvolk tat, ist, in Anbetracht der internationalen Bekanntheit des Dissidenten, in Anbetracht der heftigen Reaktionen in Österreich, mehr als gerechtfertigt.

Am Mittwoch nahm das tschechoslowakische Außenministerium die Drohungen der Wiener ČSSR-Botschaft *zurück.* **Botschafter Milan Kadnar erklärte in einem Telephongespräch mit dem österreichischen Außenministerium, daß sich das Außenministerium in Prag von den inkriminierten Passagen vom Montag distanziere. „Im Außenministerium in Wien ist man der Ansicht, daß nach der Erklärung des tschechischen Botschafters und der Beteuerung des ČSSR-Außenministeriums vom Dienstag, die Tschechoslowakei halte sich an den Grundsatz der ‚Nichteinmischung', wieder ein klares Verhältnis zwischen den beiden Staaten entstanden sei." (Salzburger Nachrichten, 11.10.)**

Bürgerliche oder proletarische Linie in der Soldaritätsbewegung?

Ein klares Ja zur Unterstützung der demokratischen Opposition in der ČSSR. *Aber:* Diese Unterstützung, die jetzt und in Österreich erfolgt, gibt es nicht und kann es nicht geben unabhängig vom Klassenkampf in Österreich selbst. Wir sind bei jedem konkreten Vorfall mit der Tatsache konfrontiert, daß auch die imperialistische Bourgeoisie in unserem Land diesen Widerstand auf ihre Art „unterstützt", um daraus politisches Kapital zu schlagen. Da Bourgeoisie und Proletariat in *allen* politischen Fragen entgegengesetzte Klasseninteressen haben, muß es zwangsläufig zwei Linien in der Solidaritätsbewegung geben: bürgerliche und proletarische.

Die proletarische, revolutionäre Linie der Unterstützung der demokratischen Opposition besteht darin, den Klassencharakter des ČSSR-Regimes, die Ursachen jeglicher Unterdrückung und Entrechtung in ihm offenzulegen und ebenso darin klarzumachen, daß für die österreichischen Imperialisten „Menschenrechte" und Kohout der Hauptseite nach als ideologischer Rammbock gegen die revolutionäre Bewegung dienen.

Gleichzeitig muß, wie jetzt im Falle des diplomatischen Schlagabtausches zwischen der Regierung und dem Husak-Regime, aufgezeigt werden, daß sich hier zwei kapitalistische Staaten in den Haaren liegen, jeder verbunden mit einem aggressiven Militärpaktsystem; es muß aufgezeigt werden, daß der Fall Kohout der österreichischen Bourgeoisie nur dazu dient, ihre scheindemokratische Maskerade zu polieren, um wieder einmal davon ablenken zu können, daß sie die „Menschenrechte" jeden Tag tausendfach mit Füßen tritt. In den Betrieben, wo politische Betätigung verboten ist, im öffentlichen Dienst, wo jeder mit einem Maulkorb herumrennt und in der Schaffung von Arbeitskräften, für die es kein Recht auf Arbeit gibt; und, um die Wahrheit zu vernebeln, daß die „Menschenrechte", so wie die Helden von Helsinki sie verstehen und anwenden, ihrem Inhalt und in der Stoßrichtung ihrer Durchsetzung nach in *letzter Konsequenz* Klassenrechte sind, Rechte, um auszubeuten und Rechte, um ausgebeutet zu werden.

Das Zentralorgan hat nicht annähernd so argumentiert, wie wir es von einer kommunistischen Zeitung erwarten müssen. Es hat die Kohout-Angelegenheit wie übrigens auch die Politik zur Charta 77 und ähnliche Strömun-

gen jeglichen Klasseninhaltes beraubt und hat eine Kampagne um *Rechte an sich* geführt, wodurch es zu einem Anhängsel der Bourgeoisie wurde.

K.S., Zelle Eumig Wien

Antwort der Redaktion

Die vorliegende Kritik wirft meines Erachtens nach eine ganze Reihe von Fragen auf, deren Behandlung den Rahmen einer Antwort weit übersteigen würde. Deutlich zeigt sich hier die Notwendigkeit, rasch eine intensive Auseinandersetzung über die Probleme der internationalen Entwicklung durchzuführen.

Diese Fragen sind:

1 Welche Bedeutung und welchen Inhalt hatte die Drohung der ČSSR-Botschaft in Wien, welche Probleme warf sie objektiv auf, und wie ist angesichts dessen die Reaktion der Bundesregierung zu beurteilen?

2 Ist es richtig, d.h. entspricht es den Interessen der Arbeiterklasse und der Masse der österreichischen Bevölkerung, ein anderes Vorgehen der Bevölkerung der Bundesregierung zu fordern, oder ist dies mit einer Unterstützung der reaktionären Bestrebungen der österreichischen Monopolbourgeoisie gleichzusetzen?

3 Die internationale Stellung Österreichs zwischen den beiden Supermächten und den Ländern der Dritten Welt, wobei die Hauptfrage die der Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion sind. Sind diese solche „normaler imperialistischer Konkurrenz" oder solche imperialistischer Erpressung, Abhängigkeit und Bedrohung Österreichs durch die UdSSR?

4 Die Einschätzung der Rolle der beiden Supermächte in Europa und der jeweils von ihnen ausgehenden Gefahren.

Aus Platzgründen verzichte ich auf die Behandlung der Frage der Unterstützung der ČSSR-Opposition und unserer Haltung zu den Menschenrechten. Dies sollte erst einmal grundsätzlich abgehandelt werden. Insgesamt sollte klar hervorgehen, daß ich die Kritik am seinerzeitigen Artikel für unbegründet halte.

War die Drohung ein Hirngespinst tschechischer Bürokraten oder beruht sie auf Tatsachen?

Das ist meiner Meinung nach die wirkliche Frage, von der auch die Bewertung des Vorgehens der österreichischen Regierung abhängt. Gen. K.S., der zwar anerkennt, daß es sich um eine offene Drohung mit dem Krieg handelte, verweist auf Österreichs NATO-Freunde und auf die „scharfe Reaktion" Österreichs, um zu zeigen, daß Österreich und die ČSSR in dieser Sache dieselbe Rolle spielen: „daß sich hier zwei kapitalistische Staaten in den Haaren liegen, jeder verbunden mit einem aggressiven Militärpaktsystem". Das ganze war dann ein Scharmützel zweier Stellvertreter der Supermächte.

Werfen wir nun einmal einen Blick auf die Rolle der NATO oder der US-Regierung. Gerade das Carter-Zitat von Gen. K.S. zeigt das Gegenteil dessen, was er zeigen will: Die US-Regierung, übrigens wie alle anderen westlichen Regierungen auch „bedauert" allerdings nur die Kohout-Ausweisung, kein Wort der Stellungnahme zur völkerrechtlichen Bedeutung der Maßnahme, und schon gar kein Wort zur Drohung der ČSSR-Botschaft in Wien. Das Verhalten der US-Regierung belegt die These von Gen. K.S., Österreich spiele faktisch dieselbe Rolle wie die ČSSR, keineswegs. Abgesehen davon, verfolgt die Husak-Clique primär nicht ihre eigenen imperialistischen Interessen gegenüber Österreich sondern betreibt das Geschäft der Erpressung im Interesse des Okkupanten, der Sowjetunion. Und in diesem Punkt ist der Vergleich von Gen. K.S. in sich unlogisch und vollkommen realitätsfern, denn Österreich ist nicht nur nicht von den USA besetzt, sondern nicht einmal Mitglied der NATO, die ČSSR ist hingegen von der SU besetzt und fest in den WAPA integriert.

Es ist hier nicht der Platz, um die Änderungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den beiden Supermächten in Europa und deren Auswirkungen auf die Position Österreichs zu diskutieren. Aber es ist klar, daß Gen. K.S. eine der wichtigsten Änderungen nicht zur Kenntnis zu nehmen bereit ist: Die Überlegenheit der SU auf militärischem Gebiet (auf konventionellen, auf nukleartaktischem und nuklearstrategischem), den wachsenden politischen Einfluß der SU in den Angelegenheiten Europas und ihre wachsende ökonomische Position. Diese drei Bereiche waren es aber, mit denen die ČSSR-Botschaft arbeitete:

Ökonomisch: Über die ČSSR läuft der gesamte Erdgasimport Österreichs (es kommt aus der UdSSR), ähnliches gilt für die Kohlelieferungen aus der UdSSR und Polen, die einen großen und zunehmenden Teil der Versorgung Österreichs ausmachen.

Militärisch: In der ČSSR stehen sowjetische Besatzungs- und Angriffstruppen, dasselbe in Ungarn — die Truppen in der ČSSR verfügen über die Infrastruktur für viel größere Einheiten. Das war wohl mit „strategischer Angewiesenheit" gemeint.

Das sind Tatsachen — d.h., die ČSSR-Botschaft hat Tatsachen auf den Tisch gelegt. Ich meine, wir sollten das zur Kenntnis nehmen und gerade deshalb die Drohung der Botschaft ernst nehmen. Die Drohung hatte die starke sowjetische Position gegenüber Österreich zum Inhalt, die übrigens noch durch politische Umstände, wie die Interpretation des Staatsvertrags durch die SU verstärkt wird. Das Ziel der Drohungen war auch sehr klar: Die Regierung möge erstens ihre Unterstützung für die demokratische Opposition in der ČSSR reduzieren und zweitens in der österreichischen Öffentlichkeit für ein positiveres Echo auf die Aktivitäten des Husak-Regimes achten.

Das politische Problem, vor dem Österreich steht, ist also meiner Meinung nach so: Es gibt eine beträchtliche „Angewiesenheit Österreichs auf die ČSSR" und sie ist auch tatsächlich größer als umgekehrt, einfach weil die ČSSR ein von der SU besetztes Land ist und insofern tatsächlich ein Aggressionspotential für die SU gegenüber Österreich ist.

Wie soll man sich nun diesen Tatsachen gegenüber verhalten? Soll man dem Druck nachgeben und die Unterstützung der ČSSR-Opposition verringern, soll man den Weg der Energiedurchfuhren durch die ČSSR weiterverfolgen und möglichst wenig über Druck und Erpressung reden oder soll man Schritte setzen, die die objektiv bestehende Abhängigkeit zu verringern in der Lage sind oder ihren möglichen Folgen vorbeugen und was sind solche Schritte?

War die Vorgangsweise der österreichischen Regierung angemessen?

Gen. K.S. zitiert eine ganze Reihe von Erklärungen österreichischer Politiker und Artikel aus Zeitungen, die im wesentlichen aus scharfen Worten gegen die Erklärung der Botschaft bestehen. Es ist nützlich, deren Inhalt näher zu besehen: „Unkenntnis, Naivität und Anmaßung", „Rückfall in den Kalten Krieg", „Blamage eines kläglichen Regimes", „unzeitgemäß" usw. Auffällig ist in diesen Kommentaren und Stellungnahmen, daß die Punkte, mit denen die ČSSR-Botschaft drohte keine wie immer geartete Rolle spielten (Ausnahme »Presse«) auffällig ist ferner, wie oft die Wendung „alte Kalte Krieger" gebraucht wurde. Ich kann dies nur so interpretieren, und am deutlichsten wird dies in einem Kommentar der AZ, daß Regierung und Presse die Erklärung als „Ausrutscher", als „Amoklauf alter Anhänger des Kalten Krieges" hinstellen wollten. In diesem Zusammenhang kamen dann immer die Appelle an die ČSSR-Regierung, doch endlich die Erklärung zu dementieren, um wieder Ordnung in die Beziehungen zu bringen. Das heißt, die scharfen Worte sind wohl gefallen — nur mit welchem Zweck und mit welcher Absicht? Dies wird umso deutlicher, wenn man sich den weiteren Verlauf ansieht.

Das Außenministerium der ČSSR hat erklärt, es distanziere sich von den Äußerungen des Presseattaches — es hat sie nicht zurückgenommen, es hat sich auch nicht bei der österreichischen Regierung für sie entschuldigt, es hat dem verantwortlichen Beamten auch keinen Verweis erteilt. Österreichs Regierung gab sich mit der Distanzierung zufrieden, die Aufregung verstummte. Man verlangte nicht einmal die sofortige Abberufung des verantwortlichen Beamten — er wurde erst jetzt zurückberufen. Man verlangte auch keine Aufklärung über dessen Behauptung, daß die Erklärung von „kompetenter Stelle" stammten (kompetent heißt hier wohl das für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten zuständige ČSSR-Innenminister ium).

Mittlerweile ist genügend passiert, um festzustellen, ob unsere Beurteilung, daß die Regierung nur nach einem Vorwand gesucht hatte, mit dessen Hilfe sie die ganze Sache wieder verschwinden lassen kann, um zur Tagesordnung überzugehen. Die Reaktion der österreichischen Regierung bewirkte jedenfalls keine Änderung im Verhalten des Husak-Regimes: Das Burgtheater wurde bei seinem Gastspiel unglaublich behandelt, während des Pahr-Besuches wird ein ORF-Team verhaftet. Umgekehrt kann von Härte im Verhalten der Regierung keine Rede sein: Pahr besucht die ČSSR, verzichtet auf sogar vorher angekündigte Treffen mit Chartisten, bemüht sich um weiteren Energietransit durch die ČSSR, Kreisky erwähnt in seiner Rede am SP-Parteitag Schwierigkeiten in Ost-Beziehungen Österreichs mit keinem Wort, geht in keiner Weise auf die politische Unterdrückung in Osteuropa ein, es fehlt jegliche Erwähnung der Solidarität der SPÖ mit den Sozialisten Osteuropas.

Ohne große Übertreibung kann man sagen, daß die österreichische Regierung die Drohung der ČSSR-Botschaft sogar beherzigt hat. Dies ist übrigens auch der Eindruck verschiedener ausländischer Presseorgane.

Das sind neue Tatsachen, die die alte Frage, was bedeutet es, daß die österreichische Regierung es mit der einfachen Distanzierung des Außenministeriums gut sein ließ, noch eindeutiger beantworten. Die österreichische Regierung erblickt offensichtlich im Nachgeben gegenüber der UdSSR und ihren Strohmännern, im Herunterspielen bei gleichzeitigem massiven Einsatz für die internationale Entspannungspolitik und in wirtschaftlicher Verflechtung einen gangbaren Weg der sowjetischen Stärke Rechnung zu tragen und größere Konflikte zu vermeiden. Bekanntlich halten wir diese Politik für illusionär, weil sie darauf baut, durch freiwillig überlassene Brocken den Hunger des Tigers zu stillen in der Hoffnung, ihn dadurch vom Hunger auf das Ganze abzubringen. Aber es ist eine bestimmte Art und Weise auf die Realität zu regieren — zu ihr gehört auch das neue Militärkonzept Österreichs, das sich von dem der NATO gelöst hat.

Der Beitrag des Gen. K.S. erkennt das dieser Politik zugrundeliegende Problem überhaupt nicht an: Nämlich die objektive Situation Österreichs, seine Bedrohung durch die Sowjetunion und seine wachsende Abhängigkeit von ihr. Wenn nun in dieser Situation der „Klassenkampf" dafür eintritt, daß Österreich alle diplomatischen Schritte hätte gegen die ČSSR-Drohung einleiten müssen, kann er dies nur als Aufruf verstehen, die Bourgeoisie solle noch „imperialistischer" vorgehen als sie es ohnehin schon tut. Imperialistisch ist natürlich die Politik jeder imperialistischen Bourgeoisie.

Gerade das Parasitentum, die blinde Gier nach Extraprofit und der tiefe Abscheu der Bourgeoisie vor ihrem „eigenen" Volk nageln die österreichischen Imperialisten gerade fest auf ihre gegenwärtige Politik des Zurückweichens vor der Sowjetunion. Die vom „Klassenkampf" propagierten Schritte hätten in keiner Weise den gegenwärtigen Interessen der Bourgeoisie entsprochen, ganz im Gegenteil wirft schon ihre Propagierung die Frage des Interessensgegensatzes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in dieser Frage auf. Zusätzlich forderte der „Klassenkampf" auch noch eine öffentliche Auseinandersetzung über die durch die ČSSR-Drohung aufgeworfenen Fragen.

Eine Schwäche unserer Berichterstattung auf diesem Gebiet spricht Gen. K.S. aber sicher an, nämlich, daß wir zu wenig und zu ungenau die Interessen und Beweggründe untersuchen und darlegen, die die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu ihrer gegenwärtigen außenpolitischen Linie bewegen.

Eine realistische Beurteilung der internationalen Stellung Österreichs ist notwendig

Ich meine, daß diese Frage von grundlegender Bedeutung für eine realistische Beurteilung der internationalen Stellung Österreichs ist: Österreich ist gegenwärtig offensichtlich in verschiedener Hinsicht der Erpressung und dem Druck durch die Sowjetunion vermittels des Husak-Regimes ausgesetzt. Ich erinnere hier nur an die sowjetischen Reaktionen auf den Vorschlag Ermacoras, das Bundesheer mit Raketen zu bewaffnen — ja dieser Druck geht hier so weit, daß Bundeskanzler Kreisky unter Verweis auf mögliche sowjetische Reaktionen selbst die Debatte darüber abwürgte. Gegenwärtig geistert gerade in der Presse das Gerücht herum, daß das Außenministerium ebenfalls in der Form der „Selbstbescheidung" dem Steyr-Daimler-Puch-Konzern nahegelegt habe, auf ein Sturm-Gewehr-Geschäft mit der VR-China zu verzichten, um sowjetischem Druck zuvorzukommen. Kreisky verzichtete am SP-Parteitag auf die bisher obligatorische Erklärung, die „Dissidenz in Osteuropa zu unterstützen". Auf die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Pahrbesuch will ich hier nicht nochmals eingehen. Es ist eine Tatsache, daß die UdSSR gegenwärtig durch Pressekampagnen, durch Proteste und Erklärungen ihrer Regierungsvertreter und durch „Briefe" Breschnews an Kreisky einiges in Österreich erreichen kann. Es ist eine weitere Tatsache, daß Ost-Österreich von den Truppen des WAPA umgeben ist, und daß Österreich in einem gewissen Ausmaß ökonomisch abhängig von der UdSSR ist. Und ich meine auch, daß man beobachten kann, wie der Einfluß der UdSSR und einiger ihrer Vasallen in Österreich zunimmt. Ich bestreite nicht, daß ein Teil dieser Abhängigkeit Ergebnis der Interessen und Politik der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs ist, sei es ökonomischer Hoffnungen oder politischer Pläne, aber entscheidend ist auch hier das Resultat. Aber man darf nicht übersehen, daß die SU eine Supermacht mit einer wachsenden Übermacht in Europa ist, und daß schon von daher der Zwang für Österreich besteht, diese Übermacht zu berücksichtigen. Und nicht zuletzt ist es eine Tatsache, daß die UdSSR das Interesse hat und verfolgt, Westeuropa Stück für Stück zu unterwerfen und Österreich dabei durchaus keine Ausnahme bildet. (D.h. allerdings nicht, daß Österreich unbedingt militärisch unterworfen werden wird.)

So sehr man die reaktionäre Außenpolitik der Regierung angreifen muß — und es sind gerade ihre reaktionärsten Züge, die sie zur Zusammenarbeit und zur Annäherung an die UdSSR bewegen, so sehr muß man auch den Blick für die Gesamtheit der österreichisch-sowjetischen Beziehungen bewahren. Und da scheint es mir immer eindeutiger so zu sein, daß diese durch imperialistische Abhängigkeit und Erpressung — mit der Gefahr der nationalen Versklavung im Hintergrund — Österreichs durch die UdSSR gekennzeichnet sind und nicht durch imperialistische Rivalität zwischen den österreichischen Imperialisten (oder auch den österreichischen gemeinsam mit den anderen westlichen) und den sowjetischen.

Ich sehe durchaus, daß eine solche Sichtweise nicht den bisherigen Festlegungen in unseren Dokumenten entspricht, ich meine aber, daß die Übereinstimmung mit der Realität höher wiegt als die in Dokumenten festgeschriebenen Analysen. Ich meine auch, daß die Kritik an unseren bisherigen Analysen im Abschnitt II des Artikels „Programm und Entwicklung der politischen Linie des KB" unbefriedigend ist und ein weiteren Ausführung dringend bedarf. Ich möchte hier nur so viel dazu sagen, daß der Begriff „Zweite Welt" für solche Länder wie Österreich nicht wesentlich auf ihren imperialistischen Charakter abstellt, sondern auf ihre Stellung zwischen den beiden Hauptkräften in der internationalen Entwicklung, d.h., eines ihrer wesentlichen Merkmale ist gerade die Abhängigkeit von den beiden Supermächten. Und zwar jetzt und heute — und nicht erst im Falle der nationalen Versklavung durch die Sowjetunion.

Soll man Forderungen zur Außenpolitik stellen?

Gen. K.S. äußert sich nicht direkt zu dieser Frage, aber er meint, daß man dies im Falle der ČSSR-Drohung verneinen müsse, da etwa die Forderung, alle diplomatischen Möglichkeiten zur Zurückweisung der ČSSR-Drohung auszuschöpfen, „widerlich" und „eine bessere imperialistische Politik" sei. Wir haben weiter oben schon versucht zu zeigen, wie die Sache wirklich steht. Aber konsequent zu Ende gedacht, läuft dieser Standpunkt darauf hinaus, eine Eingreifen in die Außenpolitik der bürgerlichen Regierungen und des Staates überhaupt abzulehnen, da jegliche, wie immer gearteten politischen Maßnahmen nicht das geringste am imperialistischen, d.h. monopolkapitalistischen Charakter der österreichischen Gesellschaft und des sie repräsentierenden Staates ändern können. Nun, ich denke, daß ein solcher Standpunkt, wenn Genosse K.S. ihn konsequent vertreten würde, die proletarische Klassenbewegung auf die Rolle des Beobachters einschränken würde. Eine solche Rolle ist nie den Interessen des fortschrittlichen Teils der österreichischen Gesellschaft angemessen — und schon gar nicht in einer Situation, in der die Bedrohung der Unabhängigkeit des Landes täglich wächst.

Ich glaube aber, daß die eigentliche Schwierigkeit dort entsteht, wo Unterschiede in der Führung des „allgemeinen politischen Kampfes" und des Kampfes um die Außenpolitik vorzuliegen scheinen. Es ist klar, daß die Durchsetzung auch nur irgendeiner Steuerforderung, etwa die Abschaffung wichtiger indirekter Steuern nichts am imperialistischen Charakter des Staatsapparates ändern können, daß sie aber nur gegen die Interessen der herrschenden Bourgeoisie durchgesetzt werden können. Insofern trägt jeder solche Kampf, wenn er konsequent geführt wird, zum Zusammenschluß

der Volksmassen gegen die Bourgeoisie bei. Im Kampf um die Zurückweisung sowjetischer Einmischungen mag dies anders sein, denn die imperialistischen Interessen, gegendie hier der Kampf geführt wird, sind nicht die der österreichischen Bourgeoisie, sondern die der sowjetischen staatsmonopolistischen Clique. Solange die Bourgeoisie die Macht hat, und damit auch den Staatsapparat beherrscht, muß dieser Kampf auch darum geführt werden, daß die Regierung auf der Ebene der internationalen Beziehungen eine den Interessen des Volkes entsprechende Haltung zu den sowjetischen Erpressungen einnimmt. Weder darf sich der Kampf darauf beschränken, man muß sich auch selbständig gegen die Gefahren der sozialimperialistischen Aggression rüsten, noch bedeutet das, daß man damit die imperialistischen Ambitionen der österreichischen Bourgeoisie unterstützt. So, wie die Lage heute ist, muß man darüber hinaus auch einen scharfen Kampf gegen solche außenpolitische Schritte führen, die Österreich noch mehr in die Abhängigkeit von der SU verwickeln. Denn es ist heute die Hauptlinie der Politik der herrschenden Kreise der österreichischen Bourgeoisie, auf Zusammenarbeit und Zurückweichen gegenüber der UdSSR zu setzen, um das Schlimmste abzuwenden. Daß dies so ist, beruht nicht bloß darauf, daß diese Kreise gerade die im Kapitalexport und in anderen imperialistischen Aktivitäten am stärksten engagierten Kräfte der Finanzbourgeoisie repräsentieren, sondern auch schon in ihrer bürgerlichen Klassennatur selbst.

Aber selbst dort, wo es in solchen Kämpfen zu Koalitionen mit politischen Kräften der Bourgeoisie kommt, kann die Entscheidung darüber, ob es zur Unterordnung unter die Bourgeoisie gekommen ist, nicht aus dieser Tatsache abgeleitet werden, sondern ausschließlich daraus, ob der Kampf seine klare antihegemonistische Zielrichtung gegen die sowjetischen Unterwerfungspläne zugunsten der Bourgeoisinteressen ändert oder nicht. Kurz gesagt, meine ich, daß die eigentliche Schwierigkeit daraus resultiert, wie der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Kampf gegen die Supermacht Sowjetunion richtig verbunden wird. Und ich meine, daß wir uns sehr bald werden damit abfinden werden müssen, daß wir vor diesem Problem nicht nur in Fragen der Außenpolitik, sondern auch in solchen der Innenpolitik stehen werden.

Abschließend scheint es mir nötig, festzuhalten, daß diese Antwort ähnlich wie die Kritik des Genossen K.S. vor allem eine bestimmte Sichtweise der Probleme zum Ausdruck bringen soll und nicht die Beweisführung durch eine genaue Analyse der angeschnittenen Fragen ersetzen kann. Dies ist die Aufgabe der jetzt hoffentlich nicht mehr verzögerbaren Auseinandersetzung um die internationale Lage und die Stellung Österreichs in ihr.

f.

Betriebszellenaufbau der KPÖ in der 1.Republik: Konzentration aufs Industrieproletariat !

„Zwar sind wir noch wenig, aber unsere russischen Genossen waren auch eine kleine Gruppe...“, bemerkte Karl Steinhardt auf der Gründungskonferenz der KPÖ am 3. November 1918 in seinem Hauptreferat. Tatsächlich, die österreichischen Kommunisten waren bei ihrer Gründung nicht nur ein kleines Häufchen, sondern darüberhinaus nur schlecht mit der Arbeiterklasse verbunden. Ein relativ geringer Teil der Parteimitglieder waren Arbeiter, es gab einen erheblichen Teil an Intellektuellen und v.a. im Verlauf des Jahres 1919 einen ziemlich großen Teil von Entwurzelten, d.h. Heimkehrern, Invaliden, Arbeitslosen. Wie die Partei organisieren? Worauf die Kräfte konzentrieren? Das waren Fragen der ersten Stunde.

Debatte übers Statut

Die Partei war gegründet worden, um der Arbeiterklasse nach dem Verrat der Sozialdemokratie an den grundlegenden Interessen und Zielen der Arbeiterbewegung wieder eine revolutionäre Führung zu geben, die Arbeiterklasse im Verlauf des Klassenkampfs für den Sturz der Bourgeoisie zu organisieren. Dazu war neben einer korrekten Strategie und Taktik im Klassenkampf, auf die in diesem Artikel nur am Rande eingegangen wird, auch eine dieser Aufgabe entsprechende Organisationsstruktur und eine entsprechende Schwerpunktsetzung der Kräfte der Partei notwendig.

Im vom 1. Parteitag (Februar 1919) beschlossenen Statut der KPÖ heißt es:

„Die Partei hat zweierlei Organisationen:

a) Bezirksgruppen

b) Betriebs-, Fabriks- oder Werkstättengruppen.

Betriebsgruppen können dort errichtet werden, wo die Zahl der Arbeiter 20 übersteigt.“

Urheber dieses Statuts war der spätere Rechtsopportunist und dann Nazi Karl Toman. Praktisch bedeutete diese Festlegung (freilich war nicht sie allein dafür verantwortlich), daß die Organisierungsarbeit im Industrieproletariat keine Fortschritte machen konnte, die Partei sich vielmehr darauf konzentrierte, außerhalb der Betriebe bzw. neben ihnen revolutionär gesinnte Menschen zum Kampf gegen die Reaktion zu mobilisieren. In Zeiten heftiger Klassenkämpfe (wie im ersten Halbjahr 1919) konnte der äußere Schein die Kurzsichtigkeit verdecken, die diesem Vorgehen zugrundelag, der darauffolgende Abschwung machte den Fehler jedoch offensichtlich. So sagte z.B. ein Delegierter auf dem III. Parteitag (Dezember 1919) bei der Debatte über das Statut: *„Bis zum Sommer war die Partei nicht in die Betriebe hineingegangen, sondern hatte sich außerhalb der Betriebe auf Proletarier aufgebaut, z.B. insbesondere auf die Invaliden, Heimkehrer und Arbeitslosen. (...) Wir waren nur lose Gruppen, und als Ungarn (die ungarische Räterepublik; d.Verf.) zusammenbrach (Juli/August 1919; d.Verf.), haben sich viele verlaufen.“* Tatsächlich stieg der Mitgliederstand der KPÖ von großzügig geschätzten 3.000 zur Zeit der Gründung auf mehr als 40.000 Anfang August 1919 und fiel dann innerhalb von drei Monaten auf unter 10.000 (wobei noch zu bedenken ist, daß auch die verbliebenen knappen 10.000 oft nicht aktive Mitglieder einer funktionierenden Einheit der Partei waren, sondern in Weiterführung schlechter Traditionen der alten Sozialdemokratie einfach Menschen, die sich durch Beitritt zur Partei bekannten).

Auf dem III. und IV. Parteitag (Jänner 1921) wurde im Statut festgehalten, daß *„der Aufbau der Partei die Betriebsgruppen zur Grundlage“* hat, was der oben zitierte Delegierte als *„einzigen Vorteil“* des neuen Statuts bezeichnete. Aber wurde schon auf dem III. Parteitag diese Frage nur oberflächlich behandelt, so wurde auf dem IV., nachdem in der Praxis der Parteiorganisation noch immer alles beim alten geblieben war, also beim Vernachlässigen der Betriebe, der vorgelegte Statutenentwurf *„nach debattenloser Zurkenntnisnahme der Vorschläge ohne Abstimmung angenommen“*! (Parteitagsprotokoll). Das läßt auf den formalen Charakter dieser Festlegungen des III. und IV. Parteitags schließen, wie sich auch auf dem darauffolgenden zeigen sollte: Gegen zu schwachen Widerstand gelang dem Trotzkisten Frey auf dem V. Parteitag (März 1922) die Revision der richtigen organisatorischen Festlegungen — insbesondere mit folgender Begründung:

„Wie steht es mit der Betriebsorganisation? (...) In der Presse sind alle Genossen von dem abstrakten Prinzip ausgegangen, die Macht der Arbeiterschaft sei im Betriebe verwurzelt, denn sie beruhe auf ihrer Stellung im Produktionsgesetz. Das klingt nun sehr schön und ist theoretisch gewiß richtig. [!] Aber sehen wir uns einmal nicht einen Betrieb, sondern einen Bezirk an, in dem eine größere Zahl von Betrieben ist, z.B. Ottakring. Genossen! In diesem Fall kommt es darauf an, wie diese Betriebsgruppen miteinander verbunden sind. Denn davon wird es abhängen, welche Schlagkraft wir werden entwickeln können. (...) Was wollen wir Kommunisten, wir wollen die Macht erobern und die Macht behaupten. Was gehört dazu? Dazu gehört, daß man in dem betreffenden Wohnort die Verhältnisse genau kennt, daß man weiß, wieviel Reaktionäre dort sind und dergleichen mehr.“

Noch deutlicher argumentierte Paul Friedländer von einer anderen Seite her auf dasselbe Ziel zu:

„Unser Organisationsstatut hat einer noch sehr jungen, am Beginne unseres Aufbaues stehenden kommunistischen Partei zu dienen. Wir müssen aufbauen. Daraus erklärt sich die unbedingte Notwendigkeit, die politische Partei auf dem Boden der Lokalorganisation zu organisieren. In dem Zeitpunkte, in dem wir vor großen Entlassungen und vor Arbeitslosigkeit stehen, kann die politische Organisation nicht auf den Betriebsgruppen aufgebaut werden. Aber auch sonst ist dies nicht der richtige Weg, da die Kommunisten in fast allen Betrieben Minoritäten sind, oft noch gar nicht zu Betriebsgruppen zusammengeschlossen, die im Betriebe selbst, wenn sich dort eine kommunistische Tätigkeit entfaltet, sofort zersprengt werden. Eine starke, auf Lokalorganisation aufgebaute kommunistische Partei ist vielmehr eine Voraussetzung dafür, daß in den Betrieben der Wille der Kommunisten zum Durchbruch gelangen kann.“

Der V. Parteitag legte darüberhinaus fest, daß die bestehenden Betriebsgruppen nicht als eigentliche Einheiten der Partei arbeiten sollten, sondern als gewerkschaftliche Fraktionen, die sich vorrangig oder ausschließlich mit gewerkschaftlichen Fragen zu beschäftigen hätten.

Angesichts dieser Ausführungen und Festlegungen auf dem V. Parteitag drängten sich auch damals einige Fragen auf. Wie sollte die Partei die Arbeiterklasse im Klassenkampf organisieren können, wenn sie dort, wo die Arbeiter täglich und elementar dem Kapital gegenüberstehen, nichts vermag, weil sie *„Minorität ist“*, *„sofort zersprengt wird“* usw.? Wie sollte sie den Schleier, mit dem die Lohnarbeit das Ausbeutungsverhältnis umgibt, Schritt für Schritt wegreißen können, wenn sie von jenem Ort, an dem dieser Schleier tagtäglich neu gewebt wird, flieht — aus welchen Gründen immer? Wie sollte sie die Macht der reformistischen Ideologie in der Arbeiterklasse brechen können, wenn sie jenen Kampfplatz für zweitrangig erklärt, an der der Reformismus gerade auch durch die starken sozialdemokratischen Betriebsorganisationen und Gewerkschaftsfraktionen seinen Hauptstützpunkt hat? Wie sollten die Belegschaften verschiedener Betriebe eines Ortes

oder Bezirkes „schlagkräftig" miteinander verbunden werden, wenn es nichts zu verbinden gibt, weil jede einzelne durch Reformismus und Revisionismus gelähmt und gespalten ist?

Die Bolschewisierung

Diese und ähnliche Fragen wurden damals nicht nur in der KPÖ, sondern auch in der Komintern debattiert, denn ähnliche Probleme gab es in mehreren der jungen kommunistischen Parteien. Als schließlich (1924) die Komintern unter der Parole der „Bolschewisierung" der kommunistischen Parteien, d.h. des Lernens aus den Erfahrungen der Bolschewiki, eine grundlegende Ausrichtung der Parteien auf dem Boden des Marxismus-Leninismus verlangte und einleitete, betraf das insbesondere auch die Organisationsreform der Partei. (Daß diese Ausrichtungsbewegung sich letztlich großteils darauf beschränkte und hinsichtlich der politische Strategie und Taktik der Kommunisten im großen und ganzen „nicht griff", ist ein anderes Kapitel.)

„*Die Grundlage der Parteiorganisation ist die Betriebszelle.*" Und: „*Der Schwerpunkt der politischen Organisationsarbeit der Partei muß in die Betriebszelle verlegt werden.*" Das waren zentrale Festlegungen im Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI). Zu den Aufgaben der Betriebszellen wurde in der „Resolution des EKKI über die Organisation der Betriebszellen" u.a. ausgeführt:

„*Die Aufgaben der Betriebszellen sind von politischer Literatur im Betrieb, Beleuchtung verschiedener im Betrieb wichtiger Fragen, sogar die Herausgabe einer besonderen Betriebszeitung, Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern des Betriebes.*

2. Zähe und dauernde Arbeit zur Eroberung aller Funktionärsposten im Betriebe (Gewerkschaften), Genossenschaften, Betriebsräte, Kontrollkommissionen usw.

3. Die Einmischung der Zellen in alle ökonomischen Konflikte und Forderungen der Arbeitermassen; Aufgabe der Zelle ist es, die Bewegung zu erweitern und zu vertiefen, den Arbeitern die politischen Folgen des Kampfes aufzuweisen und sie auf den Pfad eines breiteren Kampfes (nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen) und zur Schaffung einer Arbeitereinheitsfront gegen Bourgeoisie und Faschismus zu bringen.

4. Die Zelle muß in Fabriken und Betrieben gegen die Anhänger und Mitglieder der anderen Parteien, sowohl der sozialistischen wie der übrigen „Arbeiter-Parteien" zähe kämpfen und hiebei das Material über die Tätigkeit dieser Parteien ausnützen, das auch den rückständigen Schichten der Arbeiterklasse zugänglich ist.

5. Schaffung der Verbindung zwischen den Arbeitenden und den Arbeitslosen, um den Kampf zwischen ihnen zu verhindern.

6. Wo die Bedingungen hiefür reif sind, Kampf für die Arbeiterkontrolle der Produktion, der Banken, der Güter, der Transportmittel; Kampf für die Versorgung der Arbeiter mit Gegenständen des Lebensbedarfes.

7. Einwirkung auf die Jugend und die Frauen im Betrieb und Hineinziehung dieser in den Kampf; Hilfeleistung bei der Schaffung von kommunistischen Jugendzellen im Betrieb und Unterstützung solcher, wo sie existieren.

8. Aktive Beteiligung jedes Zellenmitgliedes an jeder Parteiarbeit im Betriebe, die ihm vom Bureau oder Präsidium der Zelle zugeteilt wird.

Außer diesen speziellen Aufgaben in ihren Betrieben haben die Betriebszellen auch noch territoriale Aufgaben, denn die Arbeiter, die in den Betrieben arbeiten, haben auch in ihren Wohnbezirken verschiedene Nöte und erfüllen allerlei gesellschaftliche Funktionen (Wohnungsfrage, Verpflegung, Gesundheitswesen, Schulfrage, Bildungs- und Aufklärungsfragen, Wahlen usw.).

Die wichtigsten territorialen Fragen sind folgende:

1. Politische und organisatorische Parteiarbeit im Wohnbezirk, Durchführung verschiedener Kampagnen (Wahlkampfkampagnen, Kampf gegen Wohnungsnot und Teuerung), Kampf für die Sicherstellung der Familien der Arbeiter, der unteren Angestellten und mittleren Schichten mit lebensnotwendigen Produkten.

2. Verbreitung von Parteiliteratur, Anwerbung neuer Leser und neuer Parteimitglieder, Agitation, Propaganda und Individualbearbeitung von Parteilosen, Kultur- und Bildungsarbeit im Distrikt (Klubs usw.), Hinzuziehung von Sympathisierenden bei Demonstrationen und überhaupt zum Kampf der Arbeiterklasse.

3. Haus- und Wohnungsagitation im Distrikt, Nachrichtendienst über Parteizugehörigkeit der Einwohner des Distriktes, über die politische Arbeit, über die Tätigkeit der Faschisten, Beobachtung von Waffenlagern usw." (Rote Fahne, 4.4.1924)

Diese Initiative der Komintern hatte zum erstenmal in der Geschichte der KPÖ zur Folge, daß einige wichtige Fragen der Organisierungsarbeit der Partei unter der Arbeiterklasse offen debattiert wurden und der Versuch gestartet wurde, diesen Dingen auf den Grund zu gehen. Eine Zeitschrift — „Der Bolschewik (Organ der Funktionäre der Kommunistischen Partei Österreichs)" — wurde herausgegeben, an deren Kopf die Losung „Jeder Betrieb muß unsere Burg sein!" angebracht war. (Ein Theoretisches Organ der Partei gab es nicht.)

In der Nummer 2/3 (3. November 1924) dieser Zeitschrift wurde eine Erläuterung der EKKI-Resolution in einem Artikel von Friedrich Hexmann „Auf zur Betriebszellenarbeit" gegeben (siehe Auszüge davon im **Anhang des Artikels.)**

Diese positiven Ansätze wurden aber fast vollständig zugedeckt von dem damals in der Partei herrschenden schrankenlosen Fraktionismus und einer mörderischen Cliquenwirtschaft, die die KPÖ in jenen Jahren an den Rand der Auflösung brachten. Ein wahrscheinlich noch zu rosiges Bild vom Zustand der Partei und ihren Grundeinheiten gibt ein Staatspolizeibericht vom 30.1.1926 „Die Kommunistische Bewegung in Österreich im Jahre 1925", in dem es u.a. heißt: „*Nach einem der Polizeidirektion zur Kenntnis gelangten geheimen Berichte der Orgabteilung (der KPÖ; d.Verf.) (1) sind von den 5.000 regelmäßige Beiträge zahlenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei bisher ca. 2.200 in 129 Zellen erfaßt worden, von denen sich 66 Zellen in Wien und 63 Zellen in der Provinz befinden. Von den Zellen hat eine, und zwar die Zelle der Maschinenfabrik Warchalowski A.G. in Wien ... einen Mitgliederstand von mehr als 100 Mitgliedern (2), während 63 Zellen, also etwa die Hälfte, nur 3 bis 10 Mitglieder umfassen. Von diesen Zellen entfalten jedoch nach dem Berichte der Orgabteilung nur etwa 25% eine regelmäßige Tätigkeit, wogegen sich die übrigen auf die gelegentliche Abhaltung von Sitzungen beschränken.*" (3).

Zwei herausragende Ereignisse

Bei zwei Ereignissen in diesen Jahren (bis 1927), die für die Arbeiterklasse von besonderer Bedeutung waren, trat die KPÖ positiv in Erscheinung und erwies damit zugleich die Notwendigkeit und Richtigkeit ihrer proklamierten Orientierung auf den Aufbau der Betriebszellen als Fundament der Partei.

Das erste war der große Lohnkampf der Grünbacher Bergarbeiter gegen die Besitzer des Bergbaus, die Familie Schöller (Jänner 1925), der damals von der gesamten österreichischen Arbeiterschaft mit Sympathie und teilweiser Unterstützung verfolgt wurde. Dieser Kampf setzte ein weithin sichtbares Zeichen der Gegnerschaft der österreichischen Arbeiterklasse zur Sanierung der Profitwirtschaft auf dem Rücken der Massen, wie dies auf Betrieben besonders des britischen Imperialismus von der österreichischen Bourgeoisie durchgefochten wurde („Genfer Sanierung"). Mehrere Wochen hielten die Grünbacher dem ärgsten Terror der Kapitalisten und des Staats — inclusive Aussperrung und Verhaftungen — stand. Die Ortsgruppe der KP in Grünbach (NÖ) war praktisch eine Betriebszelle und arbeitete als solche. Sie konnte realistische Vorschläge für den Kampf machen und ihn durch die kommunistischen Betriebsräte Franz Honner und Franz Loistl gemeinsam mit klassenbewußten sozialdemokratischen Kollegen auch gut führen. Daß der Kampf schließlich trotzdem nicht erfolgreich beendet werden konnte, lag daran, daß die Kapitalisten landesweit alles in Bewegung setzten, die Grünbacher Kumpels isoliert zu halten und die Sozialdemokraten ihnen dabei kräftig nachhalfen, indem sie sich am Abwürgen der Solidarität beteiligten und schließlich die Gewerkschaftsführung die Unterstützung der Streikenden verweigerte. Dennoch hatte die Sache eine große Ausstrahlung und hatten darüberhinaus die Kommunisten unter den Kumpeln der Partei gezeigt, welcher Weg zu beschreiten ist.

Das zweite bedeutende Ereignis war die Reise der ersten österreichischen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland (Jänner — April 1926). Geleitet wurde diese Delegation von einem gewissen Farkas, sozialdemokratischer Betriebsratsobmann, und vom erwähnten Kommunisten Honner, ihr gehörten insgesamt 9 Sozialdemokraten und 4 Kommunisten an. Dieses Unternehmen war nicht nur in der gesamten Öffentlichkeit so bedeutsam, daß in Wien extra eine sozialdemokratische Vertrauensmännerbesprechung mit

Otto Bauer als Referenten stattfand, sondern besonders dort erfolgreich, wo sie auf Betriebsebene vorbereitet und ausgewertet wurde. Bestehende kommunistische Betriebszellen wurden durch Beitritte von Sozialdemokraten gestärkt, neue entstanden und der Parteivorstand führte die Bildung von insgesamt 16 neuer Ortsgruppen auf die Wirkung dieser Delegation zurück (Rote Fahne, 23.6.1927).

Dennoch muß man sagen, daß es sich hiebei um Schwalben handelte und der Sommer der Partei nach wie vor auf sich warten ließ.

Nach 1927

Mit dem IX. Parteitag (Juni 1927) wurde der Fraktionismus im großen und ganzen liquidiert, der Trotzkist Frey und einige Anhänger wurden aus der Partei ausgeschlossen, andere traten selber aus, und eine allgemeine langsame Aufwärtsentwicklung der Partei begann.

Es zeigte sich jetzt, daß von den positiven Ansätzen zu Beginn der „Bolschewisierung" in der Praxis fast nichts durchgeführt worden und im großen und ganzen der damalige Stand der Dinge unverändert geblieben war. Auf dem Parteitag wurde der Betriebszellenaufbau eingehend debattiert und in mehreren Beiträgen die Lage und die Aufgaben der Partei dargestellt. Zum Beispiel durch den Wiener Genossen Otto Benedikt, der u.a. feststellte:

„*Unter Umstellung auf Betriebe darf aber nicht nur die formell-administrative verstanden werden. Was auf Betriebsarbeit umgestellt werden muß, ist der Geist der Partei, aller ihre Aktionen, ihre Propaganda, kurz ihr ganzes organisatorisches und politisches Leben. Von all dem ist aber noch sehr wenig zu sehen. (...)*

Solange die Partei wenig oder gar keinen Kontakt mit der breiten Masse der Betriebsarbeiter hat, müssen ihre richtigsten Parolen wirkungslos verhallen: die Massen hören nicht auf ihren Ruf. Dies hat aber nicht nur die Gefahr zur Folge, daß die Aktivität der Mitgliedschaft erlahmt, sondern noch mehr die, daß als theoretischer Niederschlag dieser Ermüdung in der Partei defaitistische Strömungen entstehen.

Diese Gefahren würden bedeutend reduziert werden, wenn sich die Partei vollkommen auf die Betriebsarbeit umstellen würde. Aber diese Umstellung hätte eine noch wohltätigere Folge für das gesamte Parteileben.

Es läßt nämlich die Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft vieles zu wünschen übrig. Es gibt in der Partei manche Genossen, die infolge ihrer Passivität, ihrer ganzen Einstellung nach, in keiner Weise zu uns gehören. Trotzdem werden sie in der Partei geduldet, ja führen oft das große Wort; denn es herrscht bei uns zwar der erklärliche, aber falsche Standpunkt, der Mangel an Parteimitgliedern lasse keine strenge Auswahl zu. Diese Krankheit der Partei würde aber sofort ihre Heilung finden, wenn die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft durch die Umstellung auf Betriebszellen sich ändern würde. (...) Gerade für unsere Partei hat daher die Umstellung in jeder Hinsicht außerordentliche Bedeutung. (...)

Die wichtigsten Fragen der Betriebsarbeit sind die Aktivierung der Zelle und die Steigerung ihres Einflusses im Betriebe. Hiebei tauchen mancherlei Schwierigkeiten auf. Ein Hindernis für die Aktivierung bildet z.B. die Wirtschaftskrise und ihre Wirkung auf die zur Zelle zugeteilten Arbeitslosen. Da diese keinerlei Aussicht mehr haben, in ihren Betrieb zurückzukehren, erlahmt ihr Interesse am Betriebe und an der Arbeite der Zelle. Andererseits haben die noch im Betriebe Arbeitenden oft das Gefühl, daß die zugeteilten Arbeitslosen die Schwierigkeit ihrer Arbeit nicht mehr genügend einschätzen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten müssen die Arbeitslosen – die ja oft gerade das treibende Element darstellen – unbedingt bei ihrer Stammzelle bleiben. (...) Es ist die Aufgabe der die Zellenarbeit leitenden Genossen, diesen Gegensatz zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu beseitigen. Hiezu ist es zweckmäßig, letztere zu jenen Arbeiten zu verwenden, die ersteren zu schwierig wäre, weil Entlassungsgefahr besteht. Hiedurch wird den Arbeitenden die Notwendigkeit und der Vorteil der Mitarbeit der Arbeitslosen vor Augen geführt.

Eines der wichtigsten Mittel zur Stärkung des Einflusses der Zelle im Betriebe ist die Betriebszeitung. Auf diesem Gebiete ist fast noch alles zu machen. Dafür ist wohl der Grund, daß viele Zellenmitglieder fürchten, damit könnte die Zelle sich zu sehr exponieren. Es muß diesen Genossen klargemacht werden, daß die Befürchtung grundlos ist. Gerade eine Betriebszeitung, deren Herausgeber der Direktion unbekannt oder unerreichbar ist, kann vieles aussprechen, was zu besprechen für den einzelnen Genossen die sofortige Entlassung zur Folge hätte. (...)

Die Betriebszeitung darf sich nicht nur auf Fragen des Betriebes beschränken, sondern muß, – wenn möglich – alle die breiten Massen berührende Probleme, also insbesondere die politischen behandeln." (Rote Fahne, 10.6.1927).

Um dieser Orientierung mehr Nachdruck zu verleihen, gab das ZK nach dem Parteitag eine neue Zeitschrift — die „Parteiarbeit" — heraus (der „Bolschewik" wurde 1924 schon kurz nach Erscheinungsbeginn — u.a. wegen der damaligen immensen finanziellen Schwierigkeiten der Partei, aber v.a. wohl aufgrund ihres allgemein desolaten Zustandes - wieder eingestellt (4)).

Im Editorial des ZK in Nummer 1 heißt es u.a.: „*Jeder Betrieb sei unsre Burg! Diese in dem neuen Organisationsstatut festgelegte Grundauffassung über die Organisation und das Wirken einer kommunistischen Partei muß als ständiges Ziel unserer gesamten Arbeit zugrunde liegen. Darin liegt die entscheidende Voraussetzung für die Wirkungsmöglichkeit der Kommunistischen Partei in allen Situationen. Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten darf es hier kein Schwanken geben.*"

Nach 1927 tritt in der Partei der Inhalt der Betriebsarbeit in den Debatten in den Vordergrund, wobei zwei Fehler sich in der Arbeit teils mehr, teils weniger bemerkbar machen, die bereits in den Jahren zuvor vorhanden, aber — vor allem der zweite — noch nicht so stark ausgeprägt waren:

a) die Betriebsarbeit — rechts — nur als gewerkschaftliche und nicht als Parteiarbeit zu begreifen;

b) die Gewerkschaftsarbeit — links — in erster Linie im Hinblick auf den Kampf gegen die reformistischen Verräter (bis hin zur (inkonsequenten) Orientierung auf eigene kommunistische Gewerkschaften) zu betreiben.

Der zweite Fehler war bedeutender und stärker ausgeprägt, hatte darüberhinaus die „Rückendeckung" durch die Festlegungen der Komintern auf und nach dem VI. Weltkongreß und war ein ernstes Hindernis bei der Verankerung der Partei in den Betrieben.

Mit der Einschätzung der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus wurde die Einheitsfront von unten eingeschränkt und mit der zwangsläufigen Übertragung dieser These auf die Gewerkschaften eine Politik neben der und gegen die Gewerkschaft statt in ihr befördert. Verbunden mit falschen Einschätzungen der Klassenkampfsituation („Offensive für Sowjetösterreich"! u.a.) mußte dies die KPÖ in eine Position bringen, aus der heraus sie im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und für die Eroberung der Gewerkschaften trotz sonstiger positiver Entwicklungen geschwächt wurde, mußte dazu führen, daß die Partei ihre Isolierung vom gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeiterklasse nicht wirklich überwinden konnte und weiter mit dem Makel der „Demonstrations-und Proklamationspartei" behaftet blieb, die in den Betrieben nicht durchführen konnte, wozu sie aufrief.

Dennoch ist Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre ein Aufschwung der Betriebszellenarbeit unverkennbar. Die Versuche einer Reihe von Zellen, neue Betriebszeitungen herauszugeben, und ein sichtbares Bemühen, von phrasenhaften Kampfaufrufen wegzukommen zu konkreten Vorschlägen für den Kampf, sind dafür die Anzeichen. Aber die Lage war nicht rosig. In einem Artikel „Die organisatorischen Hauptaufgaben der KPÖ", geschrieben zur Vorbereitung des XI. Parteitags (Juni 1931), heißt es unter „2. Zur Arbeit in den Betrieben" u.a.:

„*Hier liegt eine der Hauptschwächen oder richtiger die Hauptschwäche der Partei. (...) Woran liegt es, daß die Partei in der Betriebsarbeit einen Stillstand zu verzeichnen hat? Es liegt vor allem daran, daß die Organisationen die Bedeutung der Betriebsarbeit unterschätzen und aus Furcht vor den Schwierigkeiten derselben den* Weg des geringeren Widerstandes *wählen, nämlich die Arbeit im Ortsmaßstabe durchzuführen. so kommt es, daß zahlreiche Genossen, die im Betriebe stehen, nicht zu Betriebszellen zusammengefaßt sind, sondern im Ortsmaßstabe arbeiten; daß Wettbewerbe abgeschlossen werden, die kein Wort über Betriebsarbeit enthalten; daß die Betriebsarbeit nur kampagnemäßig, von Zeit zu Zeit, mit Unterbrechungen geleistet wird, wodurch die einmal gewonnenen Verbindungen wieder verloren gehen und dergleichen mehr. Andererseits entwickeln sich die bestehenden Betriebszellen völlig ungenügend oder überhaupt nicht, weil sie zu wenig* Aktivität *und Selbständigkeit beim Auftreten in ihrem Betrieb zeigen, weil die Arbeit der Zellen gehemmt wird durch opportunistischen Pessimismus und Selbstbeschränkung. (...)*

Die Aufgabe besteht darin, die politische Aktivität der Betriebszellen zu erreichen, daß unsere Betriebszellen regelmäßig zusammenkommen, daß sie die allgemeinen Probleme und Aufgaben der Partei besprechen und für IHREN

BETRIEB konkretisieren, daß sie konkrete Beschlüsse über die Organisierung des Kampfes in ihrem Betriebe, Organisierung von öffentlichen Betriebsversammlungen (oder, wo dies zunächst nicht möglich ist, Organisierung von Besprechung aller Sympathisierenden, die persönlich von den Zellenmitgliedern eingeladen werden), über die Bearbeitung einzelner Arbeiter, Vorbereitung zu den Betriebsrätewahlen, Bildung einer RGO-Gruppe im Betriebe, über Verbreitung der Parteipresse im Betrieb usw. usw. fassen, die dann unter Führung der Zellenleitung durchgeführt werden. Insbesondere muß erreicht werden, daß jede Betriebszelle die regelmäßige Herausgabe einer Betreibszeitung, dieser wichtigen Waffe unserer Betriebsarbeit, für ihre erste und elementarste Aufgabe und Pflicht hält: **'Keine Betriebszelle ohne Betriebszeitung'**, *diese Losung durchzuführen muß der Parteitag alle Organisationen verpflichten. Um den Sturmplan in dieser Beziehung zu erfüllen, sollen für alle Kreise bzw. Arbeitsgebiete je nach ihren Kräften und der Struktur ihrer Gebiete jene wichtigsten Betriebe (Großbetriebe, Rüstungsbetriebe) festgesetzt werden, auf die sie in erster Linie ihre Kräfte konzentrieren müssen. Von Zeit zu Zeit sollen im Gebiete bzw. Kreise Beratungen der Genossen abgehalten werden, die Betriebsarbeit leisten.*

Die Betriebsarbeit wird sich nur entwickeln, wenn wir die Losung verwirklichen:

'Alle Parteileitungen – von der Zellen- und Ortsgruppenleitung bis zum Zentralkomitee – den Betrieben zugewendet.'

Alle Parteileitungen von unten bis oben müssen in ihrer täglichen Arbeit, bei allen Aktionen und Kampagnen, das größte Maß von Aufmerksamkeit der Bearbeitung der Betriebe, der Anknüpfung von Verbindungen, Organisierung von Betriebsversammlungen und -besprechungen, Herausgabe von Betriebszeitungen, der Schaffung neuer Betriebszellen und RGO-Gruppen usw. zuwenden. Sie müssen den bestehenden Betriebszellen bei der Hebung ihrer politischen Aktivität und Selbständigkeit, konkrete, praktische Unterstützung durch Rat und Tat geben und die Erfüllung der Aufgaben kontrollieren. Alle Parteileitungen müssen die unteren Organisationen ständig zu dieser Arbeit anhalten, sie dabei unterstützen und kontrollieren." (Rote Fahne, 26.6.1931)

Das alles war wohl richtig, aber es war nicht die ganze Wahrheit. Denn das schlechte Vorankommen in der Betriebsarbeit war zu einem beträchtlichen Teil eben auch den angeführten Fehlern in der zentralen taktischen Ausrichtung der Partei zuzuschreiben. Nicht zufällig wurden, je mehr sie v.a. Ende 1932/Anfang 1933 diese Fehler abzulegen begann, die Fortschritte umso sprunghafter: Eine Reihe neuer Betriebszeitungen erschein und neue Zellen wurden gebildet. Aber anders als vor 1930 wurden die Erfolge nun fast durchwegs innerhalb der Betriebe deutlicher, was sich v.a. an der Eroberung einer Reihe von zusätzlichen oder neuen Betriebsratsmandaten zeigte. Dies in einer Zeit, da der Faschismus schon zum Sprung an die Macht ansetzte, da z.B. kaum ein Tag verging, ohne daß irgendeine kommunistische Zeitung, inclusive Zentralorgan, konfisziert worden wäre.

Zwei kleine Beispiele über die Arbeit verschiedener Betriebszellen in dieser Zeit geben ein ungefähres Bild von ihrer Lage und Tätigkeit.

1) Zelle Fohnsdorf

Die „Org-nachrichten", Heft 2, 2. Jahrgang, Mitte Juli 1932, (eine von der Org-Abteilung des ZK herausgegebene halbinterne Zeitschrift) berichten über die Vorbereitung der Betriebsratswahlen in Fohnsdorf durch die Zelle bzw. Ortsgruppe der Partei: *„Die Ortsgruppe Fohnsdorf ... sammelte einiges Material über den Betrieb, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, das, ergänzt durch zentrales Material über die Profite der Alpine, zu einer sehr guten Betriebszeitung verarbeitet werden konnte. Auch bot dieses Material eine Grundlage zur Herausgabe eines betrieblichen konkreten Forderungsprogrammes, das in der Betriebszeitung den Arbeitern zur Kenntnis gebracht wurde.*

Über die Methoden der Fohnsdorfer Genossen zur Mobilisierung der Arbeiter des Betriebes gibt eine Bericht der Organisation ein gutes Bild, den wir hier wörtlich abdrucken. Er zeigt auch anschaulich, daß in Fohnsdorf sich gewisse Schwierigkeiten der Arbeit in den Weg stellten, die aber von unseren Genossen in geschickter und **elastischer Weise überwunden wurden**. *So lautet der Bericht:*

'Erstens wurde versucht, um eine öffentliche Versammlung einzuberufen, an den Bürgermeister heranzutreten, um die Überlassung des Kinosaals zu erwirken. (...) Unser Ansuchen wurde abgelehnt. Wir müssen jetzt unsere Werbung in die Häuser verlegen und machen täglich abends zwei Versammlungen. Sonst sind diese immer ruhig verlaufen, bis eines Abends einige UG-Funktionäre (1) und ein Betriebsrat der SP dazwischengeprotzt haben. Wir sind ihnen aber die Antwort nicht schuldig geblieben.

Den „Roten Fohnsdorfer" haben wir noch ausgedehnt dadurch, daß wir einige Artikel des Betriebes und besondere Forderungen für die Professionisten, die hier einen Schichtlohn von S 7,75 haben, aufgezeigt, die Gedingeerstellung angeprangert und auf besondere Scharfmacher des Betriebes die Belegschaft aufmerksam gemacht haben. Ein bestimmtes Forderungsprogramm, das direkt auf den Betrieb zugespitzt ist, haben wir ebenfalls ausgearbeitet und sprechen in den Häuserblockversammlungen darüber.

Außerdem besuchen wir noch am Sonntag die Versammlung der Gegner. Zur Propagierung unserer Forderungen im neuen Betriebsrat werden wir noch mittels Minium und Kalk die besonders günstige Gelegenheit der Kohlenförderung obertags vom Karl-Schacht zum Wodzicky-Schacht ausnützen, um die Hunte (kleine Transportwagen) zu bemalen. Am Montag abends werden wir noch Parolen, die bereits fertiggestellt sind, über die Straße spannen, so daß die Bergarbeiter vor Schicht noch einmal mit unseren Forderungen zur Wahl der RGO aufgefordert werden.'" (Org-nachrichten 2/2.Jg., S.12f.)

2)

Die „Rote Fahne" bringt am 10.1.1933 in der Rubrik „Aus dem Parteileben" Auszüge aus dem Bericht über eine ungenannte Betriebszelle: *„Auch die Arbeit der B.Z. zeigt eine kleine Besserung. Die Anzahl der Mitglieder der B.Z. ist bereits auf neun gewachsen. Die Genossen haben eigene Betriebszellensitzungen, die allerdings bis jetzt unregelmäßig stattgefunden haben, aber von nun an laut ihrer Versicherung allwöchentlich stattfinden werden. Bis jetzt haben die Genossen nur die persönliche Agitation in Betriebsfragen mit den Arbeitern des Betriebes durchgeführt, doch beginnen sie jetzt mit anderen Methoden der innerbetrieblichen Agitation. Eine kleine Mobilisierung der Betriebsarbeitergewerkschaft erreichten sie durch die Sammlung für den Grünbacher Streik* (November 1931 — Jänner 1933; d.Verf.). *Trotz des Beschlusses der Gewerkschaftsführer, sich an der Sammlung nicht zu beteiligen, konnten sie sogar 45 S sammeln und sogar 5 Nazi-Arbeiter dazu veranlassen, für die Grünbacher Streikenden zu spenden.*

Als allergrößter Fehler ist zu betrachten, daß die Genossen gegen den Abbau von 20 Arbeitern nichts gemacht haben. Sie haben den Kampf von vornherein als 'erfolglos' betrachtet und gar keine Versuche gemacht, den Abbau zu verhindern. (...)

Es wurde beschlossen, von nun an auch zu den kleinsten Fragen Flugblätter herauszugeben und die Arbeit der Betriebszelle so zu organisieren, daß sie Stützpunkte in allen wichtigen Abteilungen haben soll..."

Zwar wurde auch zu diesem Zeitpunkt noch ein nicht unerheblicher Teil der Betriebsarbeit der Partei von Straßenzellen oder ähnlicher Einheiten durchgeführt und hatte die Partei ziemliche Schwierigkeiten, die Spaltung zwischen Arbeitern und Arbeitslosen richtig zu bekämpfen und zu überwinden. Aber es ist keine Frage, daß die Partei nach langen Kämpfen und Krämpfen auf dem richtigen Weg in den Betrieben war. Er konnte die kommende Niederlage gegen den Austrofaschismus zwar nicht mehr abwenden — dafür war die ideologische, politische und organisatorische Herrschaft der Sozialdemokratie über die Arbeiterklasse noch zu gefestigt und die Zeit, sie zu brechen, zu kurz —, aber er war entscheidend dafür, daß die KPÖ nach den Februarkämpfen 1934 zur führenden Partei der Arbeiterklasse werden konnte.

Die Durchsetzung des Lenin-Wortes „Jeder Betrieb sei unsere Burg!" in der KPÖ bis 1933 sollte dieser Artikel schildern.

Auf einige Probleme wurde dabei kaum oder überhaupt nicht eingegangen. Das betrifft insbesondere die Gewerkschaftslinie und -politik der Partei; zunächst die Politik zu und in der Arbeiterräten (1919—1923), weiters die Experimente in der ersten Hälfte der 20er Jahre mit den sogenannten „Revolutionären Blocks" von kommunistischen und klassenbewußten Arbeitern in den Gewerkschaften, die aber selten mehr waren als eine Art kommunistischer Gewerkschaftsfraktion und schon damals zum Teil auch Ausdruck einer Tendenz des Zurückweichens der Partei von der Arbeit IN der Gewerkschaft. Mehrere abgehaltene „Reichskonferenzen" dieser „Revolutionären Blocks" (meist vor oder nach den Parteitagen) brachten weniger Fortschritte oder Probleme in der Gewerkschaftsarbeit ans Tageslicht als vielmehr, daß sich die Partei jahrelang gewerkschaftliche Größe vorspiegeln konnte, wo keine war.

Die darauffolgende Periode (1928—33) der sogenannten „RGO-Politik" (RGO = Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) wurde

ebenfalls nur kursorisch umrissen und eine Reihe von praktischen Streitfragen ausgespart.

Ebenso weitgehend ausgespart wurde die Rolle der Komintern bei der Entwicklung der Betriebsarbeit der KPÖ nach 1927.

Das war in diesem Rahmen unvermeidlich, sollte aber bei der Beurteilung der dargelegten Entwicklung beachtet werden.

Abschließend noch einige Worte zu den publizistischen Mitteln der Agitation und Propaganda der Partei bei der Betriebsarbeit.

Insgesamt kann man über das gesamte zentrale Agitpropwesen der Partei sagen, daß es bis weit in die zweite Hälfte der 20er Jahre hinein, zum Teil auch darüber hinaus, aufgrund des Demonstrations- und Proklamationscharakters ihrer Politik ziemlich aufgebläht und von der Aufgabenstellung der Grundeinheiten ziemlich abgehoben war. Das beginnt schon mit der ROTEN FAHNE, dem Zentralorgan. Sie war seit 1919 Tageszeitung, war aber als solche bis Ende der 20er Jahre nur aufgrund ausländischer Unterstützung (hauptsächlich durch die KPD) möglich. Der tägliche Vertrieb war jahrelang eigentlich nur in Wien gewährleistet, in die Bundesländer gelangte die Rote Fahne oft erst mit einiger Verspätung. Die Auflage betrug 1919/20 ca. 10—20.000, 1925 knappe 3.000, 1928 4.000, bis 1933 wahrscheinlich an die 10.000.

An Flugblättern wurden beispielsweise 1920 14 „zentrale" mit einer Gesamtauflage von 1.522.000 Stück (!) und eine unbekannte Anzahl „lokaler" Flugblätter mit einer Gesamtauflage von 500.000 Stück verbreitet.

An weiteren Zeitungen gab es:

- Der rote Gewerkschafter (1920 bis ca. 1928), erschien wöchentlich;
- Der Prolet. Organ der revolutionären Gewerkschaftsopposition Österreichs. (1930—1931), monatlich;
- Die Arbeiterin. Zeitung der werktätigen Frau. (Beginn der 20we Jahre bis 1933), monatlich;
- Proletarierjugend. Zeitung des Kommunistischen Jugendverbands Österreichs. Erschien beginnend in der ersten Hälfte der 20er Jahre bis in die Zeit der Nazi-Okkupation hinein monatlich bis zweimonatlich;
- Parteizeitung für die tschechische Minderheit in Wien (1919—1933).

Über die Auflagenhöhe dieser Zeitungen sind nur vereinzelte Angaben vorhanden. Beispielsweise hatte die „Arbeiterin" vor 1927 eine Auflage von maximal 2.000, 1927 kurz 4.000, 1928 3.000. Die „Proletarierjugend" ähnlich, mit dem Unterschied, daß sie nach 1930 ihre Auflage beträchtlich steigern, wenn nicht verdoppeln konnte.

Der Vertrieb dieser Zeitungen, inclusive der Roten Fahne, geschah in erster Linie über Abonnements, wobei diese in der Regel von den Einheiten der Partei oder ihrer Organisationen zugestellt und kassiert wurden. Dem untergeordnet war der Einzelverkauf vor und in den Betrieben, v.a. in Wohnvierteln — fast immer verbunden mit Abonnentenwerbung.

Broschüren der Partei zu speziellen Fragen gab es ziemlich viele, Angaben über die Auflagenhöhe sind durchwegs unmöglich. 1920 beispielsweise produzierte der parteieigene Verlag insgesamt 40 Broschüren oder Bücher mit einer Gesamtauflage von 188.000 (wobei heute nicht mehr gesagt werden kann, was das genau war). Ein Bild von der Broschürenproduktion geben die diversen Inserate in Publikationen der Partei; beispielsweise wurden in der Nummer 3—4/1932 (Mai—Juni 1932) der theoretischen Zeitschrift „Der Kommunist" (die nur 1932 in vier Heften bzw. sechs Nummern erschien) folgende Broschüren angekündigt:

— Die Rote Einheitsfront, eine unbezwingbare Macht
— Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPÖ
— Jungarbeiter, wohin?
— Werktätige Frau, auf Dich kommt es an!
— Der Bauer steht auf
— Wo ist der Ausweg?
— Wien — Moskau
— Wenn Breitner Finanzminister wär'
— Die Sozialdemokratie einst und jetzt
— Wien baut weiter
— Waldhotel

Ähnlich schwierig sind Angaben über Flugblätter und Betriebszeitungen. Flugblätter von Betriebszellen gab es vor 1927 ganz selten. Meist waren sie von der Parteizentrale, manchmal von der Ortsgruppe. Sie wurden in den Arbeitervierteln, vor den Betrieben (meist von Arbeitslosen) verteilt und ansonsten von den Mitgliedern in ihrem Arbeitsbereich und unter Bekannten.

Kommunistische Betriebszeitungen gab es vor 1927 etwa 10—15 in ganz Österreich, die meist sehr unregelmäßig erschienen. Nach 1930, insbesondere bis zu Jahresbeginn 1933 war ihre Anzahl auf geschätzte 100 gestiegen, von denen einige zeitweise sogar wöchentlich bzw. 14-täglich, andere monatlich, ein weiterer Teil sehr unregelmäßig erschienen; manche kamen freilich auch über ein, zwei Nummern nicht hinaus. Sie wurden in der Regel sowohl vor, als auch in dem jeweiligen Betrieb zu niedrigen Preisen verkauft, selten kostenlos verteilt. Sie hatten Namen wie: Der Bleischlucker, Der rote Straßenbahner, Der Juteprolet, Der Alpine-Sklave, Die Rote Turbine, Die Rote Flamme u.a.

Inhaltlich versuchten sie durchwegs mit mehr oder weniger Erfolg ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Behandlung betrieblicher Fragen, den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Fragen des Klassenkampfs in Österreich, sowie dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und anderen internationalistischen Themen herzustellen.

Anmerkungen zum Artikel

(1)
Dieser Bericht war an das EKKI gerichtet, das ihn als Unterlage für seinen Tätigkeitsbericht 1925 — 1926 verwendete. In diesem Tätigkeitsbericht des EKKI scheinen dieselben Zahlenangaben auf, wie hier wiedergegeben, mit der einzigen Ausnahme, daß das EKKI 5.500 zahlende Mitglieder angibt (zit. bei: Steiner. Die KPÖ von 1918 — 1933, Wien/Meisenheim am Glan 1968).

(2)
Diese Zelle ist eine recht komplizierte Angelegenheit und tatsächlich eine besondere Sache. Teils basierte ihre damalige Stärke darauf, daß sie die zersetzenden Fraktionskeilereien in der Parteiführung von der eigenen Belegschaft möglichst fernzuhalten versuchte und quasi unabhängig davon eine solide Arbeit im wirtschaftlichen Kampf machte, teils erkaufte sie sich scheinbare Erfolge auch durch eine Vernachlässigung des ideologischen und politischen Kampfs gegen Reformismus und Revisionismus, wodurch die wirklichen Erfolge auf längere Sicht gefährdet und nach 1928 - als in der Gesamtpartei schwere Abweichungen in Richtung imperialistischer Ökonomismus und Sektierertum begangen wurden - auch tatsächlich zunichte gemacht wurden.

(3)
Haus-,Hof- und Staatsarchiv, Neues Politisches Archiv, Karton 311.

(4)
Allerdings war auch der „Parteiarbeit" kein langes Leben beschieden und einzelne Genossen übernahmen als Ersatz dafür z.T. ähnliche Publikationen von der KPD.

AUF, ZUR BETRIEBSZELLENARBEIT!

Von Friedrich Hexmann

(Auszüge)

II. Die Vorteile der Betriebszellenorganisation gegenüber der Wohnorganisation im allgemeinen.

Die allgemeine Bedeutung der Betriebsorganisation liegt in folgendem:

1. Sie ist die kürzeste, schnellste, schlagfertigste Organisationsform. Im Betrieb sind die Arbeiter acht Stunden täglich beisammen, sind, wenn Kommunisten einmal verankert sind, binnen einer halben Stunde zu mobilisieren, sind selbst während der Illegalität beisammen, sie sind durch ihre Ansammlung im Arbeitsprozeß in ständiger Bereitschaft zur Aktion.

2. Die Organisation liegt im ausschlaggebendsten Teil des kapitalistischen Wirtschaftslebens, am Lebensnerv des Kapitalismus, im Herz des Produktionsprozesses – in der Fabrik, im Betrieb.

Jeder Schritt der Zelle hat hier die größtmögliche Wirkung, jede Handlung, jede Aktion trifft ins Schwarze.

3. Die Verbindung mit der Massenstimmung wird eine unmittelbare. Das Thermometer für

jede Kampfeslage wird sicherer. Es ist nicht dasselbe, ob der Kommunist nach dem Betrieb oder nach der Wohnorganisation organisiert ist. Die Wohnorganisation gibt ihm mehr Möglichkeit, sich von der Durchführung der Direktiven, Parolen usw. im Betrieb zu drücken. Das macht ihn oberflächlich und er verzeiht der Führung Fehler, ja er geht leichtsinnig über sie hinweg. Der Parteigenosse nach dem Betriebszellensystem organisiert, wird kritischer, hartnäkkiger in der Vertretung seines Standpunktes, unnachgiebiger, das politische Niveau steigt unter dem Gewissenszwang, die Parolen im Betrieb unter ständiger Kontrolle der Organe der Partei vertreten zu müssen! Damit kann die Leitung der Partei zufrieden sein. Sie bekommt ein präziseres Bild der Schwierigkeiten, der Stimmung, sie muß genauer, klarer arbeiten, aber sie hat dafür auch die Garantie der Durchführung.

III. Die „besondere" Bedeutung der Betriebszellenorganisation für die K.P.Österreichs und die „besonderen" Bedingungen dieser Arbeit. Österreich ist ein Industrieland. Es sind dieselben Bedingungen wie für jedes andere Industrieland gegeben. In Österreich wird die Arbeit leichter gehen als am Balkan, der bäuerlich ist, und schwerer als in Deutschland, das industrieller ist.

1. Für die K.P.Ö. ist die Betriebszellenarbeit nicht bloß ein Umbau, sondern ein Aufbau. Die deutsche Partei kann jetzt schon die nach Wohnungen Organisierten sofort im Betrieb zusammenfassen. Sie organisiert also um. Die österreichische Kommunistische Partei kann es nicht oder nur zum geringsten Teil. Denn sie hat erst in wenigen Betrieben Einfluß und auch in diesen ist die numerische Stärke gering. Die Hauptarbeit wird also nicht die organisatorische, sondern die agitatorische sein. Das ist wichtig, um sich nicht nutzlosen Illusionen hinzugeben.

3. Im Verlaufe dieser Arbeit tritt eine Umschichtung der Mitglieder nach ihrer Bedeutung ein. Der Vereinzelte im Betrieb ist wichtiger als nichtindustrielle Vereinzelte in der Wohnung.

4. Ein neuer Geist wird in die Kommunistische Partei einziehen. Bei seiner Arbeit im Betrieb von allen Instanzen unterstützt, seine Sorgen zu den Sorgen der Parteiorgane und nicht bloß der Gewerkschaftsabteilung gemacht, wird die Arbeitsfreudigkeit des einfachen Parteifunktionärs und Betriebsfunktionärs gehoben, seine Tätigkeit angespornt, die Verbindung mit den zentralen Instanzen inniger, das Verständnis für das Angewiesensein aufeinander größer, alle Propaganda und Agitation konkretisiert, mundgerecht und einschlägig für den Gebrauch im Betrieb.

IV. Wie wird die Betriebszellenorganisation ausschauen?

1. Die Betriebszelle allein. Sie umfaßt alle im Betrieb arbeitenden Kommunisten, und zwar die IM Bezirk und auch AUSSERHALB des Bezirkes wohnenden. Außer diesem KERN der Betriebszelle (das sind die im Betrieb wirklich Beschäftigten) schließt sich an sie der RING jener Genossen, deren Wohnung in der nächsten Umgebung liegt (Hausfrauen, Heimarbeiter, Portiere usw.).

2. Die Betriebszellengruppe. Einer größeren Betriebszelle, die gut funktioniert und schon eine gewisse Erfahrung besitzt, können die in ihrer Umgebung liegenden kleineren Betriebszellen (auch größere Betriebe als der „Stammbetrieb" ist) angeschlossen werden.

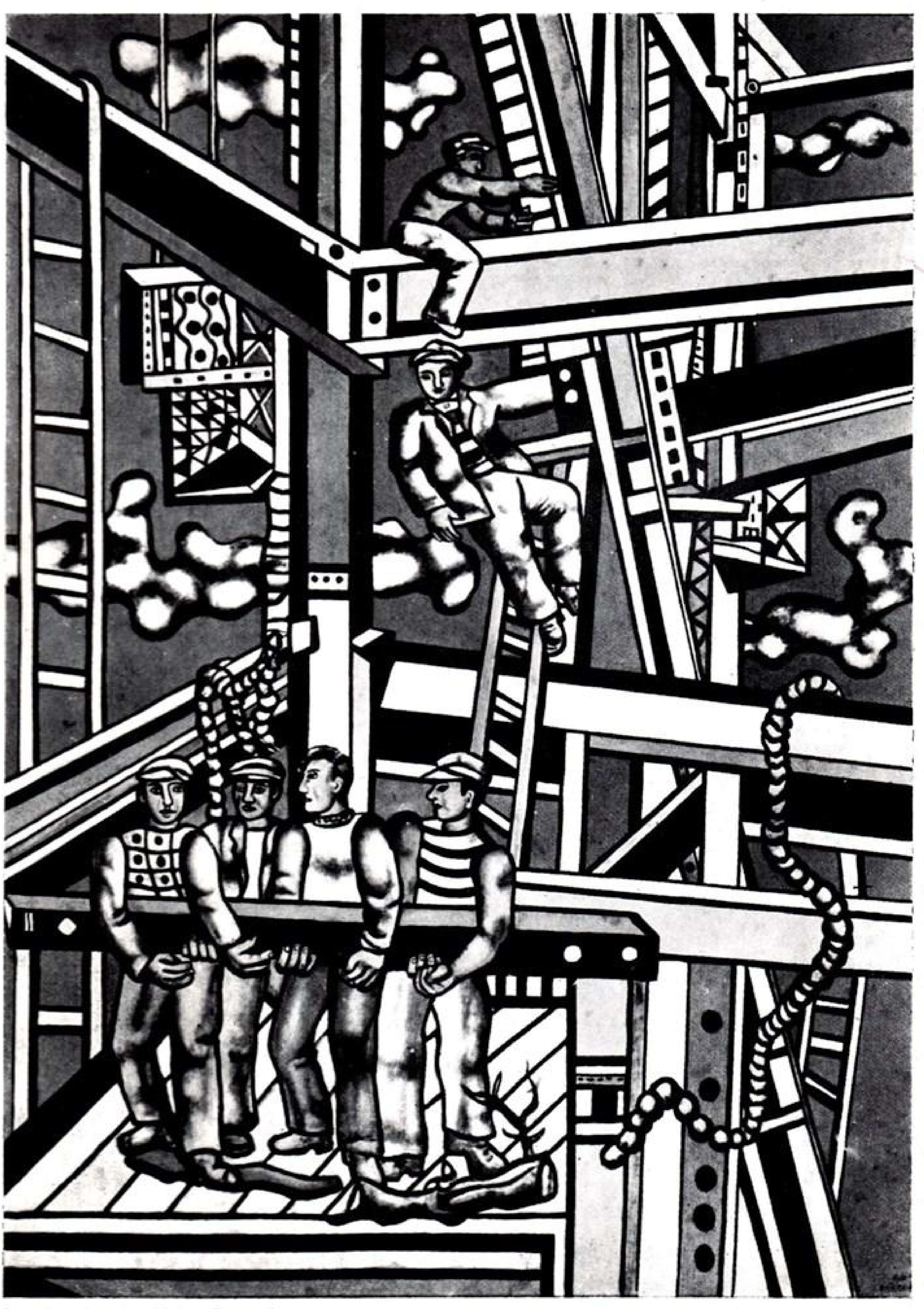
3. Die Wohnorganisation. Beim ersten Statut (Betriebszellen) war die einzige Wohnorganisation ABGESONDERT. Nicht besser wäre es, wenn wir die STRASSENZELLEN dauernd aufrechterhalten würden. Mit dem fortschreitenden Aufbau der Betriebszellen würden ihnen alle INDUSTRIEARBEITER (der „KERN") entzogen werden und zurückbleiben würden, wie beim ersten Statut, die handwerklichen, freien, privaten Berufe. Das wäre der beste Boden für kleinbürgerliche, individualistische Abweichungen und Verschrobenheiten, die Züchtung eines Fremdkörpers in der Kommunistischen Partei, der „Syndikalismus" der Einzelberufe. Kommunisten können nicht nach Berufsschichtungen in der K.P.Ö. gesondert werden, sondern die Grundeinheit muß AUS EINEM GUSS bestehen.

4. Die Lokalorganisation. Jetzt tritt ein Funktionswandel in den L.O. ein. Sie ist die Zusammenfassung nicht von Einzelmitgliedern, sondern der Betriebszellen, sie wird mehr als bisher die führende Instanz im Bezirk (Ort, Stadt).

7. Die Frage der Arbeitslosenzellen. Die Schaffung von Arbeitslosenzellen an den Zahlstellen ist zu verurteilen. Das würde die organische und geistige Trennung von den Betriebsarbeitern, eine Entfremdung von den Aufgaben der Gesamtpartei und die Förderung der gefährlichen Arbeitslosenpsychose innerhalb der Kompartei bedeuten! Die Kommunisten dürfen nicht die Gefangenen von Irrtümern und falschen Stimmungen sein. Und die Partei darf dazu nicht die organisatorische Grundlage geben.

8. Der revolutionäre Gewerkschaftsblock und die Aufgaben der Betriebszelle. Die Arbeit im Betrieb, die Betriebsgruppen, waren nie den gewerkschaftlichen Instanzen der Partei unterstellt, die Betriebszellen können es jetzt noch weniger sein. Dennoch besteht die irrtümliche Auffassung, daß die Betriebszellenarbeit eine gewerkschaftliche Arbeit sei. Die Betriebszellen übernehmen alle Aufgaben der Lokalorganisation im Bereiche ihres Betriebes. Nur in gewerkschaftlichen Fragen, und auch hier nur im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen, erfolgen von der Gewerkschaftsabteilung Direktiven. Die Zelle umgibt sich mit dem Ring der sympathisierenden Sozialdemokraten, Parteilosen, und bildet den Gewerkschaftlichen Oppositionsblock. Im Block müssen die Kommunisten einheitlich auftreten.

9. Die Bildungsarbeit der Zelle. Die Zelle bespricht nicht nur ihre Bildungsangelegenheiten, sondern leistet die ganze primitive Bildungsarbeit, über Grundsätze, Taktik, politische, aktuelle Fragen etc. Sie veranstaltet auch proletarische Kunst- und Unterhaltungsabende zu gelegener Zeit, um den Gemeinschaftssinn zu fördern und den Ring von Sympathisierenden dem revolutionären Gedanken näher zu bringen.



*Der französische Maler **Fernand Léger** (1881-1955) schuf um 1950 großformatige Arbeiterbilder, die „Konstrukteure". Sie sind Ergebnis 40jähriger Auseinandersetzungen mit Problemen der Malerei. Léger verstand den Aufbau eines Bildes dialektisch, als Kontraste der formalen Bildelemente zueinander und zum Gegenstand und Zweck der Darstellung und als Auflösung der Widersprüche durch Vermittlungen. Seine künstlerische Arbeit war seit dem Erlebnis des 1. Weltkriegs (wie bei H. Barbusse) von persönlichem sozialem Engagement begleitet.*